



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Klausurtagung der CSU-Fraktion in Kloster Banz:

„Vertrauen stärken, Lösungen liefern“

„Wir müssen Deutschland wieder in Ordnung bringen. Und zwar grundlegend. Wir brauchen klare Kante und kein Wischiwaschi“, unterstrich Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder bei der Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion im oberfränkischen Kloster Banz. Entscheidend sind laut Fraktionschef Klaus Holetschek dabei die Themen Wirtschaft, Migration sowie die soziale Frage. „Die Menschen haben eine Sehnsucht nach Normalität. Wir müssen schauen, dass die Grundversorgung wieder funktioniert“, so Holetschek.

Unter dem Motto „Vertrauen stärken – Lösungen liefern!“ diskutierte die Fraktion mit hochkarätigen Gästen aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft wichtige Zukunftsfragen.

litik an der Universität der Bundeswehr München, diskutierten die Abgeordneten über sicherheitspolitische Herausforderungen für Deutschland und die Bundeswehr. Prof. Dr. Rainer



V.l.: Markus Pannermayr, Klaus Holetschek, Thomas Karmasin und Franz Löffler. Bild: CSU

Mit Sachsens Ministerpräsidenten Michael Kretschmer besprachen die Abgeordneten, welche gemeinsamen Wege beide Länder gehen können.

Mutige Reformen

Bertram Kawlath, Präsident des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau, berichtete über die Herausforderungen in Sachen Innovation und Freihandel seiner Branche. Wie es möglich ist, in punkto Cybersicherheit besser und resilient gegen Angriffe zu werden, darüber informierte Claudia Plattner, Präsidentin des Bundesamts für IT-Sicherheit.

Mit Prof. Dr. Carlo Masala, Professor für Internationale Po-

Schlegel, Ombudsmann der Privaten Kranken- und Pflegeversicherung und ehemaliger Präsident des Bundessozialgerichts, plädierte für mutige Reformen des Sozialsystems und betonte: „Ein System, wie wir es jetzt haben, wird in Zukunft nicht möglich sein.“ Unter dem Motto „Raus aus Konjunkturlaute und Kostendruck“ stand die Diskus-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Dringlichkeitsantrag im Landtag:

Verbesserungen für Sparer statt neuer Abgaben

Sparen und Anlegen für die Altersvorsorge darf nach Auffassung der Regierungsfraktionen von CSU und Freie Wähler im Bayerischen Landtag nicht durch zusätzliche Abgaben belastet werden. Ein entsprechender Dringlichkeitsantrag wurde im Plenum mehrheitlich angenommen. Er listet eine Reihe von Vorschlägen auf, wie besonders junge Sparerinnen und Sparer zum Investieren motiviert werden können.

In dem Antrag wird die Staatsregierung aufgefordert, auf Bundesebene für attraktivere Rahmenbedingungen für Sparer und Anleger, vor allem für Kleinsparer und -anleger, einzutreten. Dazu sollen auch zusätzliche, wirksame Anreize gesetzt werden, damit Anlegen und Vermögensaufbau zur Alterssicherung attraktiver werden, gerade auch für Menschen mit niedrigeren und mittleren Einkommen. Der Landtag lehnt insbesondere Sozialabgaben auf Kapitalerträge als Bremse für eine private Altersvorsorge ab. Stattdessen sollen Chancen und Risiken der Möglichkeiten auf den Finanzmärkten in die Breite der Gesellschaft getragen werden.

Zur Begründung heißt es unter anderem: „Sparen und Anlegen muss attraktiv bleiben und darf nicht durch zusätzliche Abgaben belastet werden. Insbesondere der langfristige Vermögensaufbau am Kapitalmarkt mit Aktien/Fonds/ETFs ist ein wichtiger Baustein für die private Altersvorsorge, der auch mit kleinen Beträgen aufgebaut und demnach noch stärker genutzt werden sollte. Obwohl die durchschnittliche Rendite am Aktienmarkt in den letzten 20 Jahren bei über 8 Prozent lag und der DAX aktuell bei über 20.000 Punkten markiert, wissen 27 Prozent der 14- bis 24-Jährigen in Deutschland nicht, was eine Aktie ist. Aktien, Fonds und ETFs sind eine ideale Möglichkeit, viele Menschen an Unternehmenserfolgen zu beteiligen. Partizipativ und demokratisch. Das gilt es in Schule und Erwachsenenbildung stärker zu vermitteln.“ Auch Anlagemöglichkeiten in staatlichen Fonds, höhere Freibeträge, und begleitetes Investieren auch für Jugendliche könnten Möglichkeiten sein, um mehr Menschen an Unternehmenserfolgen teilhaben zu lassen.

„Wir brauchen wirksame Anreize, um den Vermögensaufbau für die Alterssicherung attraktiv zu fördern. Hier sollten wir weitere Steuerfreistellungen prüfen, zum Beispiel wenn langfristig privat gehaltene Aktien im Rahmen der Altersvorsorge veräußert werden oder wenn langfristige Kapitallebensversicherungen Erträge abwerfen“, forderte CSU-Fraktionsvorsitzender Klaus Holetschek.

Robert Habecks Pläne seien „eine Attacke auf die Sparguthaben der Bevölkerung und vor allem für die kleinen Sparer ein Debakel“. „Durch diese ständigen Schnellschüsse verlieren die Menschen das Vertrauen in die Politik. Ja, die Sozialsysteme sind an ihren Grenzen. Helfen würde hier aber vor allem eine Wirtschaftspolitik, die Investitionen fördert und eine echte Reform des Sozialstaats. Wir brauchen große Lösungen statt Flickschusterei auf Kosten der Sparer.“

DK

DStGB-Positionspapier:

Regional- und Strukturförderung für starke Kommunen

Mehr denn je sind Städte und Gemeinden in Folge von Transformationsprozessen durch Klimaschutz und Digitalisierung sowie des Demografischen Wandels gefordert, Zukunftsinvestitionen zu tätigen, um eine hohe Lebensqualität für die Menschen zu sichern und die Standortqualität für die Wirtschaft zu steigern. Angesichts der Herausforderungen bedarf es vor allem handlungsfähiger Kommunen und passgenauer Förderinstrumente. Das neue Positionspapier „Eine zukunftsgerichtete Regional- und Strukturförderung für starke Städte und Gemeinden“ fasst die maßgeblichen Forderungen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes zur Regional- und Strukturpolitik zusammen und adressiert dabei die Akteure auf Ebene der EU, des Bundes und der Länder.

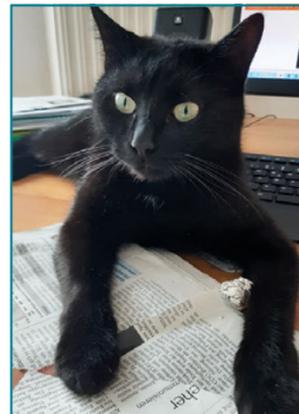
„Ziel muss sein, über eine Stärkung der Regionen eine Entlastung der Ballungsräume, etwa mit Blick auf den Wohnungsmarkt oder die Verkehrssituation herbeizuführen. Deutschlands Zukunft ist entscheidend an ein partnerschaftliches Zusammenwirken von Stadt und Land geknüpft. Die Bündelung der Programme verschiedener Bundesressorts im Gesamtdeutschen Fördersystem für strukturschwache Regionen bildete einen richtigen Ansatz“, urteilt der DStGB. Auf europäischer Ebene gelte es, für die Förderperiode ab 2028 jetzt entscheidende Weichen zu stellen, damit die Regional- und Strukturförderung sowie ländliche Räume ausreichend Berücksichtigung finden. Wichtig werde es auch in den kommenden Jahren sein, dass ausreichend Investitionsmittel für die Kommunen zur Verfügung stehen.

erhebliche Hebeleffekte durch private Investitionen aus und schaffe bzw. sichere wichtige Arbeitsplätze.

Zusätzliche Förderbedarfe

Angesichts der umfangreichen Transformationsaufgaben ergäben sich zusätzliche Förderbedarfe. Die Neuausrichtung und Erweiterung der GRW hin zur klimaneutralen Wirtschaft sowie neue Fördermöglichkeiten wie Aspekte der Daseinsvorsorge berücksichtigten dies. „Eine erweiterte GRW bedarf nun

(Fortsetzung auf Seite 4)



Der Bundestagswahlkampf wird lebhaft und polemisch: Politiker werfen einander Lügen vor. Dabei zeigt sich, dass Wahrheiten oft ambivalent sind. Die Lüge, historisch tief verwurzelt, hat auch in der Politik Tradition, wie Bismarck und Machiavelli illustrieren. Seite 13

Für eine wettbewerbsfähige Volkswirtschaft

Sparkassen sowie Volks- und Raiffeisenbanken legen 10-Punkte-Plan zur Bundestagswahl vor

Die vorgezogene Bundestagswahl am 23. Februar 2025 bietet aus Sicht von Sparkassenverband und Genossenschaftsverband Bayern die große Chance, grundlegende Maßnahmen zu ergreifen, die die deutsche Volkswirtschaft aus ihrer Strukturkrise führen. Hierzu haben die Regionalbanken ein 10-Punkte-Papier verfasst, das die aus ihrer Sicht wichtigsten Forderungen für den Bankensektor an eine neue Bundesregierung enthält.

Die zentralen Forderungen umfassen unter anderem den Abbau von Bürokratie und regulatorisch bedingter Informationsflut, neue Wege zur Förderung der Altersvorsorge sowie die Ablehnung einer europäischen Vergemeinschaftung der Einlagensicherung und der Bankenabwicklung:

1. Unternehmen und Verbraucher müssen dringend von überflüssiger Bürokratie entlastet werden. Kurzfristig ist ein Belastungsmoratorium zu erlassen. Dauerhaft ist eine One-In-Two-Out-Regel in Deutschland und Europa einzuführen.

2. Bis zum Frühjahr 2021 konnten Banken ihre AGBs im Wege der Zustimmungsfiktion ändern. Seitdem leiden Bankkunden unter der Reaktionslast bei AGB-Änderungen. Es muss wieder zu einer praktikablen Regelung kommen, die die Zustimmungsfiktion explizit erlaubt.

3. In der Wertpapierberatung wird die Transparenz für Bankkunden durch eine regulatorisch induzierte Informationsflut behindert. Informationsblätter sind oft schwer verständlich und widersprüchlich. Gesetzlich vorgeschriebene Informationsblätter sind daher auf ein Minimum

zu vereinfachen und zu reduzieren.

4. Die Versorgung des ländlichen Raums mit Bankfilialen ist uns ein großes Anliegen. Schutzmaßnahmen der Banken gegen kriminelle Attacken können aber nur flankierend sein. Dauerhaft werden Angriffe auf Geldautomaten nur zurückgehen, wenn Straftäter gefasst werden.

5. Kleinere Banken haben ein weniger komplexes Geschäftsmodell als internationale Großbanken und stellen keine potenzielle Gefahr für die wirtschaftliche Stabilität dar. Im Sinne der Proportionalität sollten für sie nicht dieselben Regeln gelten.

6. Der demographische Wandel bringt das Modell des Generationenvertrags an seine Grenzen. Es braucht ein staatlich gefördertes privates Altersvorsorgedepot, auch um die Ka-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
GZ-Podcast: Das gute Beispiel.	2
FW-Klausur: Für Verlässlichkeit und Eigenverantwortung	2
Landräte fordern: Bürokratieabbau jetzt	2
Gerlach: 7-Punkte-Plan für Bayerns Krankenhäuser	2
GZ-Kolumne Christoph Göbel: Mit Zuversicht nach vorne!	3
Jahresbilanzen Messe München und NürnbergMesse	3
Kommunale Finanzthemen	5 - 7
Kommunale Bau- und Verkehrsthemen	8 - 10
Wasser • Abwasser	11
Aus den bayerischen Kommunen.	12 - 14

FW-Klausur in Chieming:

Für Verlässlichkeit und Eigenverantwortung

Mit aktuellen Herausforderungen für Bayern befasste sich die Freie Wähler-Landtagsfraktion bei ihrer Klausurtagung in Chieming. Wie Fraktionsvorsitzender Florian Streibl hervorhob, „erwarten die Menschen von uns als Regierungsfraktion zurecht Antworten in einer Zeit voller Unsicherheiten und einer gescheiterten Ampelregierung, die einen Scherbenhaufen hinterlässt“. Anstelle populistischer Forderungen brauche es nun eine verlässliche Politik, die dem Bürger nicht auf jedem Schritt misstraue, sondern eigenverantwortliches Handeln belohne.

Mit Blick auf die zunehmende finanzielle Herausforderung der Kommunen wurde in einer Resolution dargelegt, dass nur eine effiziente Politik vor Ort für Vertrauen in demokratische Institutionen sorgen und die wachsende Gefahr politischer Extreme eindämmen könne. Dafür brauche es neben einer auskömmlichen finanziellen Grundlage strukturelle Lösungsansätze, die ohne einen Abbau von Standards und übertragenen Aufgaben nicht ausreichen würden.

Neben der finanziellen Belastung dürfe man auch die Leistungsfähigkeit der Kommunen in Krisensituationen nicht außer Acht lassen. Dies sei besonders in der aktuellen geopolitischen Lage notwendig, um Leib und Leben der Bevölkerung effektiv schützen zu können.

Bescheunigung der Prozesse

Mit der Beschleunigung genehmigungsrechtlicher Prozesse beschäftigte sich eine weitere

Entscheidung. Zu oft bremsen Prüfverfahren wichtige Bauvorhaben, beispielsweise im Bereich des Hochwasserschutzes. Deshalb fordert die FW-Fraktion eine Anpassung der bundes- und europarechtlichen Normen. Bauten, die dem Schutz von Leib und Leben dienen, sowie Vorhaben in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung als auch allgemein im Bereich der kritischen Infrastruktur dürften nicht länger durch Prüfverfahren verzögert und verteuert werden. Besonders der Einsatz von Zukunftstechnologien wie Künstlicher Intelligenz könne Genehmigungsprozesse massiv beschleunigen. Zeitgleich werde Bayerns Verwaltung hierdurch effizienter, bürokratieärmer und rüste sich gegen den grassierenden Fachkräftemangel.

Konsequente Digitalisierung

„Es ist nicht hinnehmbar, dass notwendige Bauprojekte, die zur Verbesserung der Infrastruktur und der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft erforderlich sind, wegen langwieriger bürokratischer Verfahren auf unbestimmte Zeit verzögert werden“, heißt es in einer Resolution zur Vereinbarkeit von Artenschutz und Investitionen im Bausektor. „Der Zustand unserer Infrastruktur und Wirtschaft zeigt deutlich, dass wir mit einem derartigen Ansatz nicht nur auf nationaler Ebene zurückfallen, sondern auch im internationalen Vergleich an Wettbewerbsfähigkeit verlieren.“ Zudem plädierten die Freien Wähler für die konsequente

Digitalisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, denn sie erschleie dringend benötigte Potenziale. Bei Zukunftstechnologien dürfe die Bayerische Wirtschaft nicht auf Know-how im Silicon Valley angewiesen sein. Während sich in der aktuellen Wirtschaftskrise zahlreiche Sektoren in Stagnation oder Rezession befänden, wachse die Digitalwirtschaft in Bayern hochdynamisch. Die FW-Fraktion wolle dafür sorgen, dass dieser Standortvorteil Bayern auch weiterhin auszeichnet.

Quote für's Heimatgefühl

In Chieming galt das Augenmerk auch den bayerischen Künstlern und deren wichtiger Leistung für das Heimatgefühl. In einer entsprechenden Entschließung sprachen sich die Freien Wähler unter anderem für eine Radioquote aus: Gerade der öffentlich-rechtliche Hörfunk, der einen besonderen Kultur- und Bildungsauftrag habe, solle verstärkt deutschsprachige und insbesondere heimatbezogene, bayerische Musikproduktionen, die gerade das jüngere Publikum ansprechen, im Programm berücksichtigen. Eine freiwillige Selbstverpflichtung würde ein deutliches und willkommenes Signal der Rückbesinnung der Sender auf ihren Kernauftrag darstellen, hieß es. „Um Bayern optimal für die Zukunft aufzustellen“, wurden schließlich noch die sofortige Überführung des Wolfs in das bayerische Jagdrecht und der Schutz der bayerischen Imker gefordert. DK



V.l.: Präsident Thomas Karmasin, Staatsminister Dr. Florian Herrmann, MdL, und der Ausschussvorsitzende Landrat Stefan Rößle.

Bild: Bayerischer Landkreistag

Bürokratieabbau jetzt!

Landräte fordern entschlossenen Abbau von Aufgaben und Standards

Von der Impfbuchkontrolle bis zur Statistikpflicht: Bürokratie nervt die Bürger, lähmt die Wirtschaft und behindert die Verwaltung. Umso dringender ist ein Abbau von Standards und Aufgaben. Der Bayerische Landkreistag hat dafür zahlreiche gute Vorschläge gemacht und nun bei der Bayerischen Staatskanzlei Gehör gefunden. Mitte Januar stand Staatsminister Dr. Florian Herrmann, der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, dem Bayerischen Landkreistag Rede und Antwort zum dringend notwendigen Abbau von Bürokratie.

„Wir brauchen beim Aufgaben- und Standardabbau deutlich mehr Tempo. Viele Verfahren lassen sich unserer Meinung nach drastisch beschleunigen und vereinfachen. Zum Beispiel im Baubereich oder im Förderwesen. Es braucht vor allem einen Mentalitätswandel in den Köpfen in der Verwaltung

genauso wie bei den Bürgerinnen und Bürgern. Wo Entscheidungsspielräume geöffnet, wo Verfahren beschleunigt werden, da muss dann auch das Ergebnis akzeptiert und nicht 1000-fach hinterfragt werden“, so der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, Fürstentfeldbruck.

„Die Handlungsfähigkeit der Landkreise hängt entscheidend davon ab, dass sie sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können. Dazu müssen sie von überflüssigen Aufgaben und überhöhten Standards befreit werden. Komplexe und kleinteilige Vorschriften, 70-seitige Ausführungshinweise führen zu unnötigem Personal- und Verwaltungsaufwand, verlängern die Bearbeitungszeiten für Bürger und Unternehmen und erschweren praxisnahe Lösungen vor Ort“, verdeutlicht der Vorsitzende des Ausschusses für Finanzen und Sparkassen, Landrat Stefan Rößle, Donau-Ries.

Die Landkreise haben bereits konstruktive Entbürokratisierungsideen eingebracht und wollen nun die notwendigen Schritte gemeinsam mit der Staatsregierung angehen. „Wir müssen zeitnah zu spürbaren Entlastungen kommen und begrüßen, dass die Kommission in der Bayerischen Staatskanzlei angesiedelt worden ist“, so Karmasin und Rößle abschließend. □

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Landrat Johann Kalb
Landratsamt Bamberg
am 30.1.

Bürgermeister Johann Schild
Gemeinde Fridolfing
am 31.1.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Feigl
Stadt Königsbrunn
am 4.2.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Heinrichs
Gemeinde Lültsfeld
am 4.2.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Bayerins Gesundheitsministerin Judith Gerlach:

7-Punkte-Plan für Bayerns Krankenhäuser

Bayerins Gesundheitsministerin Judith Gerlach sieht die Krankenhäuser im Freistaat auf einem guten Weg, sich zukunftsfähig aufzustellen. Sie wirft der Bundesregierung jedoch schwerwiegende Versäumnisse bei der Krankenhausreform vor und verweist auf einen neuen Informationsbereich auf der Webseite des Bayerischen Gesundheitsministeriums, der Krankenhäuser und Kommunen gezielt unterstützen soll.

Gerlach betonte, dass zahlreiche Kommunen bereits die Angebote des Bayerischen Gesundheitsministeriums nutzen, um die Transformation aktiv zu gestalten. „Unser Ziel ist es, unkoordiniertes Schließen kleinerer Kliniken, insbesondere im ländlichen Raum, zu verhindern. Die Herausforderungen durch die komplexe Krankenhausreform und die Unklarheiten der Bundesregelungen erfordern pragmatische Unterstützung – genau das leisten wir mit unserem neuen Informationsbereich.“

Klare Leitplanken

Die neue Webseite richtet sich nicht nur an Krankenhäuser und Kommunen, sondern bietet auch Bürgerinnen und Bürgern nützliche Einblicke in die Gesundheitsversorgung. Dort finden sich unter anderem Details zum bayerischen 7-Punkte-Plan, der klare Leitplanken für Geburtshilfe, Pädiatrie und stationäre Notfallversorgung enthält. Auch ein Zeitplan zur Umsetzung der Reform wird transparent dargestellt. Gerlach unterstrich: „Mit diesem digitalen Angebot ergänzen wir unseren engen Austausch mit den Trägern und Kommunen.“

Massive Kritik an der Bundesregierung

Die Ministerin übte scharfe Kritik an Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach. Sie erklärte, dass die strukturellen Defizite bei der Betriebskostenfinanzierung der Krankenhäuser

die aktuelle Schieflage maßgeblich verschärfen. „Die Finanzierung der Betriebskosten liegt in der Verantwortung des Bundes. Trotz mehrfacher Aufforderungen Bayerns fehlt es an den notwendigen Hilfen. Dies ist eine zentrale Ursache für die schwierige Lage vieler Krankenhäuser“, so Gerlach.

Zudem forderte sie Nachbesserungen der Krankenhausreform: „Wir benötigen Flexibilität bei den Leistungsgruppen-Voraussetzungen, um individuell reagieren zu können. Auch überzogene Personalanforderungen müssen angesichts des Fachkräftemangels dringend angepasst werden. Weniger Bürokratie und mehr Handlungsspielraum sind essenziell – zum Wohle der Patientinnen und Patienten.“

Förderprogramme und Zukunftsinvestitionen

Gerlach verwies auf die aktive Unterstützung der Staatsregierung: „Für kleinere Krankenhäuser im ländlichen Raum haben wir 2024 ein Sonderförderprogramm mit 100 Millionen Euro über fünf Jahre aufgelegt. Zudem haben wir die Investitionskostenförderung auf 800 Millionen Euro erhöht und kommen damit der geplanten Krankenhausmilliarde näher.“

Weitere Instrumente

Mit dem 7-Punkte-Plan, der im Oktober 2023 vom Ministerrat beschlossen wurde, erhalten Kliniken weitere Instrumente, um sich auf den Wan-

GZ

GZ-PODCAST

GZ

Das gute Beispiel

Podcast-Moderator Michael von Hassel spricht mit beeindruckenden Menschen, die mit ihrem Talent und Engagement für Hoffnung in schwierigen Zeiten sorgen, besonders im Ehrenamt und in der Kommunalpolitik.

Folge 2: Wenn wir nicht kommen, kommt niemand mehr. Ein Gespräch mit Volker Eisele, Vorstand Stiftung Bergwacht



Das Gespräch beleuchtet die essenzielle Rolle der Bergwacht Bayern. Als Teil des Bayerischen Roten Kreuzes leistet die Bergwacht Rettungsdienste in schwierigem Gelände – ehrenamtlich, rund um die Uhr und bei unterschiedlichsten Einsatzlagen. Die Organisation ist auf ein starkes Netzwerk aus Freiwilligen angewiesen, die eine anspruchsvolle Ausbildung durchlaufen und oft auch eigene Ausrüstung finanzieren.

Besonderes Augenmerk liegt auf der Stiftung Bergwacht, die sich für die finanzielle und logistische Unterstützung der Bergrettung einsetzt. Herausforderungen wie steigende Einsatzkosten, komplexe Einsatzlagen und die Notwendigkeit moderner Ausrüstung erfordern innovative Lösungen und eine verstärkte Zusammenarbeit mit Spendern, Unternehmen und der Öffentlichkeit.

Neben Rettungseinsätzen fördert die Bergwacht auch den Naturschutz und leistet Präventionsarbeit. Die Bedeutung von Netzwerken und interdisziplinärer Zusammenarbeit wird durch das Bayerische Zentrum für Alpine Sicherheit in Bad Tölz unterstrichen, das als Ausbildungsstätte international einzigartig ist.

Das Gespräch verdeutlicht die Leidenschaft und das Engagement der Bergwacht sowie die Wichtigkeit der Unterstützung durch die Gesellschaft – sei es durch Spenden, Öffentlichkeitsarbeit oder Anerkennung. www.gemeindezeitung.de/podcast □

GZ

VERANSTALTUNGSHINWEIS

GZ



Bild: Müller-BBM

21. Müller-BBM Fachgespräche am 19./20. März 2025 in München:

Immissionsschutz in der Planungs- und Genehmigungspraxis

Die Fachtagung geht in eine neue Runde. Wie immer im Europasaal im Haus der Bayerischen Wirtschaft und einmal mehr mit herausragenden Praxisberichten zum Immissionsschutz in der Planungs- und Genehmigungspraxis.

Freuen Sie sich auf die Eröffnungsrede von Gerald Ebertsch, Leitender Regierungsdirektor am Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU) in Augsburg, und Vorträge u. a. von Valeska Meyer zu Heringdorf, Referentin im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) in Bonn, von Dr. Richard Schlachta, Sachgebietsleiter technischer Umweltschutz an der Regierung von Oberbayern sowie Moritz Hermsdorf, Jurist und wissenschaftlicher Mitarbeiter des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU) in Berlin.

Der Erfahrungsaustausch zwischen Vertretern von Behörden, Kommunen, Betreibern und Beratern hat sich in der Fachwelt als feste Größe im Bereich Bauleitplanung, Lärmimmissionsschutz und Luftreinhaltung etabliert.

- Bedienstete von Behörden erhalten einen Rabatt von 50 Prozent.
- Informationen und Anmeldung unter www.mbbm-ind.com.

del einzustellen. Erste Erfolge zeichnen sich bereits ab: „Viele Krankenhäuser haben regionenübergreifend Fördermittel für Gutachten beantragt, um ihre Umstrukturierungspläne auf eine fundierte Basis zu stellen“, erklärte die Ministerin.

Eigenverantwortung der Krankenhäuser

Gerlach betonte, dass die Krankenhäuser keine nachgeordneten Behörden der Staatsregierung seien. Entscheidungen über Schließungen oder Standortveränderungen treffen die Träger eigenverantwortlich. Die Pflicht zur Sicherstellung der stationären Versorgung liege nach bayerischem Recht bei den Landkreisen und kreisfreien Städten, nicht beim Freistaat

Bayern. In dieser Angelegenheit habe sie bereits im vergangenen Dezember ein Schreiben an alle Landrätinnen, Landräte, Oberbürgermeister und Oberbürgermeisterinnen gerichtet und darin die Unterstützungsangebote des Freistaats nochmals dargelegt und sie aufgefordert, rasch davon Gebrauch zu machen.

Die Ministerin schloss mit dem Appell, dass alle Beteiligten ihren Beitrag leisten müssten, um die Gesundheitsversorgung in Bayern nachhaltig zu sichern.

Informationen

Die Online-Informationen sind frei zugänglich: <https://www.stmgp.bayern.de/gesundheitsversorgung/krankenhaeuser/umsetzung/krankenhaeuserreform> □

Jahresbilanzen Messe München und NürnbergMesse:

Mit Umsatzrekorden fit für die Zukunft

Mit Rekordergebnissen warteten Messe München und NürnbergMesse im Rahmen ihrer Jahresbilanz-Presskonferenzen auf. Während die Messe München für das Jahr 2024 einen Rekord-Konzernumsatz von 530 Mio. Euro verbuchen kann und sich dieser positive Trend auch 2025 fortsetzt, schloss die NürnbergMesse das Jahr ihres 50. Jubiläums mit einem neuen Umsatzrekord von rund 360 Mio. Euro ab.

Wie die CEO-Doppelspitze Reinhard Pfeiffer und Stefan Rummel erläuterte, lief das Geschäft der Messe München besonders im Ausland hervorragend; am Hauptsitz liegt der Umsatz bei rund 330 Mio. Euro. „In diesem wirtschaftlich schwierigen Umfeld in Deutschland zeigt sich die Stärke unseres Portfolios mit zwölf Weltleitmessens und einem robusten Kerngeschäft“, unterstrichen die Messechefs das positive Ergebnis: „Die Anziehungskraft unserer Veranstaltungen ist nach wie vor ungebrochen.“ In Zeiten wie diesen seien Messen als Treffpunkte wichtiger denn je. „Es kommen die Entscheider, und das ist für die Geschäftsanbahnung auf einer Messe wichtig.“ Oberstes Ziel sei es, „unsere Schulden aus eigener Kraft zu tilgen und in die Zukunft zu investieren“.

Steigerung über 10 Prozent

2024 organisierte die Messe München 16 Veranstaltungen in der Landeshauptstadt mit rund 1,3 Mio. Besuchern und 32.000 Ausstellern, dazu kamen 93 Gastveranstaltungen und 47 Veranstaltungen im Ausland. Zu den eigenen Veranstaltungen in München kamen gegenüber den Vorveranstaltungen

Bayern stimmt Reform des ÖRR zu

Der Ministerrat hat dem zwischen den Ländern beschlossenen Staatsvertrag zur Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zugestimmt. Dieser umfasst Änderungen des Medien-, ARD-, ZDF- und Deutschlandradiostatsvertrags sowie des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird moderner, digitaler und schlanker. Bayern war von Anfang an Treiber der Reform, insbesondere im Hinblick auf Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit.

Das Reformpaket setzt bayrische Forderungen wie die Reduktion der Sparten- und Hörfunkkanäle um. Auch bei presseähnlichen Angeboten erfolgt eine Nachschärfung zugunsten der Verleger, um Konkurrenz zu privaten Verlagen zu vermeiden. Kosten für den teuren Sportrechteerwerb werden gedeckelt, die Zusammenarbeit der Rundfunkanstalten gestärkt und außertarifliche Gehälter überprüft. Institutionelle Neuerungen wie ein Medienrat mit externen Sachverständigen sollen die Qualität der Angebote sichern.

Zudem werden die Öffentlich-Rechtlichen verpflichtet, mit meinungs- und vielfaltsrelevanten privaten Rundfunkanbietern zu kooperieren. Neuerungen wie das sog. Embedding – die Verlinkung öffentlich-rechtlicher Inhalte auf privaten Plattformen – tragen den Anforderungen der modernen Medienlandschaft Rechnung.

Der Vertrag wird dem Bayerischen Landtag vorgelegt und soll am 12. März 2025 bei der Ministerpräsidentenkonferenz unterzeichnet und anschließend von den Landesparlamenten ratifiziert werden. Das Inkrafttreten ist für den 1. Dezember 2025 geplant. Die Anpassung des Rundfunkbeitrags und ein neues Finanzierungsverfahren sind nicht Teil des Reformstaatsvertrags. □

sechs Prozent mehr Besucher und neun Prozent mehr Aussteller. Der Anteil ausländischer Aussteller lag bei rund 50 Prozent – eine Steigerung von über zehn Prozent.

Als Höhepunkte in der Landeshauptstadt nannten Pfeiffer und Rummel die electronica, die ceramitec sowie die Umwelttechnologiemesse IFAT mit 50 Prozent Besuchern aus dem Ausland und 55 Prozent ausländischen Ausstellern. Die EXPO REAL verbreitete auf dem kriselnden Immobilienmarkt Zuversicht. Und auch die einzige Publikumsmesse der Messe München, die Urlaubs- und Freizeitmesse f.r.e.e., war mit der Partnerregion Oberbayern sehr erfolgreich. „Mit dem hohen Auslandsanteil bei Veranstaltungen in München und mit unseren Messen im Ausland bieten wir dem Mittelstand eine internationale Plattform“, hoben die Messechefs hervor.

Veranstaltungen

Mit Blick auf internationale Gastveranstaltungen als wichtiger Teil des Kerngeschäfts wiesen die CEOs auf die smartere E-Europa hin, die sich mit ihrem Schwerpunkt auf erneuerbare Energien zu der mit Abstand größten Gastveranstaltung entwickelt habe. Ein spektakuläres Highlight seien zudem die zehn Konzerte des Weltstars Adele mit 730.000 Besuchern in einer eigens für sie gebauten Pop-Up-Arena auf dem Gelände der Messe München ein spektakuläres Highlight gewesen. „Wenn es der eng getaktete Messekalendar zulässt, sind wir gesprächsbereit für solche außergewöhnlichen Events. Klar ist aber: Unser Kerngeschäft bleiben Messen und Kongresse.“

Nach einem „intensiven Jahr 2024“ betrachtet die Messe München das laufende Jahr voller Zuversicht. Dabei handelt es sich laut Pfeiffer und Rummel um ein „Megajahr mit allein acht Weltleitmessens, wie es das nur alle zwölf Jahre gibt“. Allein am Standort in München gehen die CEOs von einem Rekordumsatz von über 500 Mio. Euro aus. Im Januar startete das Jahr 2025 mit der BAU. Im April folgt die bauma, die flächenmäßig größte Messe der Welt, die zuletzt 2022 eine halbe Million Besucher anzog.

Effiziente Reiseplanung

Dass Reisen zu einer Messe nachhaltig sind, belegt eine neue Studie im Auftrag des Messe-Dachverbands Auma, für die 3.000 Messebesucher aus dem In- und Ausland befragt wurden. Alle Teilnehmer hatten durchschnittlich 13,1 Geschäftskontakte pro Messtags. Dank des Messebesuchs konnten 5,1 zusätzliche Reisen vermieden werden. Denn Messebesuche werden hocheffizient geplant: Deutlich mehr als ein Viertel der Besucher (28 Prozent) verbindet den Messebesuch mit zusätzlichen geschäftlichen Terminen und weitere 17 Prozent kombinieren ihren Messebesuch mit einem privaten Aufenthalt. Nach der Studie profitieren internationale Besucher besonders von Messebesuchen: Sie sparen sich dadurch fast acht zusätzliche Dienstreisen.

Mit viel Rückenwind macht sich auch die NürnbergMesse fit für die Zukunft. Mit dem neuen Umsatzrekord von rund 360 Mio. Euro wird laut Peter Ottmann, CEO NürnbergMesse Group, nicht nur das turnusmäßig vergleichbare Messejahr 2022 mit 257 Mio. Euro Mio. deutlich übertroffen, sondern auch die bisherige Rekordmarke von 315 Mio. Euro aus dem Messejahr 2018.

Rückenwind bei der NürnbergMesse

Eine starke Nachfrage erlebten die weltweit 140 Veranstaltungen der NürnbergMesse. Group mit ihren insgesamt 33.900 Ausstellern (Vorjahr: 28.153) und 1,56 Mio. Besuchern (Vorjahr: 1,28 Mio.). Gleichzeitig stelle die NürnbergMesse mit der Übernahme der WEKA Fachmedien GmbH und der ALTENPFLEGE, der Leitmesse der Pflegebranche, wichtige Weichen für den Messestandort. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels wolle die NürnbergMesse mit ihrem Cluster Sozialmessen weiterwachsen, betonte Ottmann.

Insgesamt fanden im Messezentrum Nürnberg 71 Veranstaltungen statt, auf denen sich 23.800 Aussteller auf einer Nettofläche von 880.000 Quadratmetern vor 930.000 Besuchern präsentierten. Dabei setzten insbesondere die Eigen- und Partnerveranstaltungen im zweiten Halbjahr wie FACHPACK (+26 Prozent Aussteller), Chillventa (+20 Prozent Aussteller) und it-sa (+33 Prozent Besucher) starke Signale für ihre jeweiligen Branchen.

Internationale Beteiligung

Vor dem Hintergrund einer unverändert schwächeren Konjunktur in Deutschland profitierten die Fachmessen in Nürnberg von ihrer hohen internationalen Beteiligung mit einem Anteil von 51 Prozent an internationalen Ausstellern. Insgesamt verzeichneten die Eigen- und Partnerveranstaltungen in der Norisstadt ein Plus von 15 Prozent bei den Ausstellern, +19 Prozent bei der Nettofläche und +29 Prozent bei den Besuchern.

Um den Kunden ein eindrucksvolles, aber auch effizientes Messeelebnis zu bieten, setze man auf digitale Innovationen, wie CEO Ottmann berichtete. 2024 sei mit der Entwicklung einer neuen E-Commerce-Plattform begonnen worden, über die Kunden künftig Zugang zu einer großen Vielfalt an Produkten und

Liebe Leserinnen und Leser,

die Kommunen im Landkreis München und in ganz Bayern befinden sich mitten in den Vorbereitungen für die bevorstehende Wahl. Die organisatorischen Anforderungen sind enorm: Wahllokale müssen eingerichtet, Wahlunterlagen rechtzeitig verschickt und unzählige Abläufe bis ins Detail geplant werden, damit der Wahltag reibungslos über die Bühne geht. Es ist eine Herausforderung, der sich die Städte, Gemeinden und Kreise mit großem Engagement widmen. Denn jede Wahl – und ganz besonders die anstehende Bundestagswahl – ist nicht nur ein Verwaltungsakt, sondern ein Ausdruck gelebter Demokratie.

Gerade in einer Zeit, in der Krisenherde an vielen Orten auflodern und die Stabilität vieler Re-

Mit Zuversicht nach vorne

gionen gefährdet ist, müssen wir unsere demokratischen Rechte und Freiheiten bewahren und aktiv nutzen. Wir alle hoffen daher, dass die Bürgerinnen und Bürger in Bayern und ganz Deutschland die Möglichkeit nutzen, ihre Stimme abzugeben. Denn eine hohe Wahlbeteiligung ist nicht nur ein Zeichen für eine lebendige Demokratie, sondern auch eine Verpflichtung gegenüber kommenden Generationen.

Gleichzeitig stehen wir vor enormen wirtschaftlichen Herausforderungen. Die äußeren Rahmenbedingungen für Kreise und Kommunen sind derzeit alles andere als einfach. Die wirtschaftliche Lage hat sich in vielen Bereichen verschlechtert. Steigende Kosten und sinkende Einnahmen zwingen uns politisch Verantwortliche dazu, die Haushalte kritisch zu prüfen und Prioritäten

Dienstleistungen haben werden. Ebenso halte Künstliche Intelligenz verstärkt Einzug auf dem Messegelände. Auf Veranstaltungen ermöglichten KI-gestützte Dienste die Live-Übersetzungen von Vorträgen in verschiedenen Sprachen.

Nachhaltigkeit

Zudem arbeite die NürnbergMesse weiter daran, den Messebesuch so nachhaltig wie möglich zu gestalten. Planmäßig voran schreite auch die Entwicklung des Mitarbeitercenters NXT74, in dem bis Ende 2025 neue Arbeitswelten und

KOLUMNE Christoph Göbel



täten zu setzen. Vielfach bleibt nichts anderes übrig, als freiwillige Leistungen zu reduzieren oder Projekte zu verschieben. Das ist schmerzhaft, aber oft unvermeidbar, um finanzielle Stabilität zu gewährleisten.

Hinzu kommt der Fachkräftemangel, der auch die kommunalen Verwaltungen immer stärker betrifft. Dies stellt uns vor die Aufgabe, mit begrenzten personellen Ressourcen weiterhin den Service zu bieten, den unsere Bürgerinnen und Bürger erwarten und verdienen. Um dieser Herausforderung zu begegnen, müssen wir unsere Anstrengungen in der Digitalisierung weiter intensivieren. Der Einsatz moderner Technologien kann Prozesse nicht nur effizienter gestalten, sondern auch dazu beitragen, den Zugang zu kommunalen Dienstleistungen einfacher und bürgerfreundlicher zu machen.

Trotz all dieser Schwierigkeiten blicke ich mit Zuversicht nach vorne. Denn ich weiß, dass unser Zusammenhalt und unser gemeinsames Engagement eine große Stärke sind. Gerade in den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und zum Wohle der Gemeinschaft beizutragen. Auch die Verwaltungen selbst arbeiten unermüdlich daran, Lösungen zu finden und innovative Wege zu gehen.

Mit Blick auf die bevorstehende Wahl werde ich nicht müde an alle Wahlberechtigten zu appellieren: Nutzen Sie Ihr Wahlrecht, bringen Sie sich ein und tragen Sie dazu bei, unsere Demokratie zu stärken. Gleichzeitig sollten wir die aktuellen Herausforderungen als Ansporn nehmen, uns weiterhin für eine zukunftsfähige, bürgernahe und stabile Kommunalpolitik einzusetzen.

Mit Engagement, Weitsicht und der Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, können wir auch schwierige Zeiten meistern. Davon bin ich überzeugt.

Mit den besten Grüßen

Ihr Christoph Göbel

Stv. Landesvorsitzender der KPVB Bayern
Landrat des Landkreises München

Benefiz-Schafkopfrennen

für kommunalpolitische Mandatsträger und Freunde

Schirmherren:

Landrat Stefan Löwl (Landkreis Dachau),
Landrat Thomas Karmasin (Landkreis Fürstfeldbruck) und
Oberbürgermeister Dieter Reiter (Stadt München)

Anmeldung nur digital unter:
www.landratsamt-dachau.de/benefizschafkopf2025

Startgeld: 50 €/Person

1. Platz Reisegutschein im Wert von 400 €
2. Platz Preis im Wert von 200 €
3. Platz Preis im Wert von 150 €

Benefizgewinne: Jeder und jede spielt für einen guten Zweck, der bei Anmeldung angegeben wird.

Mitspielen dürfen alle Freunde der Kommunalpolitik

Schlossgut Odelzhausen
Am Schlossberg 1, 85235 Odelzhausen
www.schlossgut-odelzhausen.de



15.3.2025

Anmeldung ab 14:00 Uhr
Beginn 15:00 Uhr

Schlossgut Odelzhausen
www.landratsamt-dachau.de/benefizschafkopf2025



Vertrauen stärken ...

(Fortsetzung von Seite 1)

sion mit Jörg Dittrich, Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks und Präsident des Deutschen Handwerkskamertags.

Was es für Bayern bedeuten würde, Olympia 2040 ins Land zu holen, diskutierte die Fraktion mit Jörg Ammon, Präsident des Bayerischen Landes-Sportverbands, Sportjournalist und -kommentator Marcel Reif, Josia Topf, Schwimmer und dreifacher Medaillengewinner der Paralympics 2024 in Paris und Heino Zeidler, Vater und Trainer von Oliver Zeidler, Goldmedaillengewinner der Olympischen Spiele 2024 in Paris. Alle waren sich einig, dass in Bayern nachhaltige Spiele möglich sind, die die Menschen begeistern sowie dem Sport und auch der Wirtschaft Aufschwung bringen können.

Bayern ist Sportland

In der einstimmig beschlossenen Resolution „Bayern ist Sportland: Ja zu Olympischen und Paralympischen Spielen in Bayern!“ verspricht sich die CSU von erneuten Sommerspielen in München sowohl eine Belebung des Leistungs- und Spitzensports als auch des Breitensports, einen gesellschaftlichen Impuls für das Ehrenamt, wirtschaftliche Impulse und eine Stärkung des Tourismus, einen Modernisierungsschub für die Infrastruktur, neuen Wohn-

raum und ein „Fest der Völkerverständigung“. München sei in der Lage, ökologische und ressourcenschonende Spiele umzusetzen: „Große Sportstätten sind in München bereits vorhanden und müssen nicht erst neu gebaut werden. Ein deutsches Konzept sollte sich an den erfolgreichen Spielen in Paris 2024 orientieren, bei denen es eindrücklich gelungen ist, moderne Technologien umweltfreundlich einzusetzen“, heißt es in dem Beschluss.

Spitzenplatz in der Landwirtschaft

Mit Günther Fellner, Präsident des Bayerischen Bauernverbands, erörterten die Abgeordneten, wie Bayern auch weiterhin seinen Spitzenplatz in der Landwirtschaft halten kann. „Wirtschaftswende jetzt!“ lautete das Motto der Diskussion mit Dr. Rainer Dulger, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, der sich klar für eine Wende in der Wirtschaftspolitik und für „Vorfahrt für mehr Wettbewerbsfähigkeit“ aussprach.

„Es braucht eine echte Zeitenwende in der inneren Sicherheit, dazu gehört ein ganzheitlicher Ansatz“, hob Prof. Dr. Peter Neumann vom renommierten King's College in London hervor. Wie es nach der Bildung der neuen EU-Kommission weitergeht, erläuterte Prof. Dr. Angelika Nie-

bler, Vorsitzende der CSU-Europagruppe im Europäischen Parlament. Dr. Richard Lutz, Vorsitzender des Vorstands der Deutschen Bahn AG, skizzierte, wie eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur mit einem attraktiven Wirtschafts- und Lebensstandort zusammenhängt.

Lösungen aus der Krise

Über mögliche Lösungen aus der Krise im Schulterschluss mit den bayerischen Kommunen diskutierten die Abgeordneten mit Thomas Karmasin, Präsident des Bayerischen Landkreistags, Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirkstags und Markus Pannermayr, Erster Vorsitzender des Bayerischen Städtetags. Karmasin und Pannermayr verwiesen auf das Problem der Krankenhausfinanzierung, das auch durch die in Berlin geplante Reform nicht gelöst werde. Der Freistaat wiederum dürfe Standortentscheidungen nicht allein den Landkreisen und kreisfreien Städten überlassen. Der Städtetagschef forderte explizit „einen Durchgriff der Planungsbehörde“.

Sprunghafter Anstieg der Bezirksausgaben

Bezirkstagspräsident Löffler verwies auf den sprunghaften Anstieg der Bezirksausgaben für sozialpolitische Aufgaben. Die Standards dafür seien stellenweise ein Stück weit übertrieben. So führe etwa das neue Bundesteilhabegesetz dazu, dass am Unterricht teilnehmende Kinder mit körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderungen Anspruch auf jeweils einen erwachsenen Schulbegleiter haben. Somit säßen im Extremfall ein Handvoll Schulbegleiter in einer Klasse. Zudem seien die Bezirke früher bei einem Drittel der Pflegebedürftigen für Kosten aufzukommen. Heute seien es zwei Drittel der Menschen, die das wegen der hohen Kosten in Anspruch nehmen müssen.

Verschlinkung des Sozialstaats

Um die Leistungen für tatsächlich Bedürftige aufrechterhalten zu können, hält Holetschek eine Verschlinkung des Sozialstaats für erforderlich: „Wir müssen uns verabschieden von dem, was bis jetzt als Sozialstaat definiert worden ist“, erklärte der Fraktionsvorsitzende. Mit Blick auf das Thema Bürokratie regte er das Einrichten von Modellregionen an, in denen bestimmte Regelungen wie Statistik-Pflichten nicht mehr gelten sollen. Es brauche „disruptive Prozesse“, um den Unternehmen zu ermöglichen, sich auf ihre eigentlichen Aufgaben zu konzentrieren.

Grundlegend reformiert werden soll nach dem Willen der CSU-Landtagsfraktion das Beschaffungswesen bei gleichartigen Feuerwehrfahrzeugen. Ziel ist es, den Kommunen in Bayern künftig auch einen alternativen, zentralisierten Beschaffungsweg anzubieten, um Kosten zu senken und den Verwaltungsaufwand zu reduzieren. Aktuell ermitteln und beschaffen die Kommunen den Bedarf an Feuerwehrfahrzeugen und Ausrüstungsgegenständen eigenständig, was oft mit der Beauftragung externer Büros verbunden ist. Holetschek zufolge hat sich in anderen Bundesländern die zentrale Beschaffung über staatliche Kompetenzzentren bereits bewährt.

„Wir haben die schlimmste Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten“, hob Ministerpräsident Söder in seiner Grundsatzrede hervor. „Deutschland hat eine schlechte und inkompetente Wirtschaftspolitik.“ Der Arbeits-

platzabbau schreite voran, die Inflation steige und die Wettbewerbsfähigkeit sinke deutlich. Das bekomme auch Bayern zu spüren. Die Bundestagswahl sei eine „Richtungsentscheidung für unsere Demokratie und ganz Europa“.

Steuersenkungen sind unumgänglich

Um Deutschland wieder in Ordnung zu bringen, seien Steuersenkungen für Mittelstand und Gastronomie unumgänglich. Die Kürzungen bei der Landwirtschaft müssten rückgängig gemacht werden, ebenso müssten die Pendlerpauschale erhöht und das Bürgergeld abgeschafft werden. Söder forderte eine Bauoffensive für das Eigentum, um Bauhandwerk und Bauindustrie zu stabilisieren. In den kommenden Wochen werde er zu einem bayerischen Baugipfel einladen.

Im Gegensatz zum Bund, der die Investitionen in Innovation gekürzt hat, habe Bayern die Mittel seit 2018 um 36 Prozent erhöht, fuhr Söder fort. Innovation sei die Grundlage für dauerhafte wirtschaftliche Stärke. Bei KI und Supertech sei der Freistaat stärker als größere europäische Staaten. Exemplarisch nannte der Ministerpräsident den neuen Superrechner in Garching mit 7 Trillionen Rechnungen pro Sekunde. Mit 550 Unternehmen und 12 Milliarden Umsatz sei die Luft- und Raumfahrt eine der wichtigsten Zukunftsbranchen in Bayern. Der Freistaat vergesse dabei aber auch die Automobilindustrie nicht, die mit einem eigenen Autoplan gestärkt werden solle.

Zukunftstechnologie

Für die Zukunftstechnologie Kernfusion gelte: „Nicht wieder eine Technologie verschlafen, nicht wieder eine Technologie anderen Ländern überlassen“, erklärte Söder. Die Energiepolitik müsse fundamental anders werden. Bayern mache seine Hausaufgaben beim Zubau erneuerbarer Energien und sei hier führend in Deutschland. Dabei sei die Förderung nicht nur auf Windkraft zu beschränken, sondern auf Biomasse, Photovoltaik und Geothermie auszuweiten. Zudem erteile Söder den Plänen der Ampelregierung eine Absage, das deutsche Stromnetz an ausländische Investoren zu verkaufen.

Politikwende

Im Zuge der Politikwende müsse darüber hinaus die Migration begrenzt werden. Da NGOs nicht entscheiden dürften, wer ins Land kommt, brauche es einen Visa-Stopp. Erforderlich seien auch Zurückweisungen an der Grenze und das Zurückschicken von Straftätern. Ausreisepflichtigen müssten die Leistungen gekürzt werden, „zudem wollen wir das Turbo-Staatsbürgerschaftsrecht der Ampel rückgängig machen“. Söder kündigte überdies massive Investitionen in Deutschlands Sicherheit an. Angedacht seien 10.000 neue Stellen bei der Bundespolizei. Um die äußere Sicherheit zu verteidigen, forderte der Ministerpräsident 3,5 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt für die Bundeswehr. Zudem plädierte er für die Stationierung von amerikanischen Raketen in Deutschland sowie die Wiedereinführung der Wehrpflicht.

Auch weiterhin werde die CSU für die Mütterrente kämpfen, machte Söder deutlich. Sie sei eine Frage der Gerechtigkeit und leiste einen Beitrag gegen Altersarmut. „Es ist unverständlich, dass man Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren sind, das Recht auf eine etwas verbesserte Rente abspricht“, so Söder. **DK**

Bayerische Landesausstellung 2025 in Regensburg:

Ludwig I. – Bayerns größter König?

1825 übernimmt Ludwig I. ein bankrotttes Bayern. Klosteraufhebungen, Reformen und Umwälzungen hatten das Land zerrüttet. Fürsorge und Bildung lagen am Boden. Ludwig modernisiert mit Kunst, Eisenbahn und Kanalbau, während die Industrialisierung erste Schatten wirft. München wird zur Kunstmetropole ausgebaut, doch andere Regionen wie Niederbayern und die Oberpfalz bleiben zurück.

Ab den 1830er-Jahren fühlt sich Ludwig durch Revolutionen in Europa bedroht. Zensur und Unterdrückung liberaler Stimmen prägen seine Regierung. Das Volk reagiert mit Protesten. Wirtschaftliche Krisen und soziale Unruhen verschärfen die Lage.

Ludwigs Affäre mit Lola Montez ruiniert seinen Ruf endgültig. Spott und Kritik zwingen ihn, am 20. März 1848 abzutreten. Trotz seines Rücktritts prägen Ludwigs Bauprojekte Bayern bis heute. Die Bayerische Landesausstellung im Haus der Bayerischen Geschichte in Regensburg erzählt seine Geschichte vom 10. Mai bis 9. November 2025. Infos: www.hdbg.de. **DK**

Regional- und Struktur...

(Fortsetzung von Seite 1)

auch zusätzlicher Mittel, damit alle Förderzwecke erreicht werden können. Neben einer wachsenden Finanzausstattung muss eine überjährige Verwendungsmöglichkeit der Mittel abgesichert werden“, betont der DStGB.

Auch eine Nutzung des Instruments GRW zur Realisierung strategischer Großprojekte werde nicht ohne Auswirkungen auf andere bedeutende Entwicklungsvorhaben in den Kommunen bleiben. Als eingespieltes System der Strukturförderung sei die GRW bereits heute überzeichnet, weshalb sich der Verband für eine dynamische Anhebung der GRW-Mittel in den kommenden Jahren einsetzt.

Dorfentwicklungskonzepte

Mit Blick auf das zentrale nationale Förderinstrument für die ländliche Entwicklung, die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK), wird darauf verwiesen, dass in den vergangenen Jahren in zahlreichen Kommunen gezielt Dorfentwicklungskonzepte erstellt worden seien, deren konkrete Umsetzung nun von der Verfügbarkeit an GAK-Mitteln abhängt. Auch Mittel aus dem europäischen ELER seien oftmals an eine GAK-Förderung gebunden, weshalb Kürzungen im Bundeshaushalt bei der GAK fatal wären.

Verlässliche Perspektive

Vielmehr bedürfe es einer Anhebung der Mittel und vor allem einer verlässlichen Perspektive, damit Maßnahmen für attraktive und lebendige Ortskerne ebenso wie Investitionen für eine bessere Infrastruktur und Grundversorgung auf dem Land oder die Stärkung des Tourismus umgesetzt werden können. „Der im Jahr 2024 abgeschaffte Sonderrahmenplan bei der GAK stellte sicher, dass Mittel für die ländliche Entwicklung im Rahmen der GAK nicht durch andere Förderzwecke, insbesondere die Agrarförderung und die Forstwirtschaft entzogen werden. Bund und Länder sind aufgefordert, die GAK-Mittel für die ländliche Entwicklung langfristig abzusichern“, heißt es in dem Papier.

Finanzierungsperspektiven

Im Sinne einer Politik zur Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts der EU und einer besonderen Aufmerksamkeit auf ländliche Gebiete sei darüber hinaus „eine angemessene und wachsende Mittelausstattung der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik“ (GAP) zwingend erforderlich. Angezeigt sei auch eine Dynamisierung der Mittel, um den ländlich geprägten Kommunen und Akteuren vor Ort eine sichere Finanzierungsperspektive zu bieten.

Insbesondere im Bereich der etwa 370 LEADER-Regionen in Deutschland hätten sich in den vergangenen Jahrzehnten erfolgreiche Strukturen der Regionalförderung und -entwicklung gebildet. Diese müssten in der Förderperiode ab 2028 erhalten und mittels des ELER mit Leben gefüllt werden. Eine Nationalisierung der Regionalentwicklung erachtet der DStGB dabei als falschen Weg. Stattdessen sollten eine Anwendung des erfolgreichen LEADER-Ansatzes auf den EFRE und den ESF ab 2028 geprüft werden. Dies betreffe auch die Nutzung von Regionalbudgets analog der GAK, „denn somit können unbürokratisch Mittel für passgenaue Projekte in die Regionen fließen“.

Die Hauptkritik an den EU-Fonds betrifft laut DStGB häufig die komplexe Bürokratie, von der Antragstellung bis zu Dokumentationspflichten. „Dies führt aufgrund fehlender Verwaltungskraft in den Kommunen nicht selten zur Nicht-Beantragung oder Aufgabe von Projekten und nicht zuletzt für Unverständnis bei den politischen Verantwortlichen und in der Bevölkerung. Es braucht daher einen Paradigmenwechsel hin zu einer Vereinfachung und Digitalisierung von Antragsverfahren sowie eine Angleichung bei der Abwicklung unterschiedlicher Fonds.“

Regionale Kompetenzzentren

Kurze Projektskizzen und eine verbesserte Beratung, etwa auf Landesebene oder durch regionale Kompetenzzentren, könnten den Zugang zu Fördermitteln erleichtern. Verwaltungs-, Kontroll- und Dokumentationsverfahren sollten auf das Notwendige beschränkt werden. Zudem sollten kommunale und professionell arbeitende Projektträger ebenso als vertrauenswürdige gelten wie regionale Gremien und Mandatsträger. Bei unvorhersehbaren Verzögerungen sei es ratsam, Fristen einfach zu verlängern.

Kofinanzierungssätze

Zu häufig sind finanzschwache Kommunen bislang nicht in der Lage, die notwendigen Eigenanteile aufzubringen. Daher müssen nach Auffassung des DStGB die Kofinanzierungssätze für ländliche und strukturschwache Regionen attraktiv und realisierbar sein und zusätzliche Verwaltungskosten berücksichtigen. Bund und Länder sollten niedrige Fördersätze gezielt aufstocken, um Struktureffekte dort auslösen zu können, wo sie benötigt werden. Weitere Erleichterungen könnten durch die Berücksichtigung sonstiger Projektkosten und das Prinzip einer einzigen Prüfung erfolgen. Auch könnte die Einführung von Bagatellgrenzen für geringfügige Verstöße die Bereitschaft steigern, an Förderprogrammen zu partizipieren. **DK**

Für eine Wettbewerbs...

(Fortsetzung von Seite 1)

pitalmarktkultur in Deutschland zu stärken.

7. Sparkassen und Genossenschaftsbanken verfügen über ein eigenes, funktionierendes Sicherungssystem, das sich seit Jahrzehnten bewährt hat und über die gesetzlich vorgeschriebenen, betragsmäßig limitierten Absicherungen hinausgeht. Die Ablösung effizienter nationaler Absicherungsmechanismen zugunsten eines pauschalen EU-Abwicklungsregimes (CMDI-Review) lehnen wir entschieden ab.

8. Die geplante Vergemeinschaftung der EU-Einlagensicherung (EDIS) verstößt elementar gegen deutsche Interessen und ist abzulehnen. Solange kein homogener EU-Bankenmarkt existiert, führen vergemeinschaftete Risiken zu falschen Anreizen und damit zu einer Destabilisierung. In Folge dieser Haftungsgemeinschaft wären die Kreditvergabemöglichkeiten der Kleinbanken eingeschränkt.

9. Die Übererfüllung von europäischen Standards schadet dem deutschen Wirtschaftsstandort massiv. Auf sogenanntes Goldplating ist künftig zu verzichten. Vor allem muss Unternehmen ausreichend Zeit gegeben werden, um EU-Gesetze zu implementieren. Nationale Gesetze, die durch neue EU-Gesetze obsolet werden, wie das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, sind abzuschaffen.

10. Die Nachhaltigkeitsberichterstattung steigert nicht die Nachhaltigkeit von Firmen. Wir fordern besonders für KMU mehr freiwillige Regelungen und Ausnahmen. Nur so lässt sich Rechtssicherheit und ein fairer Wettbewerb für deutsche Unternehmen garantieren.

Kapital für den kommenden Aufschwung finanzieren

„Die Sparkassen sowie Volks- und Raiffeisenbanken sind jederzeit bereit und in der Lage, der Wirtschaft das notwendige Kapital zur Verfügung zu stellen, um einen kommenden Aufschwung dauerhaft und zuverlässig zu finanzieren“, betonte der Präsident des Spar-

kassenverbands Bayern, Matthias Dießl. „Damit das gelingt, braucht es klare politische Weichenstellungen, um Planungssicherheit für alle Akteure zu schaffen. Als Stimmen des bayerischen Mittelstands bieten wir den politischen Entscheidungsträgern gerne unsere Zusammenarbeit an“, ergänzte der Chef des Genossenschaftsverbands Bayern, Stefan Müller. Mut, Entschlusskraft und verlässliche Rahmenparameter seien notwendig, um Deutschland gemeinsam auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zurückzubringen, sind sich beide Präsidenten einig.

Kursschwenk zu nachhaltigem Wachstum

„Als Regionalbanken kennen unsere Mitglieder die neuralgischen Punkte des Mittelstands genau. Und auch die mittelständischen Kreditinstitute selbst kämpfen mit den gleichen Hürden wie die Wirtschaft in den Regionen Bayerns“, unterstrich Müller. Dießl zufolge „bietet unser Plan praxisorientierte Ansätze, die auf einen Kursschwenk zu nachhaltigem Wachstum einzahlen“. Damit Deutschland wieder wettbewerbsfähiger werden könne, „bringen sich Sparkassen sowie Volks- und Raiffeisenbanken jederzeit gerne in die notwendigen Umstrukturierungen ein“.

Beide Präsidenten unterstrichen die einmalige Präsenz der Regionalbanken. Diese verstünden die spezifischen Bedürfnisse der Menschen und Unternehmen vor Ort und böten passgenaue Finanzlösungen an. Sparkassen sowie Genossenschaftsbanken unterstützten kleine und mittelständische Unternehmen insbesondere durch Kredite dabei, zu expandieren und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Damit förderten sie die wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Region. Oftmals böten sie nicht nur finanzielle Unterstützung, sondern stünden den Betrieben mit Rat und Tat zur Seite, um etwa Geschäftsmodelle zu optimieren, nachhaltiger auszurichten und geeignete Förderprogramme einzubinden. **DK**

Von Energieprojekten bis IT:

Genossenschaften stärken Bayerns Regionen

Die Genossenschaftsidee erlebt in Bayern weiterhin eine beeindruckende Erfolgsgeschichte. Insgesamt 33 neu eingetragene Genossenschaften im Jahr 2024 belegen, dass das Modell nach wie vor attraktiv ist. Besonders im Bereich der Erneuerbaren Energien hat sich der Gründungsboom fortgesetzt: 23 der neu eingetragenen Genossenschaften dienen der gemeinschaftlichen Umsetzung von Wind-, Photovoltaik- und Wärmeprojekten.

„Das Genossenschaftsmodell bietet Lösungen für viele aktuelle Herausforderungen der Menschen und ihrer Regionen“, erklärt Stefan Müller, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), in München: „Gerade bei der Energiewende kommen Bürgerinnen und Bürger zusammen, um gemeinsam nachhaltige Projekte zu realisieren und unabhängiger von globalen Energiemärkten zu werden.“ Die neuen Energiegenossenschaften investieren knapp 70 Millionen Euro und beantragten Fördermittel in Höhe von rund 18 Millionen Euro. Diese Projekte tragen dazu bei, Kapital, Arbeit und Rohstoffe nachhaltig in den Regionen einzusetzen und eine Energiewende in Bürgerhand umzusetzen.

Auch außerhalb des Energiesektors bleibt die Vielfalt der Gründungen beachtlich. Kultur-, Handels-, Handwerks- und IT-Genossenschaften stehen für innovative Konzepte und eine aktive Bürgerbeteiligung. Sie zeigen, dass das Genossenschaftsmodell in einer Vielzahl von Branchen zukunftsfähige Perspektiven bietet. Die Gründungsberatung des GVB begleitet alle 33 Neugründungen und

unterstützt diese in Fragen der Organisation, Finanzierung und Governance.

Bürgerbeteiligung stärken, Regionen voranbringen

Ein Vorteil der Genossenschaften liegt in ihrer demokratischen Struktur: Die Geschäftsführung der neu gegründeten Genossenschaften liegt in den Händen von 96 ehrenamtlichen Vorständen, die von 158 ebenfalls ehrenamtlichen Aufsichtsratsmitgliedern unterstützt und kontrolliert werden. „Dieses ehrenamtliche Engagement unterstreicht die starke Identifikation der Mitglieder mit der jeweiligen Region. Gemeinsam lassen sich viele gesellschaftliche Herausforderungen besser meistern“, sagte Müller.

Die Vielfalt und Innovationskraft der neuen Genossenschaften beweisen, wie wertvoll dieser Ansatz für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung in Bayern ist. Auch international leisten Genossenschaften einen wichtigen Beitrag: Sie fördern regionales Unternehmertum, ermöglichen den Zugang zu Märkten und bekämpfen Armut und soziale Ausgrenzung. Um dies zu

feiern, haben die Vereinten Nationen 2025 zum Internationalen Jahr der Genossenschaften ausgerufen. „Ich gehe fest davon aus, dass Genossenschaften auch in diesem genossenschaftlichen Festjahr ihre Attraktivität und ihr Potenzial unter Beweis stellen werden“, erklärte Müller.

LfA Förderbank Bayern:

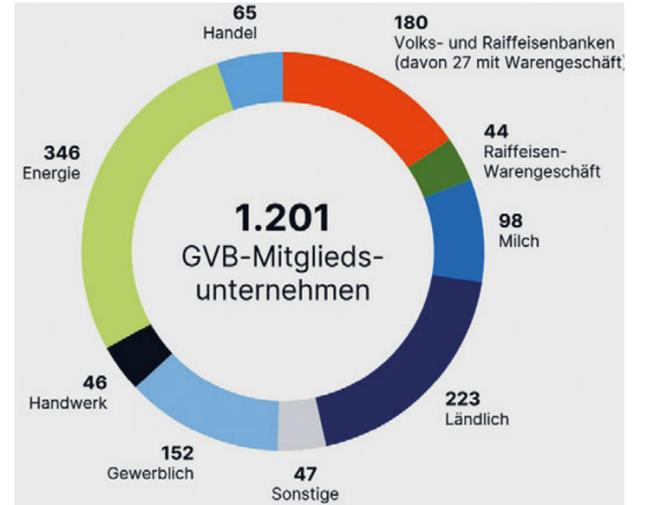
Neue Erklärung zum Deutschen Nachhaltigkeitskodex

Nachhaltiges Handeln ist in der DNA der LfA Förderbank Bayern verankert. Seit Langem richtet die Förderbank deshalb sowohl ihre Fördertätigkeit als auch ihre internen Bankprozesse nach dem Nachhaltigkeitsprinzip aus. Das dokumentiert die jetzt neu vorliegende Erklärung der Förderbank zum Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) für das Berichtsjahr 2023 erneut.

Mit der Veröffentlichung des neuen Berichts macht die LfA ihre Nachhaltigkeitsleistungen und -aktivitäten nach festgelegten Kriterien systematisch, transparent und vergleichbar öffentlich. 20 qualitative Kriterien und zusätzliche Leistungsindikatoren ermöglichen einen kompakten Überblick über ökologische, soziale und Governance-Aspekte des internen Bankbetriebs und des Produktangebots der LfA. Eine transparente Berichterstattung ist eine der zentralen Nachhaltigkeitsanforderungen von Stakeholdern wie z.B. Geschäftspartnern und Ratingagenturen, aber auch von regulatorischer Seite.

Mit der nun vorliegenden Erklärung setzt die LfA ihre langjährige

Der Genossenschaftsverband Bayern e.V. (GVB) vertritt seit mehr als 130 Jahren die Interessen bayerischer Genossenschaften. Zu seinen 1.201 Mitgliedern zählen 180 Volksbanken und Raiffeisenbanken (davon 27 Banken mit Warengeschäft) sowie 1.021 Unternehmen aus Branchen wie Landwirtschaft, Energie, Handel, Handwerk und Dienstleistungen. Sie bilden mit rund 50.000 Beschäftigten und 2,8 Millionen Anteilseignern eine der größten mittelständischen Wirtschaftsorganisationen im Freistaat. (Stand: 31.12.2024). □



Tortendiagramm Mitglieder.

Bild: GVB

Initiative für unternehmerische Nachhaltigkeit hat sich die LfA dazu verpflichtet, ihre Strategien und Abläufe konsequent an universellen Grundsätzen in den vier Bereichen Menschenrechte, Arbeit, Umwelt und Korruptionsbekämpfung auszurichten.

Ausschlusskriterien

Ein wichtiger Fortschritt, der in beiden Berichten Erwähnung findet, sind die 2024 eingeführten Ausschlusskriterien, sowohl für das Kredit- als auch für das Finanzanlagengeschäft. Diese Ausschlusskriterien stellen sicher, dass keine Mittel an Kreditnehmer oder Emittenten fließen, durch deren Aktivitäten aus LfA-Sicht inakzeptable negative Auswirkungen auf bestimmte Aspekte im Bereich Umwelt, Soziales und Governance zu erwarten sind.

Bayerns Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitz-

zender Hubert Aiwanger kommentiert: „Zu den Stärken des Wirtschaftsstandorts Bayern gehören die intakte Umwelt, die attraktive Infrastruktur und die leistungsfähigen und innovativen Unternehmen. Mit ihren Förderangeboten trägt die LfA spürbar zur nachhaltigen Entwicklung der bayerischen Wirtschaft bei. Im kommenden Jahr bauen wir die Finanzierungshilfen der LfA zum Wohle Bayerns weiter aus.“

Dr. Bernhard Schwab, Vorstandsvorsitzender der LfA, erläutert: „In der LfA wird Nachhaltigkeit gelebt. Um uns weiter stetig zu verbessern, messen, dokumentieren und veröffentlichen wir unsere Nachhaltigkeitsleistungen regelmäßig. Die jetzt vorliegende Erklärung zeigt nicht nur, dass wir im internen Bankbetrieb immer nachhaltiger handeln, sondern auch dass unsere Fördertätigkeit darauf ausgerichtet ist, Bayerns Mittelstand nachhaltig zukunftsfest zu machen.“ □

Energie gewinnen.
Transformation
finanzieren.

Morgen
kann kommen.

Wir machen den Weg frei.

Investieren Sie in die Zukunft.

Unternehmen, die in nachhaltige Transformation investieren möchten, brauchen einen Finanzpartner, der ihre Anforderungen versteht. Wir Volksbanken Raiffeisenbanken kennen den Mittelstand und finanzieren einen erfolgreichen Wandel mit individuellen Lösungen und den passenden Fördermitteln. Mehr Infos unter transformation-finanzieren.de

 **Volksbanken
Raiffeisenbanken**



Wettbewerb „Schwamm|statt|Hitze“:

Bayerische Sparkassenstiftung würdigt schulische Umweltprojekte

Das Klima geht alle an. Je früher man sich mit dem Thema beschäftigt, desto mehr wird man sensibilisiert und kann etwas gegen den fortschreitenden Klimawandel tun. Die Bayerische Sparkassenstiftung setzte deshalb in Kooperation mit dem Bayerischen Staatsministerium für Kultus und Unterricht und der Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU) Bayern e.V. einen Wettbewerb im Rahmen von Schulprojekten rund um das Thema Schwammstadt/Schwammdorf für Schulen in Bayern auf. Nun stehen die Sieger fest. Ausgezeichnet wurden Umweltprojekte des Gymnasiums Königsbrunn und der Georg-Hipp-Realschule Pfaffenhofen.

Der Wettbewerb wurde ins Leben gerufen, um das Konzept der Schwammstadt bekannt zu machen – ein Ansatz, bei dem in der Siedlungsplanung gezielt Regenwasser lokal gespeichert wird, um Städte vor Überflutungen zu schützen, die Vegetation zu bewässern und das Mikroklima zu verbessern. Schulen in ganz Bayern wurden eingeladen, eigene Ideen für ihre Umgebung zu entwickeln.

Gymnasium Königsbrunn

Das mit dem ersten Preis bedachte Gymnasium Königsbrunn überzeugte mit einem innovativen Ansatz, der darlegt, wie sich das Konzept der „Schwammstadt“ auch im Schulumfeld umsetzen lässt. Das Team der Klima-AG entwickelte einen Plan zur Begrünung des stark versiegelten Pausenhofs. Ziel ist es, die Hitzeentwicklung im Sommer zu mildern, Regenwasser besser aufzunehmen und so gleichzeitig die Artenvielfalt zu fördern. Das Projekt sieht vor, Betonflächen durch wasserdurchlässige Böden zu ersetzen und eine grüne Fassade an der Schule zu ge-



Dr. Ingo Krüger.

Bild: SVB

Die Schülerinnen und Schüler analysierten für das Projekt mit Wärmebildkameras die Temperaturentwicklung des Schulhofs und testeten die Wasserdurchlässigkeit verschiedener Bodenarten. Die Ergebnisse zeigten, dass beispielsweise eine Entsie-

gelung dringend notwendig ist.

Die Bayerische Sparkassenstiftung unterstützt die Umsetzung des Gewinnerprojekts mit einer Förderung in Höhe von 25.000 Euro. Dadurch können die Entsiegelung des Schulhofs sowie die Begrünung der Fassade realisiert werden.

Georg-Hipp-Realschule Pfaffenhofen

Die mit dem Sonderpreis gewürdigte Klasse 8c der Georg-Hipp-Realschule Pfaffenhofen widmete sich einer nachhaltigen, grüneren Gestaltung des neuen Pausenhofs. Die neue Fläche war durch den Abriss der Sporthalle bzw. des Hallenbads entstanden. Mit der Auszeichnung wird eine neue Sonnenliege auf dem Schulhof finanziert.

„Das Gymnasium Königsbrunn und die Realschule in Pfaffenhofen haben mit ihren Projekten wegweisende Beiträge geleistet, wie Bildung und Klimaschutz Hand in Hand gehen können“, betonte Dr. Ingo Krüger, Geschäftsführender Vorstand der Sparkassenstiftung. Laut Kultusministerin Anna Stolz sind die ausgezeichneten Projekte eindrucksvolle Beispiele dafür, wie junge Menschen engagiert an Lösungen arbeiten und den Herausforderungen durch den Klimawandel begegnen. „Initiativen wie diese sind Leuchttürme der Bildung für nachhaltige Entwicklung an unseren Schulen, sie verbinden Lernen mit konkretem Handeln.“ DK



Team S-International Business.

Bild: Stadtparkasse Augsburg

Kompetenzbündelung im Internationalen Geschäft:

Weitere Sparkassen schließen sich der S-International Business an

Zum 01.01.2025 schlossen sich die Sparkassen Bad Tölz-Wolfratshausen und Oberland dem größten Kompetenzzentrum für das Internationale Geschäft in Südbayern – der S-International Business in Augsburg – an. Durch die Fusion der Sparkassen Dillingen-Nördlingen und Donauwörth zur Sparkasse Nordschwaben wächst das Geschäftsgebiet der S-International Business zudem weiter.

Im Jahr 2008 bündelten damals acht Sparkassen ihre Expertise im Internationalen Geschäft und gründeten die S-International Business mit Sitz im Herzen von Augsburg. Von hier aus und mit den Kollegen vor Ort betreut die Gesellschaft ihr Geschäftsgebiet, das inzwischen vom Bodensee bis Neuburg und von Neu-Ulm bis zum Ammersee reicht. Mit den Sparkassen Bad Tölz-Wolfratshausen und Oberland kommt nun noch das schöne Voralpenland dazu.

Partner für mittelständische Unternehmen

Derzeit befindet sich die deutsche Wirtschaft mit ihren vielen mittelständischen Unternehmen aufgrund der geopolitischen und geökonomischen Themen in be-

sonders herausfordernden Zeiten, die gleichwohl auch Chancen bieten. Ein verlässlicher und leistungsfähiger Finanzpartner mit der Verantwortung, Kunden auch im internationalen Geschäft umfassend zu begleiten ist dabei unerlässlich.

Diese Kundenanforderung haben die Sparkassen Bad Tölz-Wolfratshausen, Oberland und Donauwörth zum Anlass genommen, sich dem Kompetenzzentrum S-International Business anzuschließen. Mit diesem Schritt beschreitet man neue Wege und stellt die Kompetenz im internationalen Geschäft noch mehr in den Fokus. Ein Team aus erfahrenen Auslandsexperten und Spezialisten für alle Bereiche, eingebettet in das weltweite Netzwerk der Sparkassen-Finanzgruppe, macht die S-International zu

einem idealen Partner für grenzüberschreitende Geschäfte. Dies betrifft sowohl den Auslandszahlungsverkehr bis hin zum Zins-, Währungs- und Rohstoffmanagement.

Erfahrung und Leistungsfähigkeit im internationalen Geschäft

Die Spezialisten der S-International Business stehen für ein individuelles Betreuungskonzept, das diverse Lösungsansätze für den Kunden bündelt. „Besonders die Nähe vor Ort zu den mittelständischen Kunden der Sparkasse spielt dabei eine zentrale Rolle“, wie Dominik Mittring, Geschäftsführer der S-International erklärt. Kurze Wege und schnelle Reaktionszeiten bei Verhandlungen mit internationalen Geschäftspartnern können problemlos gewährleistet werden. Dies erhöht die Planungssicherheit für die heimischen Unternehmen und bietet gleichzeitig die wirtschaftliche Sicherheit, vorhandene Risikofaktoren bereits bei der Geschäftsanbahnung zu minimieren.

Der starke Sparkassenverbund, gute internationale Beziehungen und ein weltumspannendes Partnernetz machen die S-International Business zu einem idealen Partner für das Internationale Geschäft - getreu dem Motto „Wir eröffnen unseren Kunden die globalen Märkte“.

Weitere Informationen unter www.s-iba.eu.

BaFin-Kontenvergleich:

Kosten und Leistungen von 6.900 Girokonto-Modellen

Mitte Januar startete die Finanzaufsicht BaFin eine neue Website für die Suche nach dem passenden Zahlungskonto (Girokonto): Der BaFin-Kontenvergleich zeigt erstmals übersichtlich die Kosten und Leistungen aller Girokonten für Privatpersonen in Deutschland. Damit unterstützt die neue Website Verbraucher bei der eigenverantwortlichen Entscheidung für ein Girokonto, das ihren Bedürfnissen entspricht.

Wer ein Girokonto sucht, das zu den eigenen Bedürfnissen passt, kann ab sofort ein neues Informationsangebot der BaFin nutzen. Die Finanzaufsicht bietet erstmals in Deutschland eine Website mit einer aktuellen Übersicht aller verfügbaren Girokonten für Privatpersonen. Insgesamt sind fast 6.900 unterschiedliche Kontenmodelle von rund 1.100 Anbietern enthalten, mit Informationen wie monatliche Gebühren, Preise für Debit- und Kreditkarten sowie Haben- und Überziehungszinssätze.

Neben Girokonten führt der BaFin-Kontenvergleich sog. Basiskonten auf, die Banken seit 2016 anbieten müssen, sowie Kontenmodelle für Minderjährige, Auszubildende, Studenten oder Rentner. Um sich über die Einzelheiten zu informieren und das Konto schließlich zu eröffnen, müssen sich Verbraucher direkt an den jeweiligen Kontoanbieter wenden. Die BaFin ist dabei nicht eingebunden.

Grundlage des BaFin-Kontenvergleichs ist die EU-Zahlungskontenrichtlinie. Sie schreibt unter anderem vor, dass jeder Mitgliedstaat der Europäischen Union für Verbraucherinnen und Verbraucher einen entgeltfreien Zugang zu einer privat oder staatlich betrie-

benen Vergleichswebsite für Zahlungskonten sicherstellen muss. Im Zahlungskontengesetz (ZKG) hat der Gesetzgeber die BaFin mit diesem wichtigen Verbraucherschutz-Projekt beauftragt. Federführend waren dabei die Bundesministerien für Finanzen (BMF) sowie für Umwelt und Verbraucherschutz (BMUV).

Für den Aufbau und den Betrieb des BaFin-Kontenvergleichs sind Zahlungsdienstleister wie Banken und Sparkassen, Neo-Banken und FinTechs, die private Girokonten anbieten, gesetzlich verpflichtet, Vergleichskriterien wie das monatliche Entgelt oder die Höhe des Überziehungszinssatzes an die Finanzaufsicht zu melden.

Suchfunktionen und Filter

Mit wenigen Mausklicks können die Nutzer Merkmale für ihr Wunschkonto festlegen, wie Kontoführungsgebühr, unentgeltliche Bargeldauszahlung im Ausland oder Ausgabe einer Kreditkarte. Die Suchergebnisse werden neutral und werbefrei dargestellt. Der BaFin-Kontenvergleich verfolgt kein kommerzielles Interesse und gibt keine Empfehlung für ein Konto oder einen Anbieter. Vielmehr ermöglicht er eine Vorauswahl aus

dem großen Girokonto-Angebot und bietet die erforderliche Transparenz für eine erste Einordnung.

Die Kontenmodelle werden anhand von 27 Vergleichskriterien dargestellt. Ziel ist es, die große Bandbreite unterschiedlicher Kontenmodelle mit vielen Nebenbedingungen vergleichbar zu machen. Anhand von Such- und Filterfunktionen können Nutzer das Angebot nach ihrem Bedarf eingrenzen. Suchergebnisse lassen sich online speichern, weiterleiten und herunterladen. Dabei verzichtet die Website auf Cookies. Zudem enthält der BaFin-Kontenvergleich Inhalte in leichter Sprache und lässt sich barrierefrei bedienen.

Für die Richtigkeit der Angaben sind die Kontoanbieter selbst verantwortlich. Nach Meldung werden die Daten ohne weitere Prüfung oder Bearbeitung durch die BaFin an den Kontenvergleich übertragen. Die Aufnahme in den Kontenvergleich ist kein BaFin-Gütesiegel für Kontoanbieter oder deren Zahlungskonten, sondern gesetzlich vorgegeben. Die BaFin führt jedoch stichprobenhafte Qualitätschecks durch. Die Nutzerinnen und Nutzer müssen sich über die Einzelheiten eines Kontenmodells beim jeweiligen Kontoanbieter informieren. □



www.pluspunktrente.de

Bestens abgesichert.

Frühzeitig vorsorgen mit der PlusPunktRente!

Die BVK Zusatzversorgung bietet mit der PlusPunktRente die optimale Absicherung fürs Alter – zusätzlich zu Ihrer Betriebsrente.

- hohe garantierte Rente
- staatliche Förderung
- keine Vermittlungsprovision
- flexible Beitragsgestaltung
- sichere Versorgung aus einer Hand

Jetzt Angebot im Online-Angebotsrechner erstellen lassen!



BVK Bayerische
Versorgungskammer
Zusatzversorgung

Jetzt anmelden!
UNSER NEWSLETTER
www.bvk-zv.de/Newsletter

Jetzt lesen!
UNSER MAGAZIN
www.bestens-abgesichert.de

Folgen Sie uns!
UNSERE SOCIAL MEDIA ACCOUNTS
[bvkzusatzversorgung](https://www.bvk-zusatzversorgung.de)

Sparkassenverband Bayern:

Vorreiter für attraktive Arbeitsbedingungen

Der Sparkassenverband Bayern, die Dachorganisation der 56 bayerischen Sparkassen, setzt neue Marken im Ausbau seiner Attraktivität als fortschrittlicher Arbeitgeber der Sparkassen-Finanzgruppe. Ausgehend von einem bereits hohen Niveau an Lohnzusatzleistungen eines öffentlich-rechtlich organisierten Unternehmens bietet er seinen rund 400 Mitarbeitern sukzessive eine weitere Vielzahl von Zusatzangeboten, die eine ausgewogene Work-Life-Balance fördern. In einer Zeit, in der die Ansprüche an Arbeitgeber stetig steigen, hebt sich der Sparkassenverband Bayern damit durch sein umfassendes Angebot hervor.

Dies wird durch das Top Company-Siegel 2025 beim Arbeitgeber-Bewertungsportal kununu bestätigt, das an die 5 Prozent der am besten bewerteten Un-

ternehmen vergeben wird. Dieser Arbeitgeber-Award zeichnet Unternehmen mit hoher Mitarbeitenden-Zufriedenheit aus und wird ausschließlich auf Basis

unabhängiger Bewertungen auf der Arbeitgeber-Bewertungsplattform kununu vergeben.

In den vergangenen zwei Jahren konnte der Sparkassenverband Bayern 62 neue Kolleginnen und Kollegen einstellen. Matthias Dießl, Präsident des Sparkassenverbands Bayern freut sich darüber, weiß aber auch, dass Arbeitgeber angesichts des engen Personalmarkts am Ball bleiben müssen: „Recruiting heißt heutzutage nicht mehr nur, gute Mitarbeitende zu gewinnen – es geht immer mehr

darum, dafür zu sorgen, dass sie sich wohlfühlen und sie damit auch langfristig zu halten. Über die Mitarbeiterbindung setzen wir im nächsten Schritt auch auf Weiterempfehlungen durch unsere Mitarbeitenden, um so weitere Talente in unsere Teams zu holen. Deshalb stecken wir viel Energie in die Gestaltung eines positiven Arbeitsumfelds, damit unsere Wertschätzung bei den Kolleginnen und Kollegen ankommt.“

Dießl: „Recruiting bedeutet Mitarbeiterbindung“

Zu den herausragenden Pluspunkten zählen umfangreiche Mobile Office-Möglichkeiten (bis zu 60 Prozent der Monatsarbeitszeit) mit flexiblen Arbeitszeiten. Mitarbeitende können so ihre beruflichen und privaten Verpflichtungen optimal miteinander vereinbaren. Dießl ist überzeugt, dass die fachliche Arbeit davon deutlich profitiert: „Unsere Mitarbeitenden gehen motivierter und konzentrierter an ihre Aufgaben, wenn sie ihre Arbeit und ihr Privatleben beweglich verzahnen können. Auch wenn einige Unternehmen zurzeit ihre Homeoffice-Quoten wieder reduzieren, haben wir den Kolleginnen und Kollegen gerade vertrauensvoll weitere Spielräume eröffnet. Mit Blick auf ein künftig noch flexibleres Arbeiten auch in den Räumen des Sparkassenverbands sehen wir hier eine Voraussetzung für eine verteilte und agile zeitgemäße Arbeitswelt.“

Bereits langjährig eröffnet der Sparkassenverband Bayern seinen Mitarbeitenden Gruppenangebote für Unfallversicherung und zahlreiche Gesundheitsvorsorgeuntersuchungen, -semina-

re und -kurse sowie Impfungen im Betrieb. Über den Mitarbeiter-Assistance-Partner pme Familienservice können Mitarbeitende in herausfordernden Lebenssituationen breite und direkte Unterstützungsangebote in Anspruch nehmen. Auch die Möglichkeit der Kantineinnutzung oder das arbeitgebergeförderte Job-Radleasing sind Angebote, um das Wohlbefinden der Mitarbeitenden zu unterstützen. 150 Mitarbeitende nehmen außerdem die Förderung des Deutschlandtickets oder anderer ÖPNV-Angebote als Job-Ticket in Anspruch.

Zum Jahresende 2024 wurde das Angebot nochmals deutlich erweitert – der Sparkassenverband übernimmt mehr als 50 Prozent des Monatsbeitrags für eine Mitgliedschaft im Sport- und Wellness-Netzwerk EGYM Wellpass, das freien Zugang zu rd. 9.000 Fitness- und Yogastudios, Schwimmbädern, Boulderhallen etc. und 4.000 Onlinekursen in den Bereichen Sport, Ernährung und Meditation eröffnet. Im Sparkassenverband Bayern stößt das neue, aus dem Kreis der Mitarbeitenden initiierte Angebot bereits auf großes Interesse – 84 sportbegeisterte Mitarbeitende kosten den Wellpass bereits in vollen Zügen aus.

Ein neues Highlight für alle Mitarbeitenden seit Jahresbeginn 2025 ist weiterhin eine neue kostenfreie betriebliche Krankenzusatzversicherung, die im Bereich Zahnersatz oder Brillen Leistungen übernimmt, die von eigenen Krankenversicherungen oft nicht vollständig übernommen werden. Dießl erläutert: „Wir beteiligen uns hier, um Versorgungslücken zu schließen und eine solide Grundlage für mögliche Erweiterungen

des individuellen Versicherungsschutzes zu eröffnen. Dabei denken wir auch an Lebenspartner und Kinder unserer Mitarbeitenden – auch sie können von unserem neuen Versicherungsschutz profitieren. Wir wollen mit diesen Vorsorgeleistungen Verantwortung übernehmen und bei der Umsetzung sozialer Nachhaltigkeit in der Sparkassen-Finanzgruppe Bayern vorangehen.“ Der Sparkassenverband Bayern ist daher auch Gründungsmitglied der „Initiative Soziale Verantwortung“ der upodate Ventures GmbH, einer Tochter des Konzerns Versicherungskammer, die in Kooperation mit der TU München Unternehmen zertifiziert, die sich nachweislich über gesetzliche Vorgaben hinaus für eine sozial nachhaltige Entwicklung einsetzen.

Der Sparkassenverband Bayern nimmt die Bedürfnisse seiner Mitarbeitenden ernst und fördert sie aktiv. Auch die 56 bayerischen Sparkassen bieten ihren Mitarbeitenden ein attraktives Arbeitsumfeld. Viele Werte und Angebote des Sparkassenverbands finden sich in ähnlicher Form auch in den einzelnen Sparkassen wieder, die sich durch ein starkes Gemeinschaftsgefühl und folglich ein hohes Maß an Mitarbeiterzufriedenheit auszeichnen.

Der Sparkassenverband und die Sparkassen stehen für eine Unternehmenskultur, die auf Wertschätzung, Gesundheit und Flexibilität setzt. Alle Interessierten, die Teil dieser erfolgreichen Gemeinschaft werden und die Vorteile eines Arbeitgebers erleben wollen, der die Zukunft seiner Mitarbeitenden aktiv gestaltet, finden weitere Informationen auf <https://sparkassenverband-bayern.de/Karriere>. □

Vermögensbarometer 2024:

Licht am Horizont

Trotz schwieriger Jahre mit geopolitischen und wirtschaftlichen Herausforderungen nimmt die finanzielle Zufriedenheit der Menschen hierzulande wieder etwas zu. Laut dem „Vermögensbarometer 2024“ des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) bewerten 38 Prozent der Befragten ihre eigene finanzielle Lage als gut oder sehr gut, ein Anstieg um vier Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr.

Besonders auffällig ist, dass die jüngeren Generationen deutlich optimistischer sind als ältere. Knapp die Hälfte der unter 40-Jährigen schätzt die eigene finanzielle Situation als gut oder sehr gut ein. Gerade die Gruppe der 50- bis 59-Jährigen zeigt hingegen größere Skepsis: Hier sieht sich nur jeder Dritte gut aufgestellt; ebenso viele bewerten ihre finanzielle Lage als schlecht.

Ein ähnliches Bild zeigt sich beim Blick in die Zukunft. Gerade die ganz Jungen erwarten hier viel Gutes. In den kommenden sechs Monaten rechnen 50 Prozent der 14- bis 29-Jährigen mit einer Verbesserung ihrer finanziellen Situation. Das ist im Vergleich zu 2023 ein Plus von acht Prozentpunkten. Mittelfristig gehen sogar 70 Prozent (2023: 63 Prozent) von einer Verbesserung aus. Ähnlich zuversichtlich ist die Gruppe der 30- bis 39-Jährigen (kurzfristige Verbesserung: 36 Prozent, in zwei Jahren: 49 Prozent).

Weiterhin drängend bleiben allerdings die Sorgen um die Rente. 39 Prozent der Befragten bleiben zurückhaltend, wenn es um ihre Altersvorsorge geht. Als Grund dafür nennen 21 Prozent der 14- bis 29-Jährigen, 15 Prozent der 30- bis 39-Jährigen und 16 Prozent der 40- bis 49-Jährigen, sie hätten sich mit dem Thema noch nicht beschäftigt. Elf Prozent der über 60-Jährigen halten ihre Rentenansprüche für ausreichend. Deutlich skeptischer sehen dies die jüngeren Altersgruppen: Nur zwei Prozent der 14- bis 29-Jährigen und der 40- bis 49-Jährigen, drei Prozent der 50- bis 59-Jährigen und vier Prozent der 30- bis 39-Jährigen erwarten, dass die gesetzliche Rente reicht.

2024 erklärten 61 Prozent der Befragten, drei Prozentpunkte mehr als im Vorjahr, bereits Maßnahmen für ihre Altersvorsorge getroffen zu haben. Unter diesen 61 Prozent sind 31 Prozent, die darüber hinaus keine weiteren Maßnahmen planen. Gestiegen ist der Anteil derjenigen, die heute schon etwas für die eigene Altersvorsorge tun und weitere Schritte vorbereiten. Es sind 21 Prozent (2023: 17 Prozent). Neun Prozent machen derzeit nichts, haben aber zumindest Maßnahmen im Blick. Über die Hälfte der 14- bis 29-Jährigen gibt an, sich bereits mit dem Thema Altersvorsorge beschäftigt zu haben. 20 Prozent haben Maßnahmen ergriffen und planen im Moment keine weiteren, 29 Prozent wollen künftig noch mehr für die Altersvorsorge tun.

Wie DSGV-Präsident Prof. Dr. Ulrich Reuter vor der Presse erläuterte, „sind viele Menschen unsicher, ob ihre bisherigen Spar-

maßnahmen für eine gute Absicherung im Alter ausreichen werden. Es ist deshalb notwendig, dass sowohl private als auch staatliche Maßnahmen zur Altersvorsorge weiter gestärkt werden.“ Reuter begrüßt, dass die Bundesregierung wichtige Schritte in diese Richtung skizziert habe. Entscheidend sei, dass jeder Euro Eigenbetrag gefördert werden soll und auch ein Bonus für Geringverdiener und Berufseinsteiger sowie Zulagen für Familien mit Kindern geplant sind.

Das Vermögensbarometer beleuchtet seit 2005 nicht nur die finanzielle Stimmung in Deutschland, sondern auch die Auswirkungen auf das Sparverhalten. Passend zum 100. Jubiläumstag des Weltspartags gaben 37 Prozent an, dass sie ihr Sparverhalten aufgrund der gestiegenen Zinsen bereits angepasst haben oder dies beabsichtigen.

Vor allem die Jüngeren haben ihr Sparverhalten verändert oder haben vor, dies zu tun. Das erklärten 51 Prozent der 14- bis 29-Jährigen, 48 Prozent der 30- bis 39-Jährigen und 39 Prozent der 40- bis 49-Jährigen. Etwas zurückhaltender verhalten sich die älteren Befragten. Von den 50- bis 59-Jährigen haben 32 Prozent ihr Sparverhalten an die aktuelle Situation angepasst. In der Gruppe über 60 Jahre sind es 24 Prozent.

Plädoyer für langfristige Sparstrategie

Dazu betonte Reuter die Bedeutung einer langfristigen Sparstrategie: „Ein Blick auf die aktuellen Entwicklungen beim DAX zeigt, wie wertvoll die Teilnahme am gesamtwirtschaftlichen Wertzuwachs sein kann.“ Derzeit halten sich nur 39 Prozent der jungen Menschen unter 30 Jahren für gut über Wertpapiere informiert, bei den Älteren sind es sogar noch weniger. „Deswegen müssen wir dafür sorgen, dass das Wertpapierwissen in der Bevölkerung weiter gestärkt wird. Hier müssen wir ansetzen, um die finanzielle Zukunft breiter abzusichern“, unterstrich Reuter.

Widerstandsfähig zeigt sich trotz der nach wie vor hohen Preise der Konsum in Deutschland. Zwar haben 56 Prozent der Menschen ihr Kaufverhalten eingeschränkt, doch tun dies viele bewusst und strategisch, indem sie gezielt Preise vergleichen, Angebote nutzen und bei weniger wichtigen Ausgaben sparen.

Gespart wird demnach vor allem beim Einkauf. 15 Prozent gehen weniger einkaufen und geben insgesamt weniger Geld aus. „Preise vergleichen“ oder „günstiger einkaufen“ ist für zwölf Prozent eine Option. Elf Prozent achten auf Angebote oder auf reduzierte Artikel. Zehn Prozent der Befragten geben an, nur noch das Nötigste zu erwerben. Genauso groß ist die Gruppe derjenigen, die in allen Lebensbereichen einspart. Reisen bleibt allerdings vielen Befragten wichtig. An diesem Haushaltsposten sparen die Menschen nach Möglichkeit gar nicht. Nur acht Prozent wollen weniger reisen, planen keine Flugreisen oder streichen einen Urlaub. Besonders bei den Jüngeren zeigt sich eine positive Entwicklung des Konsumverhaltens: 27 Prozent der 14- bis 29-Jährigen haben ihren Konsum sogar ausgeweitet.

Über alle Altersgruppen hinweg träumen wieder mehr Menschen vom eigenen Häuschen oder der eigenen Wohnung. Jedoch schrecken hohe Immobilienpreise und die gestiegenen energetischen Anforderungen an Gebäude Interessenten ab. Wie das Vermögensbarometer zeigt, ist unter den Jüngeren der Wunsch nach einer Immobilie ungebrochen. 55 Prozent der 20- bis 29-Jährigen und 39 Prozent der 30- bis 39-Jährigen planen den Kauf von Haus oder Wohnung. Das sind in beiden Altersgruppen je acht Prozentpunkte mehr als 2023.

Sprunghaft angestiegen ist der Immobilienwunsch bei Männern. 46 Prozent erklärten 2024, den Kauf einer Immobilie zu planen. Im Vorjahr waren es noch 35 Prozent. Leicht angestiegen ist der Anteil der kaufwilligen Frauen. 32 Prozent, vier Prozentpunkte mehr als 2023, überlegen, sich Haus oder Wohnung zuzulegen. 61 Prozent der Befragten im Alter zwischen 20 und 50 Jahren planen keinen Immobilienkauf. Die Gründe gegen einen Erwerb sind gegenüber 2023 unverändert: 51 Prozent geben an, nicht genügend Eigenkapital zu besitzen. 18 Prozent sind die aktuellen Immobilienpreise oder die Kosten für Neubauten (16 Prozent) zu hoch.

Grundsätzlich spielt Vertrauen bei Geldgeschäften eine wichtige Rolle. Genauso wichtig sind Erwartungen: Menschen setzen darauf, ihr Ersparnis sicher und gewinnbringend anzulegen. Sparen beginnt für die meisten mit kleineren Beträgen. Doch welchem Geldinstitut würde man die Summe am ehesten anvertrauen? Für 36 Prozent der Befragten ist die Sache ganz klar: Wenn sie etwas Geld übrig hätten, wären die Sparkassen erste Wahl. An zweiter Stelle folgen mit deutlichem Abstand die Volks- und Raiffeisenbanken (19 Prozent). Für die ING entschieden sich 14 Prozent. Commerzbank und Deutsche Bank nennen je neun Prozent der Befragten. Auf Postbank und DKB entfallen je fünf Prozent. Das Schlusslicht bildet N26 mit drei Prozent. DK



Nachhaltigkeit managen leicht gemacht.

Wir begleiten Sie bei der nachhaltigen Transformation Ihres Unternehmens.



Weil's um mehr als Geld geht.

Kabinettschließt Gebäudtyp-e-Gesetz

Bayerische Architektenkammer begrüßt die Reform des Bürgerlichen Gesetzbuches

Der durch Bundesjustizminister Buschmann vorgelegte Entwurf zur Umsetzung des Gebäudtyp-e im Architekten- und Bauvertragsrecht wurde vom Kabinettschluß beschlossen. Damit ist ein wesentlicher Schritt für die Umsetzung des Gebäudtyp-e auf Bundesebene getan. Die Bayerische Architektenkammer, die den Planungsansatz zur Vereinfachung des Bauens angestoßen hat, freut sich, dass Planerinnen und Planer die Änderungen nun konkret anwenden können. Das Gebäudtyp-e-Gesetz geht jetzt in das parlamentarische Verfahren und wird voraussichtlich im Frühjahr 2025 in Kraft treten.

Der Planungsansatz Gebäudtyp-e reduziert die Normenflut und schafft Handlungsspielräume beim Planen und Bauen. „Einfaches“ oder „experimentelles“ (Um)Bauen nach dem Gebäudtyp-e ist suffizient und damit kostengünstiger und nachhaltiger. Angesichts hoher Baukosten und Wohnraum Mangels war eine Reform des Bürgerlichen Gesetzbuches dringend notwendig. Mit der Änderung von §§ 650 a ff BGB wird fachkundigen Unternehmen und ihren Planern ermöglicht, gezielt für das jeweilige Vorhaben Vereinbarungen zu treffen. Technische Normen und Regeln, die ausschließlich Komfort- oder Ausstattungsmerkmale betreffen, sind künftig ohne ausdrückliche Vereinbarung nicht mehr Gegenstand der vertraglichen Leistungspflicht. Dies betrifft auch solche Normen und Regeln, die in einer Rechtsverordnung bestimmt werden, weil sie die Nutzung von innovativen, nachhaltigen oder kostengünstigen Bauweisen erheblich erschweren.

In Bayern gilt bereits seit August 2023 ein „Recht auf Abweichung“ in Art. 63 der Bayerischen Bauordnung. Im Dezember 2023 starteten nach einem Beschluss des Bayerischen Landtags 19 Pilotprojekte in Bayern, die den Gebäudtyp-e in der Praxis erproben und wei-

teren Regulierungsbedarf identifizieren. Auf Bundesebene wurde entsprechend dem bayerischen Modell die Musterbauordnung angepasst.

Prof. Lydia Haack, Präsidentin der Bayerischen Architektenkammer: „Die Bayerische Architektenkammer hat mit viel Elan und Ausdauer auf die Umsetzung ihrer Initiative hingewirkt, wir sind froh und stolz, dass das Gesetz nun kommen wird. Mein Dank gilt an dieser Stelle allen, die uns dabei auf Bundes- und Landesebene unterstützt haben, vor allem der Bundesarchitektenkammer und den Bayerischen Staatsministerien für Wohnen, Bau und Verkehr sowie der Justiz. Damit wird das Bauen in Deutschland insgesamt schneller, einfacher und kostengünstiger.“

Wunsch der Architektenkammer ist es, dass die in Bayern laufenden Pilotprojekte nun bundesweit Schule machen und einen neuen, vereinfachten Standard setzen. Es bleibt zu hoffen, dass die amtierende Bundesregierung das Vorhaben auf den letzten Metern zielgerichtet zu Ende führt. Entscheidend ist aber auch, dass die Rechtsverordnung für die Normen, deren Einhaltung dann nicht mehr automatisch vertraglich geschuldet ist, noch mutig und entschlossen auf den Weg gebracht wird. □

Regierung der Oberpfalz.

Seminar zur flächeneffizienten Siedlungsentwicklung

Schutz von Natur, Klima und Umwelt, geringere Kosten und Erhalt von Lebensqualität – das sind nur einige der vielen Vorteile, die eine flächeneffiziente Siedlungsentwicklung bietet. Patrick Dichtler und Markus Roth von der Regierung der Oberpfalz setzen sich dafür ein, platzsparende Planungen voranzutreiben, Mehrfachnutzungen von Flächen aufzuzeigen und größere Siedlungsgebiete gezielt dort zu fördern, wo bereits eine gut ausgebaute Infrastruktur vorhanden ist.

Grundlage dazu ist die 2023 vom Bayerischen Landtag beschlossene Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (LEP). Deswegen luden Patrick Dichtler und Markus Roth jetzt Bürgermeisterinnen, Bürgermeister sowie Fachleute aus Planungsbüros und Bauverwaltungen zu einem Seminar ein, um über die neuen LEP-Festlegungen zum Flächensparen zu informieren. Ein voller Erfolg – über 70 Interessierte meldeten sich an und verfolgten die Erläuterungen und Beispiele aus der Praxis.

Innenentwicklung hat Vorrang vor Außenentwicklung. Das wird als Ziel im LEP klar festgesetzt, so Patrick Dichtler. Die neuen Grundsätze im LEP, wie „Ressourcenschonen“ und „Integrierte Siedlungsentwicklung“, unterstützen zudem eine flächeneffiziente Siedlungsentwicklung. Markus Roth betonte die praktische Relevanz für die Kommunen: „Bei der Bedarfsbegründung müssen die Gemeinden ihre Baulücken und Leerstände z.B. genau prüfen, mit dem Ziel diese möglichst bald nutzen zu können.“ Dafür wurde eine praktische Auslegungshilfe erarbeitet, die klar zeigt, welche Anforderungen bei der Ausweisung neuer Siedlungsflächen gelten.

Ein inspirierendes Praxis-Beispiel lieferte die Gemeinde Sün-

ching im Landkreis Regensburg. Christian Stern, Sachgebietsleiter der Bauabteilung, berichtete, wie es gelungen war, freie Bauflächen im Innenbereich zu nutzen und ungenutzte Gebäude wiederzubeleben. „Es war kein Bauland auf der grünen Wiese verfügbar. Deshalb konzentrierte sich die Gemeinde auf die Innenentwicklung. Die Nähe zum Regionalzentrum Regensburg und die Unterstützung durch die Städtebauförderung haben uns dabei enorm geholfen“, so Stern. Das Ergebnis: Ein attraktiveres Ortsbild, eine Stärkung des Ortszentrums und eine Wertsteigerung der Immobilien.

Ein weiterer Höhepunkt des Seminars war das Beispiel zum digitalen Siedlungsmanagement im Landkreis Cham. Dr. Ulrich Huber und Lisa Rehm vom Landratsamt Cham präsentierten ein innovatives interkommunales Leerstands- und Baulückenkataster, das auf einem Geoinformationssystem (GIS) basiert. „Dieses Projekt bietet den 39 Kommunen nicht nur eine aktuelle Übersicht über Innenentwicklungspotenziale, sondern auch Prognosemodelle für Leerstände“, erklärten die beiden GIS-Experten. Der Ansatz sei zudem auf andere Landkreise übertragbar, erläuterten sie abschließend. □



V.l.: Monika Kagermeier, Cathleen Winkler, Nina Ferg, Carola Kossak, Dylbe Danushi, Chiara Ptach (SEJ Praktikantin).
Bild: Ingo Knott, Stadt Abensberg

Kindergarten „Lummerland“ in Abensberg:

Zebra-Kinder fühlen sich wohl

Die Stadt Abensberg und ihre Ortsteile verzeichnen seit vielen Jahren ein stabiles Plus der Bevölkerungszahlen. Damit einhergehend verändern sich laufend die Anforderungen an die Betreuungs- und Bildungseinrichtungen. Zum Start des Kindergartenjahrs 2024/2025 mussten deshalb im Kindergarten „Lummerland“ an der Römerstraße zusätzliche Räume für eine sechste Kindergartengruppe geschaffen werden. Zu einem abschließenden Gespräch traf sich Bauingenieurin Monika Kagermeier von der Stadt Abensberg mit den Verantwortlichen vor Ort.

Susanne Kammerer, stellvertretende Leiterin im „Lummerland“, stellte zu Beginn des Treffens fest, dass sich die Situation als sehr entspannt darstelle. Die Zebra-Gruppe gibt es als Vormittags- und als Nachmittagsgruppe mit jeweils 25 Kindern.

Die neue Gruppen und die dafür nötigen Räumlichkeiten wurden in Modulbauweise ermöglicht – sieben Module sind für diese beiden Gruppen nötig. Drei für den Gruppenraum, einer für einen Nebenraum, damit Platz für Extraprojekte geboten ist, einer für sanitäre Anlagen und zwei, die als Garderoben genutzt werden.

Hochwertiger Wärmeschutz

Cathleen Winkler, Leiterin des Kindergartens, verwies auf den hochwertigen Wärmeschutz, der gemütliches Beisammensein ermöglicht, und die Klimaanlage für wärmere Tage. Auch Schallschutz wurde von Anfang an berücksichtigt. „Gerade Eltern, die die Gruppe wechseln mussten, waren skeptisch“, berichtete Winkler. Die Skepsis habe sich aber angesichts der Umsetzung schnell gelegt.

Vormittags liegt die Gruppenleitung in den Händen von Carola Kossak, nachmittags hat Nina

Zum Ende des dritten Quartals 2024:

Bayernweit 14,9 Prozent weniger Wohnungsbaugenehmigungen

Nach Auskunft der Fachgruppe im Bayerischen Landesamt für Statistik werden von den unteren Bauaufsichtsbehörden in Bayern von Januar bis September 2024 insgesamt 36.379 Wohnungsbaugenehmigungen (einschließlich Genehmigungsfreistellungen) erteilt. Somit geht die Zahl der zum Bau freigegebenen Wohnungen um 6.361 beziehungsweise 14,9 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurück.

Fast zwei Drittel der neuen Wohnungen sind für Mehrfamilienhäuser sowie Wohnheime genehmigt. Die Zahl der Baugenehmigungen für Wohnungen in Mehrfamilienhäusern reduziert sich allerdings im Vorjahresvergleich um 16,8 Prozent. Wohnungen in Wohnheimen verzeichnen ein Minus von 42,8 Prozent. Genehmigungen für Einfamilienhäuser fallen um 20,7 Prozent.

Alle Regierungsbezirke bei Baugenehmigungen im Minus

Im Vergleich der Regierungsbezirke verhuben die Oberpfalz, Niederbayern, Unterfranken, Mittelfranken und Oberfranken ungefähr ein Viertel weniger Woh-

nungsbaugenehmigungen als im Vorjahr. Die Genehmigungen in Oberbayern gehen um 7,8 Prozent zurück und in Schwaben um 0,5 Prozent. Schwaben wies zuletzt zum Halbjahr als einziger Regierungsbezirk noch ein Plus von 3,5 Prozent auf.

Städte und Landkreise: Ähnliche Entwicklungen bei Wohnungsbaugenehmigungen

Der Blick auf die Kreise Bayerns zeigt ähnliche Entwicklungen in Stadt und Land: Kreisfreie Städte weisen 16,7 Prozent weniger Wohnungsbaugenehmigungen auf, bei den Großstädten sind es -13,3 Prozent und bei den Landkreisen -13,9 Prozent. □

Digitaler Bauantrag:

Positive Jahresbilanz

Nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr erfreut sich der Digitale Bauantrag im Freistaat großer Beliebtheit. An den bislang teilnehmenden Ämtern werden monatlich rund 2.500 digitale Anträge eingereicht. „Die Planerinnen und Planer können die Bauanträge dank des digitalen Verfahrens viel einfacher stellen und die Bauaufsichtsbehörden können sie leichter bearbeiten. Die analoge Antragstellung bleibt aber auch weiterhin möglich“, unterstrich Staatsminister Christian Bernreiter.

Zum Jahresanfang 2025 boten bereits 106 Städte und Landratsämter den Digitalen Bauantrag an, weitere neun befinden sich im Probebetrieb. Neu hinzu kamen in diesem Jahr die Landratsämter Coburg, Dillingen a. d. Donau, Erlangen-Höchstadt, Forchheim, Haßberge, Lichtenfels, Neuburg-Schrobenhausen, Rhön-Grabfeld und Schweinfurt sowie die Städte Deggendorf, Germering, Lindau (Bodensee) und Waldsassen. Zusammen sind dies mehr als drei Viertel aller bayerischen Bauaufsichtsbehörden, die sogar über 90 Prozent der bayerischen Bevölkerung abdecken.

Echter Standortvorteil

Wie Bayerns Digitalminister Dr. Fabian Mehring betonte, „bauen wir mit dem Digitalen Bauantrag Barrieren für die Antragsteller ab und beschleunigen die Bearbeitung ihrer Anliegen im Sinne einer schlanken, unbürokratischen und effi-

Zirkuläres Bauen:

Marktplatz für gebrauchte Bauteile

In Deutschland gehen bis zu 60 Prozent der gesamten Rohstoffgewinnung sowie mehr als die Hälfte der Abfälle auf das Konto des Bausektors. Diese Zahlen zeigen: Gerade im Bau- und Gebäudesektor bieten die Prinzipien der Kreislaufwirtschaft ein besonderes Potenzial. Daher wird die Landeshauptstadt München in Zusammenarbeit mit weiteren europäischen Partnerstädten und -regionen sowie Partnerorganisationen im Rahmen des EU-Horizon-Projekts „CirCoFin“ Konzepte für einen Marktplatz für gebrauchte Bauteile, die wiederverwendet werden sollen, entwickeln. Die EU unterstützt das Gesamtprojekt in den Jahren 2025 bis 2028 mit insgesamt sechs Millionen Euro.

Praktische Ansätze und Erfahrungen

Die europäischen Projektpartner trafen sich jüngst zum Projektstart in München. Neben München sind am CirCoFin-Projekt drei weitere Städte und Regionen beteiligt: Lissabon, Zero Waste Schottland und Kopenhagen. Jede Stadt beziehungsweise Region entwickelt in einem lokalen Pilotprojekt sehr konkrete technische, rechtliche, operative und wirtschaftlich tragfähige Pläne für eine lokale Bauteilbörse. Koordiniert wird das Gesamtprojekt vom Referat für Klima- und Umweltschutz, wobei das Kommunalreferat das Münchner Pilotprojekt verantwortet.

Bausektor als weltweit größter Klimakiller

Christine Kugler, Referentin für Klima- und Umweltschutz: „Ich freue mich sehr, dass wir nun den Startschuss für die Entwicklung einer finanzierungsfähigen Bauteilbörse in München gegeben haben. Mit bis zu 70 Prozent des globalen CO₂-Ausstoßes ist der Bausektor der weltweit größte Klimakiller. Darüber hinaus gehen 35 Prozent des gesamten Mülls weltweit aufs Konto der Baubranche. Hier können und wollen wir klimafreundlicher und ressourceneffizienter werden. Eine Bauteilbörse wird es uns ermöglichen, kreislauffähig zu bauen und Bestandteile aus Abriss- und Umbauprojekten im Sinne eines „Urban Mining“ wiederzuverwenden. Dabei freue ich mich besonders auf eine gewinnbringende Zusammenarbeit und den Austausch mit unseren europäischen Projekt-Partner*innen.“

Weitere Partner

Neben den europäischen Partnerstädten und -regionen sind auch neun weitere Partner an CirCoFin beteiligt – unter anderem das Gründungs- und Innovationszentrum UnternehmerTUM GmbH, die Bayrische Forschungsallianz, das auf Nachhaltigkeit ausgelegte Gemeindeforschungsnetzwerk ICLEI, das auf wiederverwendete Bauteile spezialisierte Start-up Concular und das Deutsche Institut für Normung (DIN). □

zienten Verwaltung. Daraus erwächst ein echter Standortvorteil für unsere heimische Bauwirtschaft.“

Beschleunigte Bearbeitung

Der Digitale Bauantrag ermöglicht es, Bauanträge und weitere Anträge über Online-Formulare direkt beim zuständigen Landratsamt, der kreisfreien Stadt, Großen Kreisstadt oder Delegationsgemeinde einzureichen. Auch die am Computer entworfenen Pläne können unmittelbar am Online-Antrag angehängt werden. Beim Ausfüllen werden zahlreiche Hilfestellungen gegeben, zum Beispiel wird auf erforderliche Bauvorlagen hingewiesen. Dadurch werden Bauanträge vollständiger und die Bearbeitungszeiten reduziert. Für die Beratung von Bauherren oder Planern sind weiterhin die Gemeinden erste Ansprechpartner. Diese werden auch in den Genehmigungsprozess miteinbezogen. DK



Wohnen und Wohlfühlen“ steht als Motto auf dem Raiffeisenhaus. Bilder: Raiffeisenbank Parkstetten



Anton Ismail, Vorstand der Raiffeisenbank Parkstetten, mit Raiffeisenhaus-Bewohner Hans Kohlhofer.

Als Genossenschaft der Gesellschaft etwas zurückgeben

Autorin: Dr. Verena Rudolf, Redaktion „Profil“

Nachdem die Raiffeisenbank Parkstetten mit ihrer Filiale in Oberalteich umgezogen war, eröffnete sich die Möglichkeit, das alte Bankgebäude einer neuen Nutzung zuzuführen. Die demografische Entwicklung zeigt, dass unsere Gesellschaft immer älter wird. „Und alt werden sollen die Menschen in Würde“, betont Anton Ismail, Vorstand der Raiffeisenbank Parkstetten. Getreu diesem Leitgedanken war es der Genossenschaftsbank ein Herzensanliegen, den Menschen in ihrer Region etwas Gutes zu tun. So entstand das Raiffeisenhaus – ein modernes, barrierefreies Wohnkonzept mit Betreuung, das den Bedürfnissen älterer Menschen gerecht wird.

„Wir haben uns gefragt, was wir als Genossenschaft der Gesellschaft zurückgeben können“, erklärt Ismail. Die Antwort: Die Bank schuf in Oberalteich im niederbayerischen Landkreis Straubing-Bogen das „Raiffeisenhaus“ – eine Wohnanlage für Menschen ab 65 Jahren oder Personen mit Pflegebedarf. Seit Mai 2024 stehen dort 19 barrierefreie Zwei- und Dreizimmerwohnungen zur Verfügung, die betreutes Wohnen ermöglichen.

Das Konzept war in der Region bisher einzigartig. „Betreutes Wohnen gab es bei uns vorher nicht“, betont Ismail.

Investition in ehemalige Bankfiliale

Der Ursprung des Projekts liegt im Umzug der Oberalteicher Bankfiliale. Diese wurde in den Neubau eines Edeka-Marktes integriert. Das alte Bankgebäude hätte saniert werden müssen, doch stattdessen entschied sich die Bank für eine neue Nutzung. „Mit dem Gedanken, eine Tagespflege anzubieten, spielten wir schon länger. Doch dieses Projekt realisierten wir schließlich in der ehemaligen Klosterkirche“, so Ismail. Als später auch das Nachbargrundstück der alten Filiale verfügbar wurde, entstand die Idee, beide Gebäude für eine betreute Wohnanlage zu nutzen.

Das Konzept richtete sich an ältere Menschen, die im eigenen Haus oft mit Problemen kämpfen: zu große Räume, fehlende Barrierefreiheit oder Einsamkeit. „Ein Heim ist für viele keine Option – vor allem, wenn es weiter weg liegt“, weiß Ismail. Die Lösung: eine Zwischenform des Wohnens, die Sicherheit und Gemeinschaft bietet.

Erfahrung mit Immobilienprojekten

Die Raiffeisenbank hatte bereits Erfahrung mit ähnlichen Vorhaben. Ein früheres Projekt verwandelte ein altes Lagerhaus in eine Wohnanlage mit 20 Wohnungen. „Jetzt gingen wir einen Schritt weiter, um den großen Bedarf an betreutem Wohnraum zu decken“, sagt Ismail.

Das Ziel war, nicht nur nachhaltig Erträge zu generieren, sondern auch einen Mehrwert für die Region zu schaffen. Der Aufsichtsrat war von der Idee überzeugt, und so wurde aus dem Umbau der ehemaligen Filiale ein „Reputationsprojekt“.

Vier Jahre Planungszeit

Von der ersten Idee bis zur Fertigstellung vergingen rund vier

Jahre. „Zwei Jahre benötigten wir allein für die Baugenehmigung – es war ein langwieriger Prozess“, erinnert sich Ismail. Doch dank der Beharrlichkeit der Genossenschaft wurde das Projekt umgesetzt. Heute trägt das Gebäude den Schriftzug „Wohnen und Wohlfühlen“.

Die ersten Bewohner zogen im Mai 2024 ein, bis Weihnachten sind alle 19 Wohneinheiten belegt. Für 13 Wohnungen besteht eine Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Roten Kreuz (BRK), das Pflegeleistungen übernimmt. Die übrigen sechs Wohnungen bieten ebenfalls die Möglichkeit, BRK-Dienste bei Bedarf hinzubuchen. Alle Einheiten verfügen über einen Hausnotruf, der rund um die Uhr Sicherheit bietet.

Die ersten Bewohner zogen im Mai 2024 ein, bis Weihnachten sind alle 19 Wohneinheiten belegt. Für 13 Wohnungen besteht eine Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Roten Kreuz (BRK), das Pflegeleistungen übernimmt. Die übrigen sechs Wohnungen bieten ebenfalls die Möglichkeit, BRK-Dienste bei Bedarf hinzubuchen. Alle Einheiten verfügen über einen Hausnotruf, der rund um die Uhr Sicherheit bietet.

Gemeinschaft statt Einsamkeit

Der Schritt, das eigene Haus zu verlassen, fiel vielen Bewoh-

Gemeinde Niederbergkirchen:

Effiziente Straßensanierung

Die Gemeinde Niederbergkirchen, die zur Verwaltungsgemeinschaft Rohrbach gehört, hat in Zusammenarbeit mit der Panmax GmbH und dem Ingenieurbüro ING Altötting GmbH einen wichtigen Schritt zur Verbesserung ihrer Infrastruktur unternommen. Die Sanierung von fünf Straßenschnitten im November 2024 markiert ein erfolgreiches Projekt, das durch innovative Technologien und eine hervorragende Kooperation aller Beteiligten geprägt war.

Aufgrund der jahrelangen Beanspruchung und des Verschleißes war eine umfassende Erneuerung der betroffenen Straßen dringend erforderlich. Bereits 2022 hatte Panmax GmbH eine kleinere Maßnahme in der Gemeinde erfolgreich umgesetzt und so das Vertrauen der Verantwortlichen gewonnen. Dieses Vertrauen bildete die Grundlage für die erneute Zusammenarbeit bei diesem größeren Projekt.

Das Panmax-Verfahren: Innovation und Effizienz

Das Sanierungsverfahren der Panmax GmbH zeichnet sich



Vorher.



Nachher.

Bilder: Panmax

durch eine Kombination aus Bodenstabilisierung und moderner Nanotechnologie aus. Die einzelnen Schritte des Projekts waren wie folgt:

1. Vorbereitende Maßnahmen durch die Gemeinde

Die Gemeinde Niederbergkirchen leistete im Vorfeld einen entscheidenden Beitrag zur Tragfähigkeit der Straßen. Mit Unterstützung des gut ausgestatteten Bauhofs und der ortsansässigen Firma Huber wurden in Teilbereichen Kiesvorlagen eingebaut. Diese dienten als stabile Grundlage für die weiteren Arbeiten.

2. Stabilisierung mit dem Panmax-Verfahren

Im Kern des Projekts stand die Stabilisierung des Straßenuntergrunds. Dabei wurde Zement auf der Straßenoberfläche verteilt und anschließend mit einem Bodenstabilisierer eingefräst. Der innovative Einsatz der Nanotechnologie FixiFest® vermengte die bestehende Schicht mit dem vorgelegten Kies und Zement zu einer hochstabilen Basis. Dieses Verfahren gewährleistet eine langfristige Belastbarkeit und Widerstandsfähigkeit der Straßen.

3. Bituminöse Behandlung und Abspaltung

Nach der Stabilisierung wurde die neue Schicht mit Bitumen versiegelt, um sie vor Witterungseinflüssen zu schützen. Eine anschließende Abspaltung sorgte für eine griffige Oberfläche, die bereits vor der finalen Asphaltierung befahrbar war.

4. Endgültige Fertigstellung mit Asphaltierung

Nach einer Aushärtungszeit von drei Tagen wurde die Straße mit einer sechs cm dicken Asphalt-Tragdeckschicht fertiggestellt. Die gewählte AC 16-Körnung bietet eine witterungsbeständige und belastbare Oberfläche, die den Anforderungen des Verkehrs langfristig standhält.

Ergebnisse und Vorteile

Die Sanierung der Straßen in Niederbergkirchen konnte termingerecht und zur vollsten Zufriedenheit aller Beteiligten abgeschlossen werden. Das Ingenieurbüro ING Altötting GmbH begleitete das Projekt beratend, überwachte die Arbeiten und prüfte die Abrechnung.



Bilder: Panmax



In Kooperation mit Bayerischer Industrieverband Baustoffe, Steine und Erden e. V. www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC der heimischen Rohstoffgewinnung Serielles Bauen

Mehr Effizienz für kommunale Bauvorhaben

Die wachsenden Anforderungen im Wohnungsbau, bei Infrastrukturprojekten und öffentlichen Einrichtungen stellen Gemeinden und Landkreise vor erhebliche Herausforderungen. Aspekte wie Termintreue, Qualität und Nachhaltigkeit sind oft schwer mit Kostensicherheit und fehlenden Fachkräften in Einklang zu bringen. In diesem Kontext bietet der Einsatz von Betonfertigteilen eine effiziente Alternative. Serielles Bauen setzt neue Maßstäbe in Bauqualität, Wirtschaftlichkeit und Zeitersparnis und gewinnt zunehmend an Bedeutung.

Hohe kalkulierbare Qualität

Fertigteile aus Beton werden in hochspezialisierten Produktionsanlagen hergestellt und im Anschluss direkt auf die Baustelle geliefert. Standardisierte Fertigungsprozesse in Hallen gewährleisten eine konstant hohe Qualität und machen die Herstellung unabhängig von der Witterung. Hinzu kommt, dass bereits in der Planungs- bzw. Fertigungsphase Vorrichtungen für die Hausinstallation berücksichtigt werden.

Kostensicherheit und wirtschaftliche Effizienz

Laut einer Studie von McKinsey aus dem Jahr 2019 können Bauprojekte mit vorgefertigten Elementen bis zu 50 Prozent schneller und bis zu 20 Prozent kostengünstiger realisiert werden, weil Rohstoffe, Personal und Maschinen exakt geplant und effizient eingesetzt werden. Der Einsatz schlanker Bauteile ermöglicht zudem flächeneffizientes Bauen. Darüber hinaus unterstützt die Wärmespeicherfähigkeit des Betons den Heiz-

oder Kühlbedarf von Gebäuden. Dieser verringert im Jahresverlauf Temperaturschwankungen, steigert die Energieeffizienz und trägt dazu bei, CO₂-Emissionen zu senken. Allein diese Einsparpotenziale bieten insbesondere für Kommunen mit begrenztem Budget immense wirtschaftliche und klimarelevante Vorteile.

Ressourcenschonender Einsatz von Rohstoffen durch optimierte Produktion

Durch Vielfachnutzung der Schalung und bei Fertigung großer Serien werden Abfälle vermieden und Reste, die bei der Produktion anfallen, aufbereitet und wiederverwendet. Die Bewehrung besteht in der Regel zu 100 Prozent aus Recyclingmaterial. Und der Einsatz von Recyclingbeton trägt zudem zur Ressourcenschonung bei. Diese Nachhaltigkeitsaspekte machen die langlebigen Betonfertigteile, die selbst wiederum recyclebar sind, besonders zukunftsfähig. □

Begriffserläuterungen

- **Betonfertigteile:** Decken, Innen- und Außenwände, Tragwerke, Balkone, Treppen, Fassaden, Pflaster, Kanalrohre, Lichtschächte bis hin zu Fertiggeländern. Außerdem: Viele architektonische Ideen, wie z.B. spezielle Fassadenformen oder Skateparks und Kletterwände können erst durch die Vorfertigung in speziellen Schalungen flexibel umgesetzt werden.
- **Einsatz:** Im Hochbau für Wohngebäude, Gewerbebauten, kommunale Gebäude wie Schulen und Kindergärten, Straßen und Brücken, im GaLa-Bau für Gehwege und Freizeitanlagen, im Tiefbau für die Kanalisation.

Die wichtigsten Vorteile des Projekts sind:

- Erhöhte Tragfähigkeit: Die Kombination aus Kies, Zement und der Nanotechnologie FixiFest® sorgt für eine stabile Basis.
- Langlebigkeit: Die Straßenqualität reduziert langfristig die Wartungskosten.
- Effizienz: Dank der zügigen Umsetzung war der Zeitaufwand minimal.

Die erfolgreiche Sanierung der fünf Straßenabschnitte in Niederbergkirchen verdeutlicht die

Vorteile des innovativen Panmax-Verfahrens. Durch die exzellente Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde, der Panmax GmbH und dem Ingenieurbüro ING Altötting GmbH konnte ein nachhaltiges Ergebnis erzielt werden. Die Einwohner der Gemeinde Niederbergkirchen profitieren nun von sicheren und belastbaren Straßen, die den Anforderungen des modernen Verkehrs gerecht werden. Geo-Koordinaten der Projektstandorte: Bayernatlas Geo-Punkt <https://v.bayern.de/8pRgS>. □

Hallenbad-Neubau in Moosburg a. d. Isar:

Begeisterte Premierengäste

Was lange währt, wird endlich gut. Mehr als viereinhalb Jahre nach dem Spatenstich und zwei Jahre später als geplant, wurde Mitte Dezember 2024 das neue Hallenbad in der Drei-Rosen-Stadt offiziell seiner Bestimmung übergeben. „Es ist eine Investition, um die uns viele Kommunen beneiden werden“, unterstrich Erster Bürgermeister Josef Dollinger. Das Hallenbad, direkt neben dem städtischen Freibad gelegen, stelle eine „Bereicherung für das Mittelzentrum Moosburg“ dar und sei ein „weiterer Meilenstein für den Schul- und Vereinssport“.

Bis zum Happy End war der Weg allerdings äußerst steinig. Dollinger erinnerte bei der feierlichen Eröffnung daran, dass der Bauzeitplan wegen Mängeln an der Bauausführung durch einandergeraten sei. Der teils über 20 Zentimeter dicke Estrich sei unsachgemäß eingebaut worden. Der aufgedeckte „Pfusch“ habe für Stillstand am Bau gesorgt, es folgten Gutachten, ein zäher Rechtsstreit mit den Verantwortlichen sowie schließlich die Sanierung ab Jahresende 2023. Die Gesamtkosten belaufen sich nunmehr auf rund 16 Millionen Euro, abzüglich 2,7 Millionen Euro Förderung.

Hubboden als Attraktion

Im ersten Stock des hellen und weiträumigen Gebäudes befindet sich ein Lehrschwimmbecken mit fünf wettkampftauglichen 25-Meter-Bahnen, dessen Wassertiefe per Hubboden zum Nichtschwimmerbereich umfunktioniert werden kann. Der längs geteilte Hubboden, deutschlandweit einzigartig, umfasst drei der fünf Bahnen. So kann dieser Bereich von zwei Gruppen gleichzeitig genutzt werden, etwa für Schwimmkurse oder Vereinstraining, während nebenan zwei komplette 25-Meter-Bahnen zum Beispiel für die Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Im abgeschirmten Kinderbereich wartet ein Becken mit 21 Wasserattraktionen auf die kleinen Besucher und deren Eltern. Höchsten Standards entspricht auch die Barrierefreiheit – unter anderem führen Liftanlagen in die Halle und direkt ins Becken.

Nach der Einweihung unterzogen mehrere Stadträte das Bad einem persönlichen Test und zeigten sich ebenso wie die restlichen Premierengäste, darunter Vizelandrätin Anita Meinelt, in deren Amtszeit als Moosburger Bürgermeisterin der Hallenbad-Neubau initiiert wurde, begeistert. **DK**

Zurück in die Zukunft

Mobilitätsentwicklung für die Metropolregion München

Die Internationale Bauausstellung IBA findet zum ersten Mal in Bayern statt. Sie will bis 2034 die Mobilitätswende in der Metropolregion München im Schulterschluss mit den Kommunen, Städten und Gebietskörperschaften schaffen. Unter dem IBA-Motto „Räume der Mobilität“ wurden 120 Projektideen nun vorgestellt.

Speed-Dating für Zukunftsvisionen für die Metropolregion München: In nur 180 Sekunden wurde im Dezember in München je ein Projekt von den 120 eingereichten Ideen Vertretern aus Kommunen, Politik, Wirtschaft und Verbänden vorgestellt, das in 3.650 Tagen umgesetzt werden soll. Die IBA, die unter dem

Motto „Räume der Mobilität“ steht, läuft bis 2034 und will mit den realisierten Bauprojekten eine Mobilitätswende im Schulterschluss mit den Landkreisen, Gemeinden und Bürgern schaffen. Bei der IBA Metropolregion München sollen die Projektideen Stadt und Land in der Mobilitätsinfrastruktur besser vernet-

zen. Die Münchener Stadtbaurätin und Aufsichtsratsvorsitzende der IBA, Prof. Dr. (Univ. Florenz) Elisabeth Merk, sagt: „Die IBA ist ein Motor und Innovationsprogramm für eine integrierte Stadtentwicklung, die den Grundstein für eine gestiegene Lebensqualität legt, von der alle profitieren. Die IBA bringt Projekte aus der Region zusammen und sollen bis 2034 größtenteils realisiert werden.“ Prof. Dr. Oliver Weigel – seit Oktober 2024 ist er der neue Geschäftsführer der IBA GmbH – betont: „Die Bauausstellung bie-

tet den Raum zu experimentieren und zu diskutieren. Eine sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltige Mobilität ist Grundlage für eine zukunftsfähige Entwicklung von Stadt und Region. Die IBA will neue Wege aufzeigen und die Mobilität von Morgen in der Metropolregion maßgeblich mitgestalten, weil hier von der wirtschaftliche Erfolg, mehr Umweltschutz und die Zukunftsfähigkeit der Region abhängt.“

Projekteinreichung weiterhin möglich

Die meisten Projektideen stammen aus München, Kaufbeuren, Augsburg, Ingolstadt und Landkreis Freising. Eine auffallende „Projekt-Wüste“ in der Landkarte sind die Landkreise München, Ebersberg, Landsberg am Lech, Landshut und Mühldorf am Inn, die keine Projekte einreichten. Auch für die „Projekt-Wüste“ ist der Zug noch nicht abgefahren: Weitere Projektideen können laufend bei der IBA noch eingereicht werden.

Projektbeispiele

Im Juli 2019 fand in München das Bürgerbegehren für eine bessere Radinfrastruktur statt. Der Zuspruch von über 160.000 Unterschriften von Bürgern macht

nun den Radentscheid für den Münchner Stadtrat bindend. Doch von der im Koalitionsvertrag des rot-grünen Rathausbündnisses anvisierten Summe von 1,6 Milliarden Euro, die für die Umsetzung des Radentscheids vorgesehen waren, sind gerade einmal 4,4 Prozent investiert worden. Bei der Projektpräsentation zur IBA wurden auch zahlreiche Ideen für den Ausbau eines zukunftsfähigen Radwegnetzes präsentiert, die zeitnah umgesetzt werden könnten, wie z. B. die Pipelane. Diese von Bernhard Duffer entworfene Röhre – ein Fahrrad-Highway auf Stelzen, errichtet entlang an Straßen – ermöglicht sicheres Radfahren zu allen Tages- und Jahreszeiten und stellt eine kreuzungsfreie Radschnellverbindung dar.

Eine Lösung gegen urbane Hitze in den Sommermonaten in den Innenstädten – asphaltierte Flächen erhitzen sich aufgrund des

Klimawandels schnell auf 45 Grad – ist die Vision von Kälteinseln von Alexandra von Bartschikowski. In ihrer eingereichten Abschlussarbeit an der Technischen Hochschule Augsburg entwickelte sie Bushaltestellen mit einem Moosdach und einem integrierten Wassertank, die nicht gepflanzte Schattenbäume ersetzen können. Bei ihren Forschungen kam sie zum Ergebnis, dass ein Quadratmeter Moos hinsichtlich Luftfilterung, Kühlung, Feinstaubreduktion die gleiche Wirkung wie neun Bäume hat.

Nach der Vorstellung der Projektideen werden nun in einem mehrstufigen Prozess die Kandidaten ausgewählt, die das Label realisierbares IBA-Projekt erhalten. Das übergeordnete Ziel ist es, dass bis spätestens bei der nächsten bayerischen Kommunalwahl (8. März 2026) die Projekte fixiert sind, so dass diese bis 2034 umgesetzt werden. **Dr. Patrik Hof**

Vier gewinnt für die Mobilitätswende

Vier IBA-Projektideen im Fokus

Die IBA Internationale Bauausstellung in der Metropolregion München will während ihrer 10-jährigen Laufzeit (2024-2034) neue Lösungen für eine vernetzte Mobilität zwischen Stadt und Land umsetzen. Viele der 120 Projektideen, die Landkreise und Städten einreichen, sollen bis 2034 realisiert werden.

Drohnen-Logistik für Medikamente

Elf Projektideen stammen aus Kaufbeuren, der Stadt der Zukunftsideen oder frei im Allgäuer Dialekt: „Ned umanand ratscha, irgendetwas pfundig ausdenkt.“ „Mit der IBA können wir flächendeckend in der Metropolregion München die Mobilität der Zukunft aktiv mitgestalten. Für eine stressfreiere und schnellere Anbindung überlegten wir uns, wie die Mobilitätsarten zu Fuß, Rad, Auto, Schiene oder in der Luft bis 2034 einen Beitrag leisten könnten“, sagt Andreas Bauer, Leiter des Referats Wirtschaft der Stadt Kaufbeuren. Eines der eingereichten Projekte unter dem Titel „Mobilität der 3. Dimension“ sieht den Aufbau eines Logistiknetzwerkes mit Drohnen vor, die Krankenhäuser mit Medikamenten von Apotheken beliefern sollen. Die Vorteile der Belieferung aus der Luft sind: Verkürzung der Lieferzeiten und Erhöhung der Versorgungssicherheit der Bevölkerung.

Brücken bauen für die Mobilität von Morgen

Eines der spannenden und bei der IBA eingereichten Brückenbauprojekte stammt vom Verein Isarlust, der die seit 1981 still gelegte Braunauer Eisenbahnbrücke bis 2034 in eine Fußgänger- und Radfahrerbrücke und einen neuen kulturellen Aufenthaltsort mit Sitzflächen und Kiosk verwandeln will. „Aufgrund des Mobilitätsschwerpunkts der IBA würde die Neunutzung der Brücke hervorragend passen. Fußgänger und Radfahrer kämen mit dem neuen Isarweg ohne lange Umwege von der einen Isarseite, dem Münchner Stadtteil Giesing, auf die andere in das Dreimühlenviertel. Hiervon profitieren die Bürger, die Stadt und die Umwelt gleichermaßen“, sagt Benjamin David, Vorsitzender des Vereins Isarlust.

Ein neues Wahrzeichen für München über die Isar soll entlang des rund 25 Kilometer langen Flussabschnitts zwischen Grünwald und Ismaning mit der Frei-Otto-Brücke errichtet werden, benannt nach dem Entwickler der Zeltdachkonstruktion für Olympia 1972. Der Entwurf dieser nachhaltigen Brücke mit integrierten PV-Paneelen und einer

vertikalen Begrünung zwischen den Fahrspuren stammt von Architekturfachfrau Xiaoping Xie und Dipl.-Ing. Heiko Fehner (Institut für Bautechnik der TU Dresden). So soll zwischen den Bögen der 18 Meter breiten und 120 Meter langen Brücke, die aus dem umweltfreundlichen



Kabine der Ottobahn mit Gründer Marc Schindler und die Vision.

Baumaterial Carbonbeton bestehen soll, eine 420 Quadratmeter große Zeltfläche mit integrierten Solar-PV-Paneelen gespannt werden. Nach Fertigstellung soll dann die Sonne die gewonnene Energie für die Beleuchtung der Brücke und für die in Brückennähe befindlichen Ladestationen für Elektrofahrzeuge und E-Fahrräder liefern. Prof. Dr. Xie erklärt ihre Brückenidee. „In unserem Institut untersuchen wir Anwendungspotenziale innovativer Materialien und Technologien im Bausektor, wie jetzt für unsere Frei-Otto-Brücke die organischen Photovoltaikzellen“, sagt Prof. Xie.

Eine Hängebahn für on-demand-ÖPNV

Die neue Generation der „Wuppertaler Schwebbahn“ ist die Ottobahn, die den ÖPNV in den Gemeinden Bergkirchen, Gröbenzell, Karlsfeld, Maisach, Odelzhausen, Pfaffenhofen an der Glonn und Sulzemoos verbessern soll. Der regionale Wirtschaftsverband WestAllianz will diese aufgeständerte Hochbahn für eine bessere Mobilität in den Landkreisen bauen. „Die Ottobahn bietet den Komfort des Individualverkehrs und die Nachhaltigkeit des ÖPNV. Inzwischen haben wir die Hochbahn technisch so weit entwickelt, das sie nach kurzer Planungs- und Bauzeit einsetzbar ist“, sagt Marc Schindler, der Gründer des Taufkirchner Unternehmens Otto-

bahn. Die Gondeln auf den Schienen-Hochtrassen sind für den Antrieb mit Solarzellen ausgestattet und funktionieren nach einem on-demand-Prinzip. Die Fahrkabine bestellt der ÖPNV-Nutzer individuell und bequem mit dem Smartphone. **Dr. Patrik Hof**

Weitere Informationen

Auf www.gemeindezeitung.de haben wir weitere Informationen in Text und Bild zu den Projekten bereitgestellt. □



Bild und Grafik: Ottobahn

AKDB übernimmt OTS AG:

Ausbau der Digitalisierung im Bauwesen

Die AKDB gibt den Kauf der OTS Informationstechnologie AG (OTS) bekannt. Die OTS AG ist seit über 30 Jahren ein führender Anbieter von Softwarelösungen für kommunale Bauämter und Banken, insbesondere aus dem öffentlichen Sektor.

AKDB und OTS verbindet eine langjährige erfolgreiche Zusammenarbeit im Baugenehmigungsbereich von Kommunen. Die Übernahme markiert einen wichtigen Schritt, um diese Partnerschaft weiter zu vertiefen und gemeinsam innovative Lösungen zu entwickeln.

Rudolf Schleyer, Vorstandsvorsitzender der AKDB, erklärt dazu: „Wir freuen uns, mit der OTS AG einen weiteren starken Partner in die AKDB-Unternehmensgruppe aufzunehmen. Die Vertiefung unserer Zusammenarbeit bietet die Möglichkeit, die Anforderungen unserer kommunalen Kunden noch schneller und gezielter umzusetzen. Besonders erfreulich ist, dass Günter Erdl als Vorstandsvorsitzender der OTS AG weiterhin an Bord bleibt. Gemeinsam werden wir die erfolgreiche Partnerschaft zum Nutzen der Kunden weiter ausbauen.“

Günter Erdl, Vorstandsvorsitzender der OTS AG: „Ich bin zuversichtlich, dass die OTS AG und ihre Kunden durch die Integration in die AKDB-Gruppe erheblich profitieren werden. Vor allem

sehe ich große Potenziale im Ausbau unseres Software-as-a-Service-Angebots, das derzeit stark nachgefragt wird. Zusätzlich bieten sich durch die Integration von KI-Technologien in unsere



V.r.: Rudolf Schleyer (AKDB) mit Günter Erdl (OTS AG). Bild: AKDB

Produkte neue Chancen.

Mit der AKDB haben wir einen starken und zuverlässigen Eigentümer gefunden, der langfristige Kundenbeziehungen weiterhin in den Fokus stellt.“

Mit der Übernahme der OTS AG stärkt die AKDB ihre Position als führender Anbieter digitaler Lösungen für den öffentlichen Sektor und treibt die Digitalisierung in Deutschland nachhaltig voran. Die gemeinsame Vision beider Unternehmen basiert auf Innovation, Effizienz und Kundenorientierung. Vertragsbeziehungen und Leistungen zu Kunden sind durch den Kauf nicht betroffen. □

Bayerischer Denkmalpflegepreis:

Oscar für Ingenieurskunst

Sechs bayerische Baudenkmäler und ihre Bauherrschaften wurden im Schloss Schleißheim mit dem Bayerischen Denkmalpflegepreis 2024 ausgezeichnet. Drei der prämierten Bauwerke stehen in Oberbayern, je eines in Oberfranken, Unterfranken und Niederbayern. Den Preis überreichten Prof. Dr. Norbert Gebbeken, Präsident der Bayerischen Ingenieurkammer-Bau sowie Bayerns Bauminister Christian Bernreiter.

Sieger bei den öffentlichen Bauwerken sind die ehemalige Abteikirche St. Michael in Bamberg (Gold), die Grundschule an der Haimhauserstraße in München (Silber) und die Pfarrkirche St. Anton in Schweinfurt (Bronze). Bei den privaten Denkmälern wurden das Schloss Geltolfing in Aiterhofen (Gold), die Historische Mühle in Untermergau (Silber) und das Diringlo, ehemals Hof zum Hauser in Ohlstadt (Bronze), ausgezeichnet.

St. Michael in Bamberg

Der Instandsetzung des Tragwerks der ehemaligen Abteikirche St. Michael in Bamberg gingen laut Jury beispielgebende Voruntersuchungen voran. Im Zuge mehrjähriger Messungen wurden Schwankungen bei den Rissbreiten und den Verformungen erfasst. Auf dieser Grundlage entwickelte man ein nachjustierbares Stahltragwerk, das den Bestand sichert. Der Einsatz von Messtechnik und umfangreiche Voruntersuchungen ermöglichten eine besonders wirtschaftliche und denkmalgerechte Instandsetzung des Tragwerks. Besonders hervorzuheben seien auch das interdisziplinäre Planungsteam und die eng getakteten Abstimmungsprozesse zwischen den einzelnen Disziplinen.

Grundschule an der Haimhauser Straße

Im Zuge der Voruntersuchungen an der Grundschule an der Haimhauser Straße in München wurden die ehemaligen Lüftungsschächte aus dem Jahr 1897 lokalisiert und dokumentiert. Es gelang anschließend, die Schächte instand zu setzen und dadurch das bauzeitliche Lüftungssystem wieder herzustellen. Auf den Einbau einer energie- und kostenintensiven

raumlufttechnischen Anlage konnte somit verzichtet werden. Bei der statischen Ertüchtigung der Decken erfolgte eine Reduzierung der Lasten durch Veränderungen im Bodenaufbau. Hierdurch konnte auf zusätzliche Tragsysteme verzichtet, die Sicherheit erhöht und die Substanz des Baudenkmals geschont werden. „Insgesamt handelt es sich um eine außerordentlich nachhaltige Instandsetzung des Denkmals“, heißt es in der Jurybegründung.

St. Anton in Schweinfurt

Die Umgestaltung der Betonrahmenkirche St. Anton in Schweinfurt ist einem massiven, gesellschaftlich motivierten Veränderungsdruck geschuldet. Die Aufgabe bestand darin, funktionierende Nachnutzungsräume zu schaffen und trotzdem noch einen kleineren, aber schlüssigen Sakralbau zu erhalten. Die zentrale Ingenieurleistung war es, das aus vielen Einzelteilen bestehende, rund 27 Tonnen schwere Fenster vorsichtig aus dem Bestand zu lösen und um 18 Meter zu verschieben, ohne dass die empfindlichen Scheiben oder die nur schwach bewehrten Rippen Schaden nehmen. Zudem ist das ursprüngliche Baudenkmal weiterhin ablesbar, ebenso wie die denkmalkonformen Veränderungen. Dem kreativen Ansatz des Ingenieurteams sei es zu verdanken, dass dies gelungen ist.

„Der Erhalt historischer Bausubstanz ist Vorbild für den nachhaltigen Einsatz von Rohstoffen. Das ist ressourcenschonendes Bauen par excellence“, lobte Kammerpräsident Gebbeken. Minister Bernreiter ergänzte: „Unsere historischen Gebäude und Denkmäler sind es wert, für die Nachwelt erhalten zu werden.“ **DK**



Die Braunauer Eisenbahnbrücke heute und vielleicht in Zukunft. Bild: Dr. Patrik Hof, Grafik: Agentur Zeichen & Wunder



Auch RSV soll erfasst werden

Hohe Kosten für das Abwassermonitoring auf Viren stoßen zum Teil auf Kritik

Längst ist Corona keine kaum einschätzbare Gefahr mehr. Doch wer weiß, was noch geschieht. Wir müssen, heißt es, darauf eingestellt sein, dass eine neue Pandemie kommt. Wir müssen vorbeugen. Das geschieht zunehmend über das Abwasser. Dort befindet sich, wenn gleich in geringen Mengen, genetische Information von Krankheitserregern. Über Abwassermonitoring in bayerischen Kläranlagen werden Infektionslasten qualitativ erfasst.

Es steht außer Frage, dass man eine Situation nur dann richtig einschätzen kann, wenn man Daten hat. Bei der Datenerhebung wiederum gilt es, auf ein adäquates Verhältnis zwischen Aufwand und Nutzen zu achten. Das Abwassermonitoring auf Erreger verschlingt Millionen. Und damit Geld, das zum Beispiel im Gesundheitssystem fehlt. Verwunderlich ist aber auch, sagt der Münchner Immunologe Peter Schleicher, dass einerseits so viel Geld dafür ausgegeben wird, Erreger zu identifizieren. Andererseits fließen kaum Mittel in die Aufklärung darüber, was jeder zur Stärkung seines Immunsystems tun kann.

Die sei aber wichtig, da es kein direktes Therapeutikum gegen Viren gebe: „Nur ein intaktes Immunsystem kann Bakterien, Viren und Pilze kontrollieren.“ Gestärkt werden könne das Immunsystem zum Beispiel dadurch, dass darauf geachtet wird, möglichst wenig Schwermetalle und Hormone zu sich zu nehmen sowie Alkohol und Nikotin zu reduzieren. Weiter gebe es Medikamente wie Ivermectin, die das Eindringen des Virus in die Zelle verhindern. Der Münchner Arzt würde sich wünschen, dass die Politik mehr Geld in die Hand nimmt, um dieses Wissen zu verbreiten. Statt derart stark auf Abwassermonitoring zu setzen.

Bay-VOC nennt sich das Projekt, durch das der Freistaat Abwassermonitoring unter anderem auf Fragmente von SARS-CoV-2-Varianten sowie Influenza A- und B-Viren fördert. In Bay-VOC fließen Gelder aus Bayern sowie vom Bund. Letzterer lässt SARS-CoV-2, Influenza- und Polioerreger im Abwasser durch das bis Ende 2025 laufende Projekt AMELAG (Abwassermonitoring für die epidemiologische Lagebewertung) überwachen. Ziel ist es, SARS-CoV-2 in bis zu 175 Kläranlagen aufzuspüren. Außerdem soll die Überwachung sukzessive auf andere Erreger ausgeweitet werden.

Nicht direkt vergleichbar

Die beteiligten Kläranlagen lassen ihr Abwasser zweimal wöchentlich molekular untersuchen. Das Ganze ist kompliziert. Da jedes Abwasser anders ist, lassen sich die Viruslasten absolut nicht vergleichen. Für jeden Standort werden deshalb „relative Genkopien“ errechnet. Im Januar 2024 lag dieser Wert im Münchner Abwasser bei 70. Im April sank er gegen Null. Mit fast 87 erreichte er am 9. Oktober einen Spitzenwert.

Auch in Erlangen werden Erreger im Abwasser aufgespürt. Laut Jörg Holzapfel vom städtischen Entwässerungsbetrieb begann das Monitoring auf SARS-CoV-2 am 5. Dezember 2022. Auch hier gab es im Oktober 2024 einen Peak mit einem Wert von über 70. Die jüngste Einzelmessung lag bei unter zehn.

Am 27. November 2023 begannen die Messungen auf Influenza. „Es wird eine automatisierte 24-Stunden-Mischprobe vom Gesamtzulauf entnommen“, erklärt Jörg Holzapfel. Rund einhalb Stunden Arbeitsaufwand falle für das Monitoring an: „Die Kosten werden vergütet.“ Analysiert würden die Proben beim Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL). Dort wird die Erbinformation der Erreger extrahiert. Mittels Polymerase-Kettenreakti-

on werden die Virusgenfragmente quantitativ erfasst.

Nicht alle machen mit

Nicht jede Kommune, die das gerne möchte, ist ins Monitoring einbezogen. Günzburg zum Beispiel nicht. „Wir hätten ein Monitoring für uns gut gefunden, da damit frühzeitig die Ausbreitung von Erregern erkannt werden hätte können“, sagt Roland Baumgärtner von den Stadtwerken. Er vermutet, Günzburg wurde nicht einbezogen, weil die Kommune zu klein ist: „Bei uns sind nur rund 25.000 Einwohner angeschlossen.“ Den Mehraufwand hätte er nicht gescheut: „Abwasserproben werden sowieso regelmäßig gezogen.“ Auch in Würzburg, teilt Peter Stadtmüller vom Entwässerungsbetrieb mit, gibt es noch kein Abwassermonitoring auf Erreger.

Im Gegensatz zu Roland Baumgärtner ist Veronika Völker vom Amperverein Olching froh, dass sie kein Monitoring auf Viren machen muss. Sie fragt sich, ob die enormen Kosten in einem guten Verhältnis zum Output stehen. Nach dem, was sie in Erfahrung gebracht hat, kostet eine einzige Analyse zwischen 150 und 250 Euro.

Und was bedeutet es eigentlich und was wird es womöglich künftig bedeuten, wenn irgendwo eine hohe Virenlast oder ein besonderer Erreger entdeckt wird? In München zum Beispiel wurden unlängst als weitgehend ausgerottet erklärten Erreger von Kinderlähmung nachgewiesen. Zu vermuten steht, dass die von Polio-Schluckimpfungen im Ausland kommen. Das Robert-Koch-Institut (RKI) nahm die Entdeckung dennoch ernst. Durch die weitläufig zirkulierenden Viren, wurde verkündet, könnten Erkrankungen nicht ausgeschlossen werden.

An 30 Standorten

Aktuell werden in Bayern Daten von 30 Standorten genutzt. Überwacht wird das Abwasser in Altötting, Berchtesgaden, Bad Reichenhall, Piding, Teisendorf, Freilassing, Ebersberg, Grafing, Glonn, Freising, Ingolstadt, München, Starnberg, Passau, Straubing, Regensburg, Weiden, Bayreuth, Erlangen und Nürnberg. Außerdem sind Hof, Aschaffenburg, Schweinfurt, Augsburg, Stadtbergen, Königsmbrunn, Schwabmünchen, Zugsmarshausen, Kempten und Neu-Ulm einbezogen. Mehr als zwei Millionen Euro fließen seitens des Freistaats in das Projekt. Damit sind etwa ein Viertel der Gesamtkosten gedeckt. Den Rest schießt der Bund zu.

Wobei damit noch längst nicht alle Kosten gedeckt sind. Ganz unterschiedliche Akteure mit jeweils reichlich Manpower machen beim Monitoring mit. Dazu gehören das Bundesgesundheits- und das Bundesumweltministerium. Aber auch der Sanitätsdienst der Bundeswehr ist integriert. Neben Kläranlagenbetreibern beteiligen sich außerdem die Gesundheits- und Abwasserbehörden von 16 Bundesländern, Labore, Logistikunternehmen, Forschungseinrichtungen und Universitäten.

Experten im Umweltbundesamt entwickeln fortlaufend weitere Methoden zum Nachweis von Infektionserregern. So befinden sich Verfahren zur Identifizierung für respiratorische und gastrointestinale Erreger in der Pipeline. Künftig soll auch das Respiratorische Synzytial-Virus (RSV)

im Abwasser nachgewiesen werden können.

Bald Routine?

Möglicherweise könnte in naher Zukunft ein mehrstufiger Screening-Prozess Routine werden. Ziel ist es, unterschiedliche Überwachungssysteme zusammenzuführen, um die jeweils aktuelle Lage epidemiologisch bewerten zu können. Je nach Resultat sollen „Maßnahmen für den Gesundheitsschutz“ abgeleitet werden.

Abwassermonitoring an sich ist nichts Neues. In den 1940er Jahren wurden erstmals Viren im Abwasser nachgewiesen. Seit den 1990er Jahren gehört der Nachweis von Chemikalien- und Schadstoffeinträgen zur Routine in Kläranlagen. Vor rund 25 Jahren begann das Screening auf illegale Drogen.

Die Aussagekraft ist laut dem Virologe Oliver Keppler, Vorstand des Münchner Max von Pettenkofer Instituts, das Laboruntersuchungen zu Infektionskrankheiten durchführt, zu relativieren. Auch wenn viele Virenfragmente im Abwasser gefunden werden, heißt das nicht, dass viele Menschen schwer krank wären. Man könne auch nicht rückschließen, wie viele Menschen mit dem jeweiligen Virus infiziert sind. Unbekannt sei weiter, wo sich Virenträger befinden und von wo aus also die Infektion übertragen werden kann.

Tausende neuer Viren

Am Berliner Max Delbrück Center treibt die Arbeitsgruppe „RNA-Biologie und posttranskriptionale Regulation“ von Markus Landthaler das Abwassermonitoring voran. Über 17 Monate hinweg wurde das Berliner Abwasser auf die Ausbreitung von Krankheitserregern hin untersucht. Dabei wurden Tausende neuer Viren entdeckt.

EU-weit soll das Abwasser stärker überwacht werden. Jeder Mitgliedstaat muss bis Herbst 2027 ein nationales Abwasserüberwachungssystem eingerichtet haben. Zweimal im Monat soll damit das Abwasser von Großstädten ab 150.000 Einwohnern auf SARS-CoV-2 analysiert werden. Die Ergebnisse sind an eine europäische Austauschplattform zu übermitteln.

Die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA) begrüßt dies. Das wird verständlich, hält man sich vor Augen, dass es sich um eine Interessensvereinigung der Wasserwirtschaft handelt. Sie setzt sich nach eigenen Angaben aktuell für rund 14.000 Mitglieder aus den Bereichen Wasserwirtschaft und Abfallwirtschaft ein. Die Mitglieder aus dem Bereich „Wasserwirtschaft“ könnten von einem staatlich subventionierten Abwassermonitoring durchaus profitieren.

„Die meisten Menschen lassen sich erst nach dem Auftreten von Symptomen auf SARS-CoV-2 testen“, wird dazu in den 2023 veröffentlichten Leitlinien zur Entwicklung und Durchführung eines Abwasserüberwachungsprogramms für SARS-CoV-2 ausgeführt. Nachdem jedoch das Virus ausgeschieden werde, bevor erste Symptome auftreten, könne durch das Monitoring wertvolle Zeit gewonnen werden. Der DWA geht von einem Zeitvorsprung von bis zu sieben Tagen im Vergleich zu Daten aus klinischen Tests aus.

Schnellere Evaluation

„Dieser Zeitgewinn ist im Falle eines ansteigenden Trends von großem Nutzen, um die Bevölkerung aufzuklären, die Testkapazitäten zu erhöhen und die Krankenhäuser vorzubereiten oder weitergehende Maßnahmen zu

ergreifen“, heißt es in den Leitlinien. Durch „gute Kommunikation“ könne die Bevölkerung früh für eine höhere Testfrequenz, Kontaktbeschränkungen und Hygienestrategien sensibilisiert werden. Das Überwachungssystem biete außerdem die Möglichkeit, zeitnah den Effekt von Maßnahmen zur Eindämmung der Krankheitsausbreitung zu evaluieren.

Da sich auch ein absinkender Trend frühzeitig abbilden lasse, könnten Lockerungen unmittelbar erfolgen. „Das SARS-CoV-2-Abwassermonitoring eignet sich daher nicht nur als Frühwarnsystem, sondern auch als Entwarnsystem“, führt der DWA ins Feld. Der Zeit-

vorsprung des Monitorings hängt dem DWA-Report zufolge allerdings von bestimmten Faktoren ab. So kommt es darauf an, um welche SARS-CoV-2-Variante es sich handelt. Auch braucht es natürlich ausreichend Laborkapazitäten, um die vielen Proben zu analysieren.

„Das Abwassermonitoring kann einen wichtigen Beitrag zu einem effizienten Pandemiemanagement leisten, die Gesundheitsseite unterstützen und zum Gesamtbild der pandemischen Lage beitragen“, so das Fazit der Abwasserexperten. Allerdings sollten die Abwasserdaten nicht isoliert, sondern im Kontext mit anderen Da-

ten betrachtet werden. Nach wie vor werde es klinische Tests brauchen. Nach wie vor müsse die Belegung der Intensivbetten betrachtet werden. Nach wie vor sei es wichtig, die Impfquote im Blick zu haben.

Zudem müsse die Virusmenge über einer bestimmten Nachweisgrenze liegen, damit das Ganze funktioniert. Auch die hängt von der jeweiligen SARS-CoV-2-Variante ab. Ein negatives Ergebnis im Abwassertest bedeutet nicht zwangsläufig, dass niemand infiziert ist. Ein positives Ergebnis auf der anderen Seite bedeutet auch nicht, dass jemand krank ist. **Pat Christ**

Bayerischer Gemeindetag, Bayerischer Städtetag und VKU:

Kritik am Grundkonzept Wassercent

Die kommunalen Spitzenverbände Bayerns sowie die VKU Landesgruppe Bayern lehnen das von den Regierungsfractionen am 12.12.2024 vorgestellte Grundkonzept für den Wassercent ab und fordern eine grundlegende Überarbeitung, um eine gerechte und nachhaltige Lösung für den Schutz der Wasserressourcen zu gewährleisten. Über 99 Prozent der bayerischen Bevölkerung sind an die kommunale Wasserversorgung angeschlossen, was den nachhaltigen Schutz der Wasserressourcen zu einer zentralen Aufgabe macht. Gleichzeitig müsse jedoch die Verwaltungsökonomie berücksichtigt werden.

Bernd Buckenhofer, Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags, bemängelt, dass der Anspruch einer „gerechten, fairen, einfachen und nachhaltigen“ Umsetzung im aktuellen Konzept nicht erfüllt werde.

Die Wasserversorger formulieren drei zentrale Forderungen:

1. Messung aller Wasserentnahmen über 50 m³ pro Jahr: Statt auf Messungen setzt der Entwurf auf Schätzwerte, was zu Streitigkeiten, Bürokratie und Rechtsunsicherheit führe. Dabei seien digitale Messtechnologien verfügbar, die bereits in der Praxis eingesetzt würden. Ohne eine vollständige Erfassung aller Wasserentnahmen gingen wertvolle Erkenntnisse über die Wasserressourcen verloren.

2. Abgabe für alle Entnahmen: Das Konzept führe zu Ungleichbehandlungen:

- Die Freigrenze von 5.000 m³ pro Jahr sei zu hoch und begünstige insbesondere Betriebe mit Brunnen ohne Messeinrichtungen. Eine Freigrenze von 50 m³ wäre angemessener, um Kleinrentnahmen nicht zu belasten.

- Privatnützige Entnahmen könnten rechtlich bis zu 18.250 m³ pro Jahr betragen, was ebenfalls eine Ungleichbehandlung darstelle.

- Nur öffentliche Wasserversorger, nicht jedoch landwirtschaftliche oder gewerbliche Nutzer von Uferfiltrat oder Oberflächenwasser, würden belastet.

3. Verwendung der Einnahmen für Wasserschutz: Die ge-

plante Mittelverwendung sei unklar und vermische Wasserschutz mit landwirtschaftlicher Infrastrukturförderung. Beispielsweise könnten Bewässerungsmaßnahmen finanziert werden, die den Wasserhaushalt zusätzlich belasten. Die angedachten

Boni für „wasserschonende“ Methoden in Gewerbe und Landwirtschaft seien bürokratisch und führten zu weiterer Ungleichbehandlung.

Marcus Steurer, Vorsitzender der VKU Landesgruppe Bayern, fordert eine konsequente Messung und Einbeziehung aller Entnahmen, um Akzeptanz und Wirksamkeit des Wassercent zu gewährleisten. Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, warnt, dass das geplante Wasserentnahmeentgelt zu lokalen Konflikten führe, die die Kommunen nicht lösen könnten. □

BDEW-Statement zur PFAS-Diskussion

Im Hinblick auf die Diskussion in den Medien zur umfassenden Reduzierung PFAS in der Europäischen Union erläutert Martin Weyand, BDEW-Hauptgeschäftsführer Wasser/Abwasser: „Die Wasserwirtschaft ist bereits heute durch die Grenzwerte für Trinkwasser und die damit verbundenen Aufbereitungskosten stark von PFAS-Belastungen betroffen. Gleichzeitig trifft das PFAS-Verbot die Anwendungsbereiche der Energiewirtschaft und hier insbesondere die Schlüsseltechnologien der Energiewende und damit verbunden den notwendigen Einsatz der Erneuerbaren Energien zur Erreichung der Klimaziele. Daher gilt es, eine pragmatische Lösung zu erarbeiten.“

Um beide Ziele in Einklang zu bringen, müssten pragmatische Lösungen gefunden werden, die mit dem Schutz der Bestandsanlagen, Übergangsfristen und Ausnahmeregelungen sowie Best-Practice-Beispielen sowohl die technischen Anforderungen der Energiewirtschaft – insbesondere mit Blick auf die notwendige Geschwindigkeit bei der Umsetzung der Energiewende – als auch die Schutzwürdigkeit der Umwelt bzw. der Trinkwasserressourcen und der menschlichen Gesundheit widerspiegeln, so Weyand. „Hierzu gehört auch die Notwendigkeit einer Finanzierung von Wasseraufbe-

reitungsleistungen durch einen Fonds.“

Die Aufnahme von PFAS über die Nahrungsmittel überschreitet laut Weyand die Aufnahme durch Trinkwasser um ein Vielfaches. Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, die PFAS-Belastung an der Quelle zu reduzieren und ein europaweites PFAS-Verbot anzustreben. Wir brauchen darüber hinaus eine konsequente Herstellerverantwortung, die umweltverträglichere Produktionsweisen und eine drastische Reduktion der PFAS-Einträge in die Umwelt sicherstellt. Nur so können wir Mensch und Umwelt nachhaltig schützen.“ □

GÜTESICHERN
WERTE ERHALTEN
ZUKUNFT GESTALTEN

GÜTEZEICHEN
RAL
KANALBAU

Gütesicherung Kanalbau
RAL-GZ 961
www.kanalbau.com

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ich vertrete die Stadt Eibelstadt, die flächenmäßig kleinste Stadt in Bayern mit einer Fläche von 706 Hektar und einer Einwohnerzahl von 3.210. Zudem bin ich Gemeinschaftsvorsitzender der Verwaltungsgemeinschaft Eibelstadt, Markt Frickenhausen, Markt Sommerhausen und Markt Winterhausen umfasst.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Mein Amtsantritt als Erster hauptamtlicher Bürgermeister war am 01.05.2014.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?



© Markus Schenk

Ich möchte die städtebauliche Entwicklung des öffentlichen Raums im Altort sowie im Sanierungs- und Gestaltungsbereich weiter vorantreiben. Außerdem ist es mir ein wichtiges Anliegen, Eibelstadt weiterhin als attraktiven Wohn- und Wirtschaftsstandort zu erhalten, um damit auch die notwendigen Einnahmen für die städtischen Aufgaben zu sichern. Darüber hinaus werde ich mich dafür einsetzen, weiterhin gute Rahmenbedingungen für ein aktives und lebendiges Vereinsleben im Ort zu schaffen.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Ja: Sich den täglichen Herausforderungen im Alltag stellen, neugierig sein, aufmerksam zuhören und bei komplexen Aufgaben hartnäckig zu bleiben.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen, Bürgerinnen und Bürger, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Ich tausche mich regelmäßig mit dem Führungskreis aus und bespreche anstehende Projekte direkt mit Mitarbeitern in der Verwaltung, dem Bauhofleiter oder den Hausmeistern. Ich frage gezielt nach, wie einzelne Mitarbeiter bestimmte Vorschläge beurteilen. Bürger können jederzeit mit ihren Anliegen zu mir kommen, da meine Tür stets offen steht. Bei größeren Projekten wie städtebaulichen Maßnahmen halte ich Bürgerworkshops ab, die sich als sehr hilfreich erweisen. Erfahrene Mitarbeiter bieten wertvolle Unterstützung und sind verlässliche Ansprechpartner für die Anliegen der Bürger innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Digitalisierung hat bereits Einfluss auf die Kommunalpolitik genommen. Diese Entwicklung wird sich in Zukunft weiter fortsetzen. Viele Dienstleistungen können von den Bürgern einfach und bequem von zu Hause aus genutzt und beantragt werden. Bei komplexen Aufgaben bleibt das persönliche Gespräch mit der Verwaltung oder dem Bürgermeister jedoch weiterhin wichtig. Leitplanken und Gesetze wie die Gemeindeordnung, Geschäftsordnung, Satzungen, Bauabwägungspläne, Nutzungsordnungen oder Sitzungsinhalte lassen sich nicht einfach über eine Schlagzeile oder einen Post vermitteln.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Immer optimistisch denken; dann findet sich ein Weg!

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Das, was der Bürgermeister Schenk in seiner Amtszeit mit seinem Stadtrat gemacht hat, war gut für Eibelstadt!

Markus Schenk

Erster Bürgermeister der Stadt Eibelstadt

Ich bin Unternehmensberater für betriebliche Altersversorgung (bAV) bei der Allianz, jedoch ruhe mein Arbeitsverhältnis derzeit.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Ich will für meinen Heimatort etwas bewegen und gestalten.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Eine lange Vorbereitungszeit gab es nicht, da zwischen der Nominierung und der Wahl lediglich drei Monate lagen. Dank meiner bisherigen beruflichen und ehrenamtlichen Tätigkeiten verfügte ich jedoch bereits über ein gutes Netzwerk zu Politikern auf Kreis-, Landes- und Bundesebene, was mich in meiner Entscheidung bestärkt hat.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Die Herausforderung bestand darin, bei der Wahl gegen die amtierende Zweite Bürgermeisterin anzutreten und gleichzeitig in die Fußstapfen eines Bürgermeisters zu treten, der auf 36 Jahre Erfahrung in der Kommunalpolitik zurückblickte und sich aus Altersgründen nicht mehr zur Wahl gestellt hatte.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Derzeit beschäftige ich mich mit dem Neubau des Feuerwehrgerätehauses, das ein Volumen von 5,8 Millionen Euro umfasst. Zudem liegt mein Fokus auf der Stärkung des Wirtschaftsstandortes durch die Ansiedlung von Firmen im neuen Gewerbegebiet „Am Thomasboden“ sowie der Umsetzung eines Umlegungsverfahrens. Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Impulsgeber für das Amberg-Sulzbacher Land

Anschlussförderung für das Regionalmanagement

Amberg-Sulzbach. Die erfolgreiche Arbeit des Regionalmanagements im Landkreis Amberg-Sulzbach kann auch in der Zukunft fortgeführt werden. Das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie fördert dies mit 437.200 Euro und unterstützt den Landkreis, innovative Projekte umzusetzen und die Region weiter voranzubringen. Einen entsprechenden Förderbescheid erhielten Landrat Richard Reisinger und Regionalmanagerin Katharina Schenk nun aus den Händen von Staatssekretär Tobias Gotthardt.

„Ich freue mich sehr, dass wir den neuen Förderbescheid erhalten haben und somit das erfolgreiche Regionalmanagement auch in der nächsten Förderphase fortführen können“, sagte Landrat Richard Reisinger. Für ihn ist das Regionalmanagement eine wichtige Säule der Zusammenarbeit vor Ort und ein bedeutendes Instrument zur strategischen Weiterentwicklung des Landkreises.

Regionale Identität stärken

Gerade mit dem Regionalmanagement habe man viel vor, sagte Reisinger. Künftig wolle man sich verstärkt der regionalen Identität und der Imagebildung des Amberg-Sulzbacher Landes widmen. Konkrete Maßnahmen sind ein Podcast, der im Idealfall noch in der ersten Jahreshälfte an den Start geht, sowie ein Landkreismagazin, das voraussichtlich erstmals im Herbst erscheint.

„Besonders schätze ich, dass in der neuen Förderphase auch das Kulturerbe Kirwa im Amberg-Sulzbacher Land im Fokus steht“, so der Landrat. Die Kirwa wurden vor zwei Jahren als Gutes-Praxis-Beispiel in das Bayerische Landesverzeichnis des Immateriellen Kulturerbes aufgenommen; nun soll es als erste geförderte Maßnahme zum Kirwa-Kulturerbe eine eigene Homepage geben, verrät Regionalmanagerin Katharina Schenk. Die Freischaltung der Homepage steht unmittelbar bevor.

Auch die Stärkung der regionalen Erzeugung und Nahversorgung sowie die Gewinnung von Fachkräften sind Projekte, die bis September 2027 umgesetzt werden sollen, so Schenk.

Wirtschaftsstaatssekretär Tobias Gotthardt betonte: „Mit der Förderung der vier Projekte setzen wir gezielt Impulse für die Zukunft im Amberg-Sulzbacher Land. Im Handlungsfeld ‚Regionale Identität‘ stärken wir die regionale Erzeugung und Nahversorgung, bewahren unser wertvolles Kulturerbe wie die Kirwa-Tradition und schärfen das Profil der Region durch gezielte Imagebildung. Gleichzeitig leisten wir mit dem Projekt ‚Meinen Heimatberuf kennenlernen‘ einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung und zur Bindung junger Menschen an ihre Heimat. Ein zentraler Erfolgsfaktor des Regionalmanagements ist, dass die Projektideen

direkt aus der Region kommen. Die Menschen vor Ort kennen ihre Bedürfnisse am besten und können mithilfe der unbürokratischen Förderung gezielt auf regionale Herausforderungen reagieren sowie maßgeschneiderte Lösungen entwickeln. Regionalentwicklung bleibt eine



V.l.: Alexander Bock (Regierung der Oberpfalz), MdL Bernhard Heinisch, Staatssekretär Tobias Gotthardt, Regionalmanagerin Katharina Schenk, Landrat Richard Reisinger, MdL Dr. Harald Schwartz, Niklas Scheder (Wirtschaftsministerium). Bild: Christine Hollederer

Gemeinschaftsaufgabe. Ich danke den Beteiligten herzlich für ihren Einsatz und wünsche ihnen viel Erfolg bei der Umsetzung der Projekte.“

Förderung für 65 regionale Initiativen

Bayernweit fördert das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie nahezu flächendeckend rund 65 regionale Initiativen. Jährlich stehen hierfür rund 10 Millionen Euro zur Verfügung. Für die bayerische Staatsregierung ist es oberstes Ziel, in ganz Bayern gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen zu fördern. Mit Regionalmanagements sollen die Qualitäten der bayerischen Regionen gesteigert werden.

Seit Wiedereinführung des Regionalmanagements im Landkreis Amberg-Sulzbach im Sommer 2018 konnten bereits einige Projekte realisiert werden, so beispielsweise die Durchfüh-

Ferienland DONAURIEN:

Kostenlose Infomaterialien die Gutes tun

Über www.ferienland-donauries.de oder telefonisch können interessierte kostenlos Prospekte und Informationsmaterial über das Ferienland DONAURIEN bestellen. Mit dem Versand bittet das Ferienland in einem Begleitschreiben um eine freiwillige Spende, die an eine gemeinnützige Organisation weitergeleitet wird. Seit 2021 unterstützt das Ferienland DONAURIEN jedes Jahr eine andere Einrichtung. Im Jahr 2024 konnten so 1.500 Euro an den Verein „1000 Schulen für unsere Welt“ gespendet werden. Davon stammen 1.058 Euro aus Spenden, der Rest wurde vom Ferienland DONAURIEN e. V. selbst aufgerundet. Mit dieser Initiative stärkt das Ferienland DONAURIEN die Bekanntheit der Region und setzt zugleich ein Zeichen für soziales Engagement.

Bild: Heiko Langer / Landratsamt Regen

Eine Heimat für Musikanten

Das Wirtshaus im 49gradnord Hüttendorf ist eine musikantenfreundliche Gaststätte

Regenhütte. „Wirtshaus und Musik, das hat in Bayern Tradition“, sagt Regens Landrat Dr. Ronny Raith und ergänzt: „Mit guter Musik lebt es sich gleich viel leichter.“ Deswegen ließ er es sich nicht nehmen, eine Auszeichnung persönlich zu überreichen: Raith übergab im Namen des bayerischen Heimatministeriums, des Hotel- und Gaststättenverbandes DEHOGA und des Bezirks Niederbayern die Ernennungsurkunde und das dazugehörige Metallschild „Musikantenfreundliches Wirtshaus“ an Birgit Müller, die Eigentümerin des 49gradnord Hüttendorfs in Regenhütte.

Zusammen mit ihrem leider bereits verstorbenen Lebenspartner Gunnar Schmitt sei Müller zu Coronazeiten das Wagnis eingegangen, das alte Hotel zu erwerben und auszubauen, erinnerte sich Bürgermeister Michael Herzog in seiner kurzen Ansprache. „Es wurde fleißig und sehr viel gearbeitet“, erzählte der Rathauschef und das Ergebnis komme nicht nur bei Urlaubsgästen, sondern auch im Dorf gut an. „Es passiert wieder was im Dorf“, so Herzog weiter.

Viel Herzblut

„Man sieht, dass hier viel Herzblut investiert wurde“, betonte auch Landrat Raith. Es sei immer gut, wenn in den Tourismus investiert werde. Wenn Tourismus und heimische Gastronomie Hand in Hand gehen, dann sei dies ein guter Weg. „Besonders schön ist es, wenn dann auch Musiker eine neue

Heimat finden“, freute sich der Landrat und erinnerte daran, dass die Auszeichnung „nicht nur eine Ehre ist. Sie bringt auch Pflichten mit sich.“ So dürfen im Lokal jederzeit Musiker aufspielen. Es darf gesungen und gespielt werden. Einen Lohn müssten die Wirte nicht zahlen, aber Getränke und eine Brotzeit dürfen die Musiker schon erwarten, erklärte Raith.

Eine Leistung des Teams

Müller versicherte, dass sie dies gerne macht und weiterhin machen wird. „Wir freuen uns, dass wir den Titel Musikantenfreundliches Wirtshaus tragen dürfen“, sagte sie und verwies darauf, dass dies keine Einzelleistung ist: „Dies alles macht nur das gute Team möglich.“ Sie hoffe, dass zu den Musikern, die das Lokal bereits jetzt regelmäßig besuchen, viele weitere hinzukommen. Das Lokal ist momentan von Freitag bis Sonn-

tag geöffnet, in den bayerischen Ferien auch donnerstags. „Wir wollen uns weiterentwickeln und den Gästen etwas bieten“, betonte sie.

Den Glückwünschen schloss sich auch Wirtschaftsförderin Teresa Sitzberger an. Landrat Raith und Bürgermeister Herzog wünschten Müller und ihrem Team abschließend für die Zukunft alles Gute und versprachen, dass sie selbst als Gäste wiederkommen werden. □



Landrat Dr. Ronny Raith (re.), Bürgermeister Michael Herzog (li.) und Wirtschaftsförderin Teresa Sitzberger (Mitte li., hinten) bei der Übergabe der Auszeichnung an Wirtin Birgit Müller (Bildmitte mit Schild) und ihr Team mit Bernhard Wittmann (li.), dahinter Herbert Maier, rechts daneben Silvia Oswald und Eva Hasenkopf, dahinter Nadine Kirschenbauer.

Heimatmarkt, bei dem die regionale Wertschöpfung gestärkt und regionale Produkte und Dienstleistungen einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht wurden.

Markenstrategie

In einem weiteren Projekt wurde für die erfolgreiche Außenwirkung des Amberg-Sulzbacher Landes eine Markenstrategie erarbeitet und umgesetzt. Mithilfe eines Imagefilms wurden zudem die Standortpotenziale der Region dargestellt. Auch die regionale Identität wurde durch die Etablierung eines regionalen Erzeuger- und Verarbeiter-Netzwerks und die Herausgabe eines Heimat- und Sachkunde-Schulbuchs für Dritt- und Viertklässler im Landkreis Amberg-Sulzbach gefördert. □

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPv in Bayern
Herausgeber: Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Anne-Marie von Hassel,
Inge Metzger
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPv)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 59 vom 01.01.2025
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-17
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergrstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Gratulanten beim Geburtstagsempfang anlässlich des 65. Geburtstages von Landrat Johann Kalb, darunter auch Kommunalminister Joachim Herrmann und Melanie Huml, MdL. Bild: Landratsamt Bamberg/Fürtsch

„Weitsicht und Entschlossenheit“

Innenminister Joachim Herrmann hielt die Festrede beim Empfang zum 65. Geburtstag von Landrat Johann Kalb

„Deine wertvolle Arbeit ist geprägt von lösungsorientierter Weitsicht, Entschlossenheit und dem klaren Ziel, den Landkreis Bamberg weiterhin in eine erfolgreiche Zukunft zu führen.“ Bayerns Innenminister Joachim Herrmann würdigte beim Empfang zum 65. Geburtstag von Landrat Johann Kalb dessen inzwischen 35-jähriges politisches Wirken.

„Besonderen Schwerpunkt deines Handelns hast du stets auf die Förderung der regionalen Wirtschaft gelegt“, spannte der Kommunalminister den Bogen von der Realisierung des Levi-Strauss-Museums in Buttenheim bis zum „Zukunftsprojekt ‚Cleantech Innovation Park‘ auf dem ehemaligen Werksgelände der Michelin Reifenwerke in Hallstadt. Ziel ist es dabei auch, Arbeitsplätze der Zukunft vor Ort zu sichern. Neben dem Innovationszentrum, in dem Forschungs- und Entwicklungsprojekte umgesetzt werden, soll mit dem Kreativforum ein Ort für Kommunikation und Netzwerkbildung entstehen.“

Integration und friedliches Miteinander in Europa

„Ein besonders zentrales Anliegen Deiner kommunalpolitischen Arbeit ist die Umsetzung des europäischen Gedankens des friedlichen Miteinanders“, würdigte Herrmann kommunale Partnerschaften und die vom Landkreis Bamberg initiierte erfolgreiche Bewerbung von 17 Klosterlandschaften der Zisterzienser um das Europäische Kulturerbe-Siegel. „Die Europäische Kommission bestätigte mit dieser Auszeichnung für dieses erste in Bayern entwickelte Projekt die herausragende Rolle der Zisterzienser für die Europäische Integration. Ein wichtiges Element ist dabei der 6.400

km lange Fernwanderweg ‚Weg der Zisterzienser‘, der alle beteiligten Klosterstätten verbindet.“ „Lieber Hans, du hast noch viel vor“, so der Innenminister in seiner Gratulation. „Voller Tatendrang planst du den Erweiterungsbau des Landratsamtes, setzt dich für ein zusätzliches Gymnasium in Hirschaid ein und machst dich stark für ein neues Katastrophenschutzzentrum bei Memmelsdorf. Dein außerordentliches kommunalpolitisches Engagement verdient unseren größten Respekt.“

Auch Bezirkstagspräsident Henry Schramm wusste über Kalb, der im Bezirkstag von Oberfranken als Schramms weiterer Stellvertreter fungiert, nur Lobendes zu berichten. In Anlehnung an die den Festakt umrahmenden Musikstücke bezeichnete er Kalb unter anderem als „Torero“, dessen Zielstrebigkeit, Mut und Entschlossenheit beispielhaft seien. „Hans Kalb ist jemand, der sich Herausforderungen stellt, der kämpft, wenn es nötig ist, und der dabei immer das Wohl der Gemeinschaft im Blick behält.“ Der Bezirkstag von Oberfranken könne sich glücklich schätzen, so erfahrene Kommunalpolitiker wie Kalb in seinen Reihen zu wissen.

Der Ratsvorsitzende der Europäischen Metropolregion Nürnberg, Peter Reiß, schloss sich den Glückwünschen an und nannte Kalb einen echten „Metropoliten mit Herz“. „Du hast

nach außen eine entspannte Schale, aber nach innen einen unglaublich treibenden Kern. Du bist ein echter Genussmensch aber auch ein Motor in der Metropolregion und hast dabei einiges erreicht“. So konnten etwa in seiner Zeit als Ratsvorsitzender die Fördermittel für die Region verdoppelt werden. Und weiter: „Ich kenne niemanden, der so sensationell vernetzt ist. [...] Hans Kalb ist ein echter Wirtschaftsförderer weit über den Landkreis hinaus.“

Landrat Dr. Oliver Bär, Bezirksvorsitzender des Bayerischen Landkreistages, bedankte sich in seinem Grußwort bei seinem Amtskollegen für die stets gute Zusammenarbeit und betonte: „Ich schätze deine Aufgaben, deine Arbeit, deine Art.“

Söders Video-Botschaft

Als Überraschung überbrachte Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder seine Glückwünsche in einer Videobotschaft: „Ich möchte auf diesem Wege meinen Respekt aber auch meine Gratulation zeigen. Du bist seit vielen Jahren ein leidenschaftlicher Kämpfer für deine Region, ein großartiger Landrat, einer der für die Region im Landkreis Bamberg steht. Dafür sage ich dir ein herzliches Dankeschön. Ich habe an dir immer deine Bodenständigkeit geschätzt, deine Bezogenheit zu deiner Region und deinen Einsatz als Kommunalen.“

Ziele haben und den Weg dorthin im Auge behalten

„Ich spüre durch eure Worte und Wünsche den Rückhalt unserer Landkreisbevölkerung“, bedankte sich Landrat Johann Kalb. In kleinen Anekdoten verglich er das Jahrzehnt seiner Geburt mit der Gegenwart. Für ihn sei es immer wichtig gewesen, Ziele zu haben. „Oft bringt dich auch der Weg dorthin weiter.“ Exakt dies ist nach seinen Worten auch in der politischen und geistigen Transformation wichtig. „Aus Unsicherheit muss wieder Sicherheit werden. Aus der Unzuverlässigkeit muss Verlässlichkeit werden. Aus Orientierungslosigkeit muss Zielgerichtetheit werden. Packen wir's an.“

Stellvertretender Landrat Bruno Kellner hatte die Gäste des Empfanges am traditionellen Tag der Einführung amerikanischer Präsidenten begrüßt und die unermüdete Motivation des Jubilars mit einem leicht abgewandelten Zitat John F. Kennedys beschrieben: „Frage nicht, was dein Landkreis für dich tun kann, frage, was du für deinen schönsten Landkreis der Welt tun kannst“. Von A wie Archivpflege über F wie Feuerwehrwesen, W wie Wirtschaft bis Z wie Zivil- und Katastrophenschutz: „Als passionierter Klavierspieler beherrschst du die ganze Klaviatur der kommunalen Selbstverwaltung.“ □

Bürgermeisterwahlen in Bayern

In der Gemeinde Prebitz (Landkreis Bayreuth) setzte sich Jörg Teufel (CSU) mit 52 Prozent der Stimmen knapp gegen Erna Eckert von der FWG Prebitz (48 Prozent) durch. Bürgermeister Hans Freiberger (Freie Wählergemeinschaft Engelmansreuth) musste sein Amt nach 16 Jahren aus gesundheitlichen Gründen niederlegen. Die Wahlbeteiligung lag bei 76,6 Prozent.

Florian Meier (CSU) behielt in einer Stichwahl in der Gemeinde Aschheim (Landkreis München) mit 56 Prozent die Oberhand. Er siegte gegen den geschäftsführenden Bürgermeister Robert Ertl (Freie Wähler), der 44 Prozent der Stimmen holte, und den erkrankten Rathauschef Thomas Glashauser (CSU) in den vergangenen beiden Jahren im Rathaus vertreten hatte. Wahlbeteiligung: 55,6 Prozent.

In Rüdenu (Landkreis Miltenberg) gewann mit Drittem Bürgermeister Christof Farrenkopf (Freie Wählergemeinschaft) der einzige vorgeschlagene Kandidat. Auf ihn entfielen 66 Prozent der abgegebenen Stimmen. Farrenkopf trat die Nachfolge der zurückgetretenen Rathauschefin Monika Wolf-Pleßmann (SPD) an. Wahlbeteiligung: 54 Prozent.

Mit 71,1 Prozent der Stimmen wurde in Stetten (Landkreis Unterallgäu) Ewald Fischer (CSU/Unabhängige Bürger Stetten) zum neuen Bürgermeister gewählt. Seit dem vorzeitigen Ausscheiden von Uwe Gelhardt (parteilos) führte Fischer die Amtsgeschäfte kommissarisch. Sein Mitbewerber Benedikt Sassen (Wahlgemeinschaft Zukunft) erhielt 26,4 Prozent. Wahlbeteiligung: 59,6 Prozent.

Neuer Rathauschef in der Marktgemeinde Kirchenthumbach (Landkreis Neustadt/Waldnaab) ist Ewald Plößner (Christliche Wähler Gemeinschaft). Er setzte sich mit 59,8 Prozent der Stimmen gegen Dominik Fraunholz (CSU) durch, der auf 39,9 Prozent kam. Die Bürgermeisterwahl wurde vorgezogen, nachdem Bürgermeister Jürgen Kürzinger (SPD) aus gesundheitlichen Gründen das Amt niederlegen musste. Die Wahlbeteiligung betrug 76,5 Prozent. **DK**

GZ PINOS WELT



Der Wahlkampf zum Bundestag nimmt ja derzeit richtig Fahrt auf. Wer gedacht hat, das Achtsame und Rücksichtsvolle, das von der Politik im Allgemeinen Besitz ergriffen hat und jede etwas überspitzte oder unkorrekte Bemerkung mit dem Bannstrahl des Cancells bestraft, würde den Wahlkampf so langweilig wie eine Bundestagsdebatte machen, sieht sich getäuscht.

Im Gegenteil sieht es so aus, als würde es bis zum 23. Februar noch so richtig lustig werden. Jedenfalls hat sich die Spitze einer der die Fußgängerampel tragenden Partei bei einer Demo gegen rechts so richtig beömmeln können, wie ein launiges Selfie beweist. Und der nicht sehr aussichtsreiche Spitzenkandidat der anderen Regierungspartei hat sogar den Wahlkampfklassiker schlechthin rausgehauen: Den Vorwurf der Lüge.

Wahrheit, Lüge und Wahlkampf

Nach ihm würde das Wahlvolk belogen, weil nicht alle Mitbewerber seiner Meinung zustimmen, dass weitere Ukrainehilfen nur mit weiteren Schulden zu bezahlen seien. Andere Parteien wollen diese Hilfen in Höhe von 3 Milliarden Euro durch nicht verausgabte 4 Milliarden Euro aus dem Verteidigungsetat finanzieren (Spoiler: 3 passt in 4!) oder eine überplanmäßige Ausgabe. Das bringt uns zu der Frage: Was ist eine Lüge?

Eine gute Definition dürfte sein, dass es sich um „die Kommunikation einer subjektiven Unwahrheit mit dem Ziel, im Gegenüber einen falschen Eindruck hervorzurufen oder aufrecht zu erhalten“ handelt. Demgegenüber scheint es bei der Kontroverse über die Ukrainehilfen doch eher um die Diskussion verschiedener Lösungsansätze als die Kommunikation einer Unwahrheit zu gehen.

Wahrheiten sind ja in sich auch sehr ambivalent. Die Aussage „Die Erde ist eine Kugel“ ist unzweifelhaft wahr, wenngleich man einwenden könnte, rein faktisch ähnelt die Erde eher einer Kartoffel mit ihren Ecken und Falten als einer Kugel. Aber wie sieht es mit der

Behauptung aus, „die Erde ist eine Scheibe“? Jedes Kindergartenkind würde diese Feststellung empört zurückweisen und doch sieht man, wenn man aus einem einsam gelegenen Häuschen tritt, und über das Meer schaut, den Himmel und eine Abbruchkante. Wer die Erde eine Scheibe nennt, benennt also im Ergebnis nur ein Bei-

spiel für das, was frühe Jünger des Propheten Trump einmal als alternative Fakten bezeichnet haben.

Wahrscheinlich ist die Lüge so alt wie die Menschheit und wurde geboren, als ein Jäger zum anderen sagte, der Hirsch sei in Richtung Moor geflohen, obwohl er genau wusste, dass das gejagte Tier in den Wald gelaufen ist. Der eine Jäger lief ins Moor und versank, der andere tötete im Wald den Hirsch und konnte damit sich und seine Sippe ernähren. Da somit der Lügner einen evolutionären Vorteil besaß, ist die Lüge aus unserem Leben nicht wegzudenken.

In die politische Theorie hat die Lüge kein geringerer als Niccolò Machiavelli in seinem Meisterwerk „Der Fürst“ eingeführt. Populärer in Deutschland ist allerdings ein Bismarck zugeschriebenes Zitat, wonach niemals mehr gelogen werde als vor den Wahlen, während des Krieges und nach der Jagd. Dabei wird gerne übersehen, dass der Manipulator der Emser Depesche zwar kriegserfahren und durch seine junkersche Herkunft ein begeisterter Jäger, aber auch ein Demokratieverächter war und deshalb sicher kein verlässlicher Gewährsmann für die Gepflogenheiten vor Wahlen ist.

Aber ja, der Lügenbegriff gehört auch zur bundesrepublikanischen Politik. Berühmt die Steuerlüge, als die volkswirtschaftlich sinnvolle Kompensation der Entlastung von direkten durch die Erhöhung indirekter Steuern im Auge der breiten Masse verteuft werden sollte. Allerdings redet in diesem Wahlkampf niemand von der Entlastungslüge, obwohl dieses Jahr steuerliche Entlastungen für die meisten Steuerzahler durch höhere Sozialabgaben netto mehr als aufgefressen werden. Da ist noch deutlich polemische Luft nach oben.

Ihr Pino

Startschuss für Jubiläumsjahr:

650 Jahre Stadterhebung Traunstein

Mit einem großen Jubiläumsjahr feiert die Große Kreisstadt Traunstein heuer die 650. Wiederkehr eines besonderen Jubiläums: Am 7. Januar 1375 bekam Traunstein von Herzog Friedrich von Bayern offiziell die Stadtrechte verliehen. Zu diesem Anlass fand im Kulturforum Klosterkirche ein Festabend mit rund 250 Ehrengästen, darunter Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder, statt.

Oberbürgermeister Dr. Christian Hümmer verwies eingangs auf Ereignisse, die den wirtschaftlichen Aufschwung und die Entwicklung Traunsteins besonders geprägt haben. Dazu zähle der Startschuss als Bierstadt durch die Errichtung des herzoglichen Hofbräuhauses 1612 und die Begründung der Saline als frühneuzeitliche Industriesiedlung 1619 mit der Soleleitung von Bad Reichenhall als erste Pipeline der Welt. Von beiden Maßnahmen Herzog Maximilians hätten sowohl die Stadt wie auch der Hof als neue Einnahmequelle deutlich profitiert. Ein weiterer wegweisender Impuls, der Traunstein auch städtebaulich vorangebracht habe, sei 1860 der Anschluss der Stadt an die neue Bahnstrecke München – Salzburg unter der Regentschaft von König Maximilian II. gewesen.

Hochschulstadt

Zudem sei Traunstein seit 11. Oktober 2022 offiziell Hochschulstadt. Kaum eine andere Entscheidung werde deren Entwicklung in den kommenden Jahrzehnten derart nachhaltig positiv beeinflussen, zeigte sich Hümmer überzeugt. Der Campus Chiemgau mit einer Förderzusage von über 30 Millionen Euro durch die Bayerische

Staatsregierung werde die Große Kreisstadt verändern und nicht nur für die Studenten, sondern für alle Bürger neue Chancen und umfangreiche Möglichkeiten bieten.

Jahrhundertchance

Diese „Jahrhundertchance“ verweise auf das Zukunftspotenzial der sich verjüngenden Stadt. „Traunsteins beste Jahre haben gerade erst begonnen“, unterstrich der Rathauschef. Er bezeichnete das Oberzentrum als „Lebensgefühl und Herz des Chiemgaus“, das eng mit den Umlandgemeinden und der Region verbunden und durch diese geprägt sei. Als „Wohlfühlstadt für alle Generationen“ vermittelte die Stadt „echte Nähe, Sicherheit und Geborgenheit“.

„Traunstein ist in Bayern ein Name“, betonte Ministerpräsident Markus Söder in seinem Grußwort. Das Salz habe die Stadt als „weißes Gold“ groß gemacht. Mit der Förderung des Campus Chiemgau setze die Staatsregierung heute darauf, „das Innovationsklima auch auf dem Land zu fördern“. Die Stadt habe ebenfalls große Persönlichkeiten wie Papst Benedikt XVI. und Ludwig Thoma hervorgebracht.

Söder lobte zudem das große ehrenamtliche Engagement

der Traunsteiner bei der Gestaltung des Jubiläumsprogramms. Stadtführungen, Vorträge, ein Feuerwehrest, das Festwochenende Anfang Juli sowie ein eigenes Theaterstück sollen das Jubiläumsjahr 2025 in der Großen Kreisstadt bereichern. Auch ein neues Logo wurde der Stadt zu ihrem Jubiläum spendiert.

Kombination von Tradition, Fortschritt und Weltoffenheit

Die Kombination von Tradition, Fortschritt und Weltoffenheit präge das Land Bayern wie die Stadt, fuhr Söder fort. Hinzu kämen „Heimatverbundenheit, Bescheidenheit, Geselligkeit“, wie eine KI-Recherche zu Traunstein ergeben habe. Dass die Traunsteiner nicht zuletzt auch „ein bisschen eigensinnig und stur sowie hart, aber herzlich“ seien, beweise die Tatsache, dass ihm bei der Teilnahme am Georgiritt in den letzten Jahren regelmäßige „Förderzusagen entlockt“ worden seien.

In seinem Festvortrag nahm der Mittelalterexperte Dr. Johannes Lang, Stadtarchivar in Bad Reichenhall, die historische Einordnung von Traunsteins Entwicklung zur Stadt vor. „Ein schriftliches Stadtrecht stand üblicherweise nicht am Anfang, sondern es markierte das Ende der Entwicklung zur Stadt.“ Anders als heute sei die Garantie von Sicherheit und wirtschaftlicher Entfaltung für die Bürger der Stadt mit einem engen Kanon von Regeln und Pflichten, etwa der Selbstverteidigungspflicht gegen Angreifer, verbunden gewesen. **DK**



Staatsministerin Michaela Kaniber gemeinsam mit (v.l.) Andreas Brigl (1. Bürgermeister Markt Titting), Josef Dintner (1. Bürgermeister Stadt Greding), Jura-Vize-Hopfenkönigin Linda Gottsmich, Ludwig Eisenreich (1. Bürgermeister Stadt Berching), Bernd Mayr (1. Bürgermeister Stadt Dietfurt) und Helmut Schloderer (1. Bürgermeister Stadt Beilngries). Bild: St.MELF

Die Altmühl-Jura GmbH bringt Bayern nach Berlin

Auch in diesem Jahr präsentierte sich Bayern auf der Grünen Woche in Berlin wieder als wahres Schmankerl- und Urlaubsland. Die Bayernhalle zählte zu den beliebtesten Attraktionen der Messe und begeisterte mit einer einzigartigen Kombination aus kulinarischen Köstlichkeiten, traditioneller Kultur und Urlaubsinspiration. Über 80 Aussteller zeigten die Vielfalt Bayerns – von regionalen Spezialitäten bis hin zu abwechslungsreichen Urlaubsmöglichkeiten. Auf der Sonderfläche „Genuss Bayern“ konnten Besucherinnen und Besucher die wahren Schätze entdecken, die Bayern bietet. Bayerns Landwirtschafts- und Tourismusministerin Michaela Kaniber überzeugte sich bei ihrem Rundgang durch die Bayernhalle von der Attraktivität des bayerischen Messeauftritts. Auch am Stand der Altmühl-Jura GmbH, die mit einem eigenen Messestand ein wichtiger Teil des bayerischen Auftritts ist, machte sie Halt und

perfekte Bühne, um Bayern in seiner ganzen Vielfalt zu präsentieren. Unser Freistaat ist nicht nur ein erstklassiges Urlaubsland, sondern steht auch für Gastfreundschaft und kulinarische Spitzenleistungen. Ich danke unseren Ausstellern, wie der Altmühl-Jura GmbH, die dazu beitragen, ein starkes Bild von Bayern zu vermitteln“, betonte Kaniber bei ihrem Rundgang.

Gastfreundschaft und kulinarische Spitzenleistungen

„Die Grüne Woche ist eine perfekte Bühne, um Bayern in seiner ganzen Vielfalt zu präsentieren. Unser Freistaat ist nicht nur ein erstklassiges Urlaubsland, sondern steht auch für Gastfreundschaft und kulinarische Spitzenleistungen. Ich danke unseren Ausstellern, wie der Altmühl-Jura GmbH, die dazu beitragen, ein starkes Bild von Bayern zu vermitteln“, betonte Kaniber bei ihrem Rundgang.

Der Biergarten vom Entenwirt aus dem Chiemgau, ein Herzstück der Bayernhalle, machte Bayern für die Messebesucher mit allen Sinnen erlebbar: fast 50 Musik- und Trachtengruppen und rund 800 Mitwirkende brachten bayerische Lebensfreude nach Berlin und zeigten, wie Bayern tanzt, musiziert und feiert. „Mehr Bayern geht nicht! Die Bayernhalle steht für Genuss, Tradition und Lebensfreude“, so die Ministerin. Hier ließen sich auch die vielfältigen Angebote der vier bayerischen Tourismusregionen Oberbayern, Ostbayern, Franken und Allgäu-Schwaben entdecken. Zudem präsentierten sich Landkreise und Anbieter von Urlaub auf dem Bauernhof und begeisterten mit ihrem typisch bayerischen Flair. Die Kombination aus Tradition, Genuss und Erlebnis machten den Erfolg des bayerischen Auftritts aus.

Vorschau auf GZ 4

In unserer Ausgabe Nr. 4/2025, die am 13. Februar 2025 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- IT - E-Government - Breitband - Mobilfunk
- Arbeitsplatz Kommune
- Umwelttechnologien und Ressourcenschutz
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Schulungen für Kommunalpolitiker und kommunale Angestellte

Grenzüberschreitendes Netzwerktreffen stärkt Bildungsregion

Erfolgreiche Kooperationen für eine zukunftsfähige Bildungslandschaft

Im Forum Chiemgau in Traunstein fand ein grenzüberschreitendes Netzwerktreffen für Bildungsträger der EUREGIO Inntal-Region statt. Die von der Euregio Inntal im Rahmen des Interreg Bayern-Österreich-Programms geförderte Veranstaltung brachte rund 50 engagierte Bildungsakteure aus Bayern und Tirol zusammen. Ziel des Treffens war es, die regionale Bildungslandschaft sichtbar zu machen und neue Kooperationen über Landesgrenzen hinweg zu fördern.

gemeinsamen Ressourcen und langfristigen Partnerschaften für eine zukunftsfähige Bildungsregion. Erste konkrete Schritte zur Weiterentwicklung der Zusammenarbeit wurden bereits vereinbart.

Engagierte Partner auf beiden Seiten der Grenze

Das Projekt wird von engagierten Akteuren beiderseits der Grenze getragen: Auf bayerischer Seite sind der Landkreis Traunstein mit dem Bildungsmanagement sowie die Stadt und der Landkreis Rosenheim mit der „(Digitalen) Bildungsregion“ aktiv beteiligt. In Tirol unterstützen der Innovationsraum Kufstein und die International School Kufstein Tirol das Projekt.

Weitere Informationen zur Bildungslandkarte und zur Teilnahme an künftigen Veranstaltungen: finden Sie unter: <https://euregio.bildungslandkarte.eu>.

Nach der Begrüßung durch Janina Lödding vom Landratsamt Traunstein und Carina Berger vom Innovationsraum Kufstein wurde die digitale Bildungslandkarte der EUREGIO Inntal vorgestellt. Diese Plattform macht Bildungsangebote aus den Tiroler Bezirken Kufstein und Kitzbühel sowie aus der Stadt Rosenheim und den Landkreisen Rosenheim und Traunstein transparent und zugänglich.

seln gemeinsame Ziele, Ressourcen und mögliche Kooperationen. Besonders im Fokus stand die Entwicklung bedarfsgerechter Ausbildungskonzepte zur Bekämpfung des Fachkräftemangels. Der Austausch unter den Bildungsträgern verdeutlichte die hohe Bereitschaft, durch Zusammenarbeit innovative Lösungen zu entwickeln.

Starkes Netzwerk für die Zukunft

Zum Abschluss stellte Esther Jennings, Geschäftsführerin der Euregio Inntal, Fördermöglichkeiten für grenzüberschreitende Projekte vor. Das Netzwerktreffen unterstrich die zentrale Bedeutung von Wissensaustausch,

Präsentation der Bildungsvielfalt

Ein Impulsvortrag von Victor Paul von der Pioniergarage Salzburg zeigte praxisnah, wie grenzüberschreitende Bildungsprojekte erfolgreich umgesetzt werden können. Am Beispiel des Projekts „MINT it happen“ veranschaulichte er innovative Ansätze zur Förderung von MINT-Kompetenzen in der EUREGIO Salzburg – Berchtesgadener Land – Traunstein. Die Teilnehmer erhielten wertvolle Einblicke in Best-Practice-Beispiele und Inspirationen für eigene Initiativen.

Workshops und intensiver Austausch

In anschließenden Workshops erarbeiteten die Teilnehmenden an verschiedenen Themenin-



Teilnehmer des „Grenzüberschreitenden Netzwerktreffens der Bildungsträger“. Bild: Landratsamt Traunstein

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE

Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsch.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

ESB ENERGIE SÜDBAYERN

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Fahnen/Arbeitsbekleidung

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerberg 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de

Arbeitskleidung
Länderfahnen
Gemeindefahnen
Fahnenmaste
Vereinsbedarf

Glasfaser / Glasfaserausbau



GLASFASER-INTERNET AUS BAYERN.
Aus der Region. Für die Region.

LEONET.DE

GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.



www.telekom.de/glasfaser

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER

Grünes Licht für Glasfaser.

Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:

0800 410 1 410

Unsere Grüne Glasfaser

Adalperstraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Informationssicherheit und Datenschutz



DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning

www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunalberatung

KUBUS

Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de
Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de Bayern Grund

Kommunale IT

www.akdb.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171 / 9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171 / 9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektiven Winterdienst

BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
93226 Kulmbach, www.beuthauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de Bayern Labo

KFB Leasfinanz GmbH

Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing

für Mobilien und Immobilien

www.kfb-reuth.de

